



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

PROTESTE NACH DEN WAHLEN

- | | | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| ■ ANALYSE
Nationaler Dialog, Vermittlung und belarusische Eliten
Andrei Kazakevich, Institut für politische Studien »Politische Sphäre«, Vilnius/Minsk | 2 | ■ ANALYSE
Verfassungsreform in Belarus: die EU und Russland setzen auf unterschiedliche Wege aus der Krise
Fabian Burkhardt, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg | 21 |
| ■ STATISTIK
Proteste nach den Wahlen | 6 | ■ UMFragen
Haltung der russischen Bevölkerung zu den Präsidentschaftswahlen und Protesten in Belarus
Proteste und Geopolitik aus der Sicht der belarusischen Bevölkerung | 24
25 |
| ■ UMFragen
Repräsentative Online-Umfrage unter der belarusischen Bevölkerung (Chatham House, September 2020) | 7 | ■ DOKUMENTATION
Bericht der Wahlbeobachter des Belarusischen Helsinki-Komitees und des Menschenrechtszentrums »Wiasna« | 26 |
| ■ ANALYSE
Die belarusische »Evolution« hat ein weibliches Gesicht
Veranika Laputka, East Center, Warschau | 10 | ■ CHRONIK
Chronik des Protestes, 8. August 2020 – 1. November | 30 |
| ■ UMFragen
Genderthema in Belarus | 14 | ■ CHRONIK
Covid-19-Chronik, 15. Juni – 31. Oktober 2020 | 45 |
| ■ INTERVIEW
»Wir brauchen keine starken Anführer – wie brauchen eine starke Gesellschaft«
Olga Shparaga, Philosophin und Mitbegründerin des European College of Liberal Arts (ECLAB), Minsk | 15 | | |
| ■ KOMMENTAR
Russland gegen das Volk von Belarus – bahnt sich eine geopolitische Revolution an?
Ryhor Nizhnikau, Finnish Institute of International Affairs, Helsinki | 19 | | |

Nationaler Dialog, Vermittlung und belarusische Eliten

Andrei Kazakevich, Institut für politische Studien »Politische Sphäre«, Vilnius/Minsk

DOI: 10.31205/BA.052.01

Text auf dem Stand vom 28.10.2020

Zusammenfassung

Die Präsidentschaftswahlen in Belarus im August 2020 haben zu den in der Geschichte des Landes größten Protesten geführt, die drei Monate in Folge nicht abreißen und die im Ergebnis die bisher schwerste politische Krise hervorgerufen haben. In diesem Artikel wird auf die Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung des Konflikts durch einen nationalen Dialog eingegangen. Darüber hinaus werden die Probleme analysiert, mit denen die belarusischen politischen Eliten konfrontiert sind. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass eine Bewältigung der Krise durch interne Mittel wegen der Vertrauenskrise und fehlender Mechanismen, die die Umsetzung von Vereinbarungen garantieren würden, praktisch unmöglich ist. Gegenwärtig ist ein ergebnisvoller nationaler Dialog in Belarus nur mit einer Vermittlung von außen denkbar, im Idealfall im Format eines Dreiecks unter Beteiligung von Russland, Deutschland und Frankreich.

Schwierigkeiten des nationalen Dialogs und Frage der Vermittlung

Der gesamte Präsidentenwahlkampf im Jahr 2020 ging mit den in der Geschichte des Landes größten Verstößen gegen das Wahlrecht und Repressionen einher. Die stärksten Herausforderer von Lukaschenko wurden entweder nicht registriert (Walerij Tsepkalo) oder verhaftet (Wiktor Babariko, Sergej Tichanowskij). Im Ergebnis wurde Swetlana Tichanowskaja zur Einheitskandidatin alternativer Kräfte, weil der Staat in ihr keine Bedrohung gesehen hatte.

Nach offiziellen Angaben konnte Alexander Lukaschenko bei den Wahlen am 9. August 80 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, nach Angaben vieler soziologischer Umfragen und sonstiger indirekter Angaben ging allerdings Tichanowskaja als Siegerin hervor. Zahlreiche Fälschungen sowie die intransparente Stimmenauszählung ließen Zweifel an den offiziellen Ergebnissen aufkommen und führten zu den Massenprotesten vom 9.–12. August, die vom Staat brutal niedergeschlagen wurden, was die ansteigende Proteststimmung nur noch mehr anheizte.

Seit nun drei Monaten in Folge finden regelmäßig Proteste statt, und dem Staat gelingt es, trotz des großen Arsenal an Repressionen, nicht sie zu ersticken. Die Anzahl von Strafverfahren übersteigt mehr als 500, es sind 15000 Menschen verhaftet worden. Das Land taucht immer mehr in eine andauernde politische Krise ein: Der Staat ist nicht in der Lage, mit Protesten fertig zu werden, er ist gleichzeitig nicht gewillt, in einen Verhandlungsprozess mit seinen Opponenten einzutreten. Der Protest, der ausschließlich friedliche Mittel einsetzt, verfügt über keine Mechanismen für den Machtwechsel und setzt langfristig auf weiteren Druck.

Auf welche Art und Weise kann die belarusische Krise bewältigt werden? Im Grunde genommen gibt es

hierzu zwei Varianten: Gewaltanwendung durch eine der Seiten oder ein Kompromiss mittels Dialogs, zu dem seit den Ereignissen vom 9.–12. August alle wichtigen Akteure von außen aufrufen – von Russland über die EU bis hin zu den USA.

Die Variante der Gewaltanwendung lassen wir in diesem Artikel außer Acht, denn dies erfordert eine gesonderte Betrachtung. Ob beide Seiten jetzt zum Dialog bereit sind, wird hier ebenfalls nicht analysiert, denn die Situation in Belarus ändert sich schnell und es lässt sich nur schwer vorhersagen, wozu beide Seiten in einem Monat, in zwei Monaten oder in einem halben Jahr bereit sein werden. Das Hauptaugenmerk hier gilt nur einer Frage – In welchem Format ist ein nationaler Dialog überhaupt möglich und welche Einschränkungen gibt es in diesem Zusammenhang.

Was die EU und Russland angeht, so ist durchaus nachvollziehbar, warum sie einen »inklusiven Dialog« anregen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass einseitige Entscheidungen von Lukaschenko nicht dazu führen werden, dass die Krise bewältigt wird, sondern eher dazu, dass sich politische Probleme weiter anhäufen und die politische Instabilität andauert. Das verstehen offensichtlich auch viele, die der politischen Elite angehören, aber gegenwärtig bekommen sie nicht die Oberhand. Es ist so, dass im Machtapparat praktisch diejenigen absolut dominieren, die eine »harte Linie« fahren (hauptsächlich die Sicherheitskräfte) und die jegliche Form eines politischen Kompromisses ablehnen.

1. Beratungen mit den »Seinigen« vs. Inklusion von alternativen Kräften

Gegenwärtig bietet der Staat einen Dialog ausschließlich in einem Beratungsformat an, worin nur die eigene »Seite« involviert ist, das heißt, Vertreter der Exekutive,

staatlicher Betriebe, regimetreue Parteien und gesellschaftliche Vereinigungen, ohne dass alternative politische Kräfte wie Tichanowskaja, Babariko und traditionelle politische Parteien hierzu eingeladen werden.

Die Lösung der politischen Krise sehen der belarussische Staat und Russland darin, dass politische Reformen umgesetzt und die Verfassung geändert werden. Politisch gesehen wird dies nichts bringen, wenn man in einem Referendum über eine Verfassung abstimmen lässt, die ausschließlich die eigenen Interessen des Staates widerspiegelt. Eine absolute Mehrheit der Bevölkerung wird diese Änderungen nicht akzeptieren. Darüber hinaus werden sie von alternativen politischen Kräften ganz sicher nicht anerkannt und somit auch nicht von der EU und den USA.

Das betrifft auch jeglichen Wahlkampf. Unabhängig davon, ob es ein Referendum zur Verfassungsabstimmung oder neue Wahlen sind, kann die Gesellschaft den Ergebnissen nur dann vertrauen, wenn es Garantien dafür gibt, dass alles transparent abläuft und alternative politische Kräfte in den Prozess involviert sind. Andernfalls besteht das Risiko, dass es erneut zu einer Situation wie bei den Wahlen im Jahr 2020 mit allen daraus resultierenden Konsequenzen kommt.

Auf jeden Fall ist für die Lösung der politischen Krise durch Kompromiss erforderlich, dass wenigstens die wichtigsten alternativen Kräfte in den Prozess einbezogen werden. Das bedeutet, dass mit ihnen Konsultationen geführt werden müssen, auf die dann die Verabschiedung formeller oder nichtformeller Vereinbarungen folgt. Das Resultat müsste die Einigung darüber sein, nach welchen Regeln die Verfassungsreform und/oder neue Wahlen durchgeführt werden (Fristen, Garantien für transparente Abläufe usw.).

2. Zeitverzögerung

Neben dem direkten Dialog ist nur noch eine nicht auf Gewalt setzende Strategie möglich, die für den Staat in der gegenwärtigen Situation grundlegend ist, nämlich, die Situation so weit in die Länge zu ziehen, bis die Lage sich »von alleine« stabilisiert. Es wird darauf gehofft, dass die Protestbewegung ermüdet, die wirtschaftliche Konjunktur sich erholt oder dass ein unvorhersehbares Ereignis eintritt – ähnlich wie zum Beispiel die Krise in der Ukraine im Jahr 2014, die die politische Situation in der Region komplett verändert hat. Eine solche Entwicklung wird allerdings für alternative politische Kräfte, die Gesellschaft an sich, die EU und die USA und sogar für den Kreml kaum hinnehmbar sein, was man den Erklärungen des russischen Außenministeriums von August bis Oktober entnehmen kann.

3. Vermittlung von außen

Im Idealfall soll bei der Bewältigung eines inneren Konflikts in einem Land keine Beteiligung von außen

vorhanden sein. Es gibt eine Reihe von wesentlichen Gründen, die eine friedliche Lösung des politischen Konflikts in Belarus gegenwärtig praktisch unmöglich machen. Die entscheidende Hürde für die Bewältigung des Konflikts mittels eines internen Dialogs ist **das fehlende Vertrauen der Seiten zueinander und der fehlende Mechanismus, der die Einhaltung von erzielten Vereinbarungen garantieren könnte.**

Vor allem nach den Ereignissen der letzten Monate ist das Maß des politischen Vertrauens in Belarus minimal und Mechanismen, die die Einhaltung von Vereinbarungen garantieren, fehlen ganz einfach. Alternative politische Kräfte haben keinerlei vernünftige Gründe, Lukaschenko zu vertrauen, vor allem nicht, wenn man die zahlreichen Beispiele dafür bedenkt, wie er während seiner politischen Karriere Vereinbarungen konterkariert hat. Lukaschenko seinerseits hat keine Gründe, oppositionellen Kräften zu vertrauen, weil sie in seinen Augen einfach kein gleichberechtigtes politisches Subjekt sind.

Darüber hinaus ist es so, dass Lukaschenko auch auf der internationalen Bühne eher ein zweifelhaftes Ansehen hat, wenn es darum geht, formale und informelle Vereinbarungen einzuhalten. Dies betrifft sowohl die Zusammenarbeit mit der EU und den USA als auch mit Russland. Als Beispiel hierfür kann die Krise im Jahr 2010 angeführt werden, als der amtierende Präsident trotz des gegenteiligen Versprechens die Protestbewegung nach den Präsidentschaftswahlen, die im Dezember abgehalten wurden, brutal niedergeschlagen hat, sowie die Wahlen im Jahr 2020. Was die Beziehungen zu Russland angeht, so hat hier das offizielle Minsk regelmäßig unterschiedliche undurchsichtige Handelsschemata eingesetzt und sich seinen Verpflichtungen im Gegenzug für vergünstigte Preise für russische Energieträger entzogen usw.

Neben dem fehlenden inneren politischen Vertrauen gibt es in Belarus auch keine Institutionen, die in der Lage wären, zu garantieren, dass erzielte Vereinbarungen eingehalten werden, das heißt, Institutionen, die ein hohes Ansehen genießen und über innere Autonomie und Unabhängigkeit dem Staat und der Opposition gegenüber verfügen. Gerichte, Kirche, Berufsverbände und sonstige gesellschaftliche Institutionen können solche Funktionen nicht erfüllen, da sie in Belarus nicht den entsprechenden Status haben, denn sie stehen in kompletter Abhängigkeit vom Staat.

Somit bleibt **gegenwärtig nur die Vermittlung von außen als ein Hauptszenario für einen ergebnisreichen Dialog und eine friedliche Lösung der belarussischen Krise.** Wenn man die Struktur der belarussischen Politik und des Staates bedenkt, kann nur die Beteiligung der Kräfte von außen die Vertrauenskrise abmildern. Wenn man hierzu noch in Betracht zieht, wie tief die politische Krise ist und dass eine der Seiten jederzeit erzielte Vereinbarungen unilateral auflösen kann,

gewinnt die Frage nach den Garantien für die Einhaltung von Vereinbarungen eine Schlüsselbedeutung. Aus diesem Grund ist die Auswahl von potentiellen Vermittlern erheblich eingeschränkt.

In dieser Situation ist **die Möglichkeit praktisch völlig ausgeschlossen, internationale Organisationen wie die OSZE als Vermittler einzubeziehen**. Die OSZE hat eine ziemlich nachgiebige Struktur und ihre Mechanismen für die Durchsetzung von Entscheidungen fußen auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Es ist denkbar, dass die Rolle der OSZE darauf beschränkt sein kann, den nationalen Dialog zu erleichtern, aber nicht darin, zu garantieren, dass Verpflichtungen zur Krisenbewältigung erfüllt werden.

Zu wirklichen Vermittlern können nur nationale Staaten werden, die die Möglichkeit haben, die Situation zu beeinflussen. Aber auch hier gibt es nur wenige Varianten. Die für Belarus günstigste Variante besteht im Dreieck **Russland-Deutschland-Frankreich** und dies aus folgenden Gründen.

Der Einfluss Russlands in Belarus ist unbestreitbar: Mehr als 40 Prozent der belarusischen Exporte und mehr als 50 Prozent der belarusischen Importe entfallen auf Russland. Russland ist der wichtigste Kreditgeber sowie der wichtigste Lieferant von Rüstungsgütern, es hat tiefe Verbindungen zur politischen Elite, unter anderem zu den Sicherheitskräften. Russische Medien haben einen bedeutenden kulturellen und informationellen Einfluss in Belarus.

Neben Russland können es nur die EU-Länder sein. Die Einbeziehung der USA ist wenig wahrscheinlich wegen der Spannungen mit Russland sowie eines beschränkten Einflusses in Belarus. Wenn man bedenkt, welche Aufmerksamkeit der belarusischen Krise zuteil wurde und wie sich in den letzten zwei Monaten die Erfahrung mit Konsultationen gestaltete, können Frankreich und Deutschland die wahrscheinlichsten Kandidaten sein. Darüber hinaus haben diese Länder mit Russland bei der Ukraine-Krise zusammengearbeitet und sie verfügen über das politische sowie wirtschaftliche Potential. Alle anderen möglichen Länder, die auf der EU-Ebene in den letzten Monaten für eine solche Rolle in Betracht gezogen wurden, haben ein wesentlich geringer ausgeprägtes Interesse an Belarus (Italien), verfügen über kleineres wirtschaftliches und politisches Potential (Schweden), haben ein angespanntes, durch Misstrauen geprägtes Verhältnis zu Russland (Großbritannien) oder befinden sich in einem verschärften Konflikt mit dem offiziellen Minsk (Polen, Litauen und andere baltische Länder).

Einfluss der politischen Krise auf die belarusischen Eliten

Was die Schlüsselpositionen angeht, so sind sie in Belarus gegenwärtig durch jene Funktionäre besetzt, die

aufgrund ihrer politischen Loyalität ausgesucht wurden. Dabei ist die Dominanz von Sicherheitsstrukturen, vertreten durch Innenministerium und KGB, auffallend. Ungeachtet dessen führt die derzeitige politische Krise zu wesentlichen Problemen in der Machthierarchie, die den Übergang zu einem Dialog mit alternativen politischen Kräften fördern könnten. Der wichtigste Faktor dabei ist die Zeit, da die Krise für die regierende Klasse unvermittelt eine anhaltende wird. Es liegt klar auf der Hand, dass es nicht gelingt, die Krise schnell zu bewältigen, und dass in vieler Hinsicht **die Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Situation nur nach dem Rücktritt von Alexander Lukaschenko möglich ist**.

1. Wirtschaftsinteressen

Ungeachtet dessen, dass der Machtapparat nach außen hin loyal bleibt, schadet die derzeitige politische Krise vielen seiner Wirtschaftsinteressen erheblich. Unternehmen, die in Verbindung mit Beamten stehen, erleiden enorme Verluste als Folge des eingetrübten Geschäftsklimas und der Lage von Recht und Ordnung. Der wesentliche Punkt ist, dass die oberste politische Führung während des gesamten Jahres 2020 es nicht geschafft hat, einen nachvollziehbaren Plan vorzulegen, wie man aus der Wirtschaftskrise herauskommt. Wenn man von der Rhetorik Lukaschenkos und der ihm nahestehenden Personen ausgeht, wird der wesentliche Akzent auf die Modernisierung von Industriebetrieben und auf manuelle Steuerung der Wirtschaft gesetzt (Steuerung durch eine direkte Kontrolle über die Tätigkeit der Betriebe). Die Privatwirtschaft in ihren unterschiedlichen Formen wird hingegen als Ursprung politischer Probleme angesehen, von daher werden in diesem Zusammenhang keine konsequenten Entwicklungs- und Förderprogramme angestrebt.

Momentan können wir nicht genau wissen, wie hoch die finanziellen Verluste für die Vertreter der regierenden Elite sind, aber sie werden erheblich sein, solange die Krise andauert.

2. Entgleitende Stabilität

Neben den wirtschaftlichen Problemen steht die regierende Elite wegen des Verlustes der Stabilität unter Druck. Früher war stabile und beständige Herrschaft einer der Vorteile des autoritären Regierens. Jetzt ist es so, dass die Situation umgekehrt ist. Der bedeutende Teil der Gesellschaft hält gerade das rigorose autoritäre System nicht mehr für hinnehmbar und ist bereit, sich dem zu widersetzen. Somit ist Lukaschenkos Machterhalt eher eine Quelle politischer Instabilität als der Beständigkeit.

3. Stärkung der Sicherheitskräfte

Der dritte und erhebliche Faktor, der zu einer steigenden Spannung innerhalb der politischen Elite führt, ist das

gestörte Gleichgewicht der Einflussnahme durch unterschiedliche Gruppen. Bis 2020 existierte eine Balance der Einflussnahme zwischen den Sicherheitskräften, dem Industriebereich, dem Kredit- und Finanzsektor und anderen Bereichen. Gegenwärtig ist eine kritische Verschiebung der politischen Einflussnahme zugunsten der Sicherheitskräfte zu sehen.

Die verstärkte Einflussnahme der Sicherheitsstrukturen bei der obersten politischen Führung ist seit 2018 bemerkbar. Besonders deutlich wird sie aber seit Juli 2020, als Lukaschenko Premierminister Sergej Rumas (er kommt aus dem Bankensektor) entließ und Roman Golowtschenko zum neuen Regierungschef ernannte, der bis dato beim Militärisch-industriellen Komplex tätig war. Die Komplikationen des Präsidentenwahlkampfes sowie die Herausbildung der Protestbewegung nach den Wahlen vom 9. August führten dazu, dass die Sicherheitskräfte zu der politischen Gruppe geworden sind, die die Oberhand gewonnen hat und die in bedeutendem Maße allen anderen überlegen ist. Je länger die Krise andauert, desto mehr werden Vertreter der Sicherheitskräfte die Kontrolle über die Exekutive auf nationaler und regionaler Ebene sowie über die Verteilung von staatlichen Geldern bekommen. Darüber hinaus steigen ihre Möglichkeiten, eigene Wirtschaftsinteressen zu fördern.

Die Stärkung der Sicherheitskräfte war anfangs als provisorische und außerordentliche Maßnahme gedacht. Die andauernde Krise führt allerdings dazu, dass ihre Position in unterschiedlichen Bereichen gefestigt wird und dadurch auf alle anderen Gruppen und deren Interessen Druck ausgeübt wird. Diese Gruppen büßen ihre politische Einflussnahme und die wirtschaftliche Basis ein, was sich besonders jetzt bemerkbar macht, wo sich die finanziellen Möglichkeiten des belarusischen Staates verschlechtern.

Wenn die derzeitigen Tendenzen andauern, wird die Unzufriedenheit der politischen Eliten zunehmen und eine bedeutende Nachfrage nach Dialog mit der Opposition hervorrufen, um die Krise zu bewältigen. Sollte die Stimmung innerhalb der regierenden Klasse umschlagen, wird der Druck auf Lukaschenko, Macht abzutreten, stärker. Man sollte auch eine Spaltung der Eliten nicht ausschließen oder die Möglichkeit, dass sie Entscheidungen der obersten politischen Führung sabotieren.

Über den Autor

Dr. Andrei Kazakevich ist promovierter Politikwissenschaftler, Direktor des Instituts für politische Studien »Palitytschnaja Sfera« (»Politische Sphäre«) und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Vytautas-Magnus-Universität (Kaunas).

Bibliographie

Giczan, Tadeusz. »The Rise of Belarusian Oligarchs«. Center for European Policy Analysis (CEPA), 2020, <https://cepa.org/the-rise-of-belarusian-oligarchs/>

Das alles kann günstige Bedingungen für Verhandlungen zwischen dem Staat (mit oder ohne Lukaschenko) und Vertretern alternativer politischer Kräfte (allen voran Tichanowskaja und Babariko) entstehen lassen. Obgleich dies nur eines der möglichen Entwicklungsszenarien ist.

Resümee

Somit bleiben die Aussichten für einen inklusiven nationalen Dialog zur Krisenbewältigung in Belarus unklar. Es ist vorstellbar, dass das Ganze nur durch die Vermittlung von außen möglich ist, da die Konfliktparteien einander nicht vertrauen und die entsprechenden Mechanismen fehlen, die die Einhaltung von erzielten Vereinbarungen garantieren. Das wahrscheinlichste und umsetzbare Format wäre das Format einer Vermittlungsgruppe – Russland sowie Schlüsselländer der EU (Frankreich und Deutschland).

Gegenwärtig ist es so, dass der Staat alternative politische Kräfte komplett ignoriert und den nationalen »Dialog« nur im Format von Konsultationen mit den eigenen Funktionären sieht. Man beobachtet keinerlei Anzeichen dafür, dass der Staat bereit wäre, einen Kompromiss mit der Opposition zu schließen. Zugleich ist die Lage des Staates nach wie vor äußerst kompliziert: Die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich, das Land erlebt eine tiefe außenpolitische Krise, die sich besonders gegenüber dem Westen zuspitzt, Protestbewegungen reißen nicht ab und nehmen immer neue Formen an.

Zur gleichen Zeit macht sich bemerkbar, dass innerhalb der politischen Elite die Spannungen wachsen. Die derzeitige Krise fügt den Wirtschaftsinteressen vieler Staatsbediensteter einen erheblichen Schaden zu, der Staat ist nicht in der Lage, politische Stabilität sicherzustellen und die Einflussnahme der Sicherheitskräfte hat in der letzten Zeit sichtlich zugenommen, indem sie das vorherige Gleichgewicht zwischen unterschiedlichen Branchen- und regionalen Gruppen wesentlich beschädigt hat. Das alles schwächt den Staat erheblich und kann ihn dazu bringen, in naher Zukunft in einen Dialog mit seinen Opponenten einzutreten, obgleich die Aussichten für eine nationale Aussöhnung ungewiss bleiben.

Übersetzung aus dem Russischen: Viktoria Kirsten

Proteste nach den Wahlen

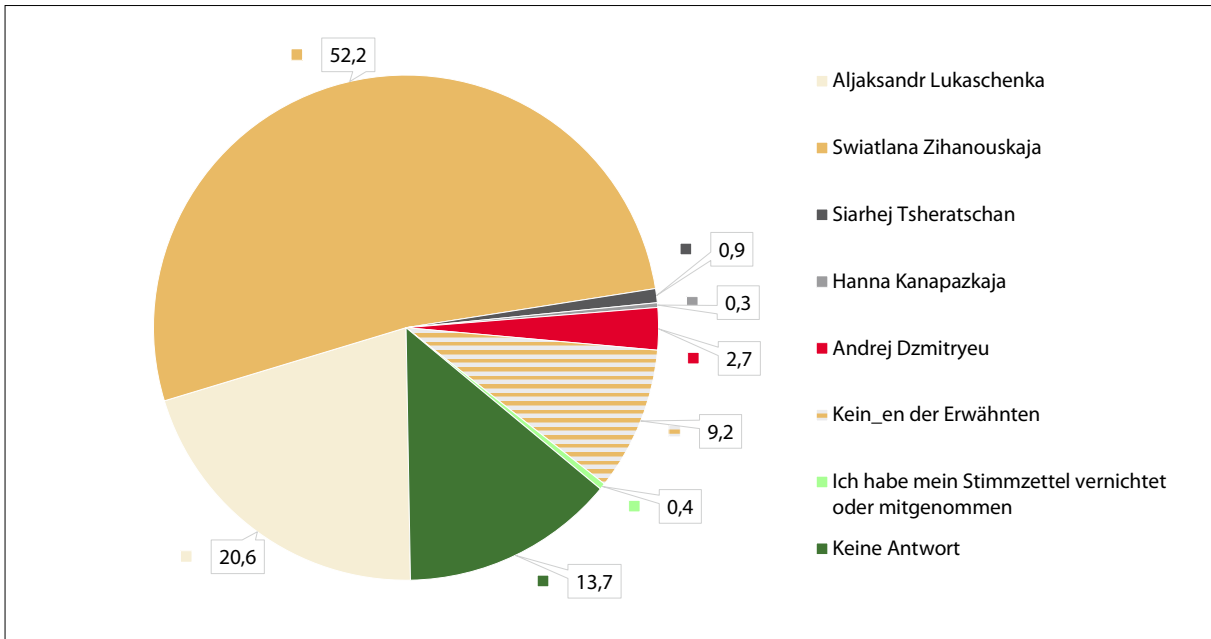
Tabelle 1: Proteste nach den Präsidentschaftswahlen 2020 in Minsk (Auswahl; ab dem 16.08.)

	Datum	Anzahl der Teilnehmenden (Schätzung)	Anzahl der Festgenommenen	
			laut Menschenrechtsorganisationen	laut Innenministerium
Sonntagsmarsch der Freiheit	16.08.	über 200.000	6	
Sonntagsmarsch des neuen Belarus	23.08.	bis 250.000		79
1. Marsch der Frauen	29.08.	10.000		
Sonntagsmarsch des Friedens und der Unabhängigkeit	30.08.	über 100.000	170	173
Protestaktion von Student_innen	01.09.	über 1.000		
2. Marsch der Frauen	05.09.	10.000		91
Sonntagsmarsch der Einheit	06.09.	bis 200.000	358	633
3. Marsch der Frauen	12.09.	über 10.000	über 100	
Sonntagsmarsch der Helden	13.09.	100.000	434	774
4. Marsch der Frauen	19.09.	2000	400	
Sonntagsmarsch der Gerechtigkeit	20.09.	über 100.000	271	442
5. Marsch der Frauen	26.09.	2000	150	
Sonntagsmarsch Volksinauguration	27.09.	über 100.000	393	350
Protestaktion der Frauen	03.10.			
Sonntagsmarsch für die Freilassung der politischen Gefangenen	04.10.	100.000	252	317
1. Marsch der Rentner_innen	05.10.	mehrere Hunderte		
Protestaktion der Frauen	10.10.			
Sonntagsmarsch des Stolzes	11.10.	Mehrere Zehntausende	617	713
2. Marsch der Rentner_innen	12.10.	über 1000		
Marsch der Mütter	14.10.	mehrere Hunderte		
1. Marsch der Menschen mit Behinderung	15.10.	100		
Protestaktion der Frauen	17.10.	150		
Protestaktion von Student_innen	17.10.			
Sonntagsmarsch der Partisanen	18.10.	100.000	253	280
3. Marsch der Rentner_innen	19.10.	mehrere Tausende		
2. Marsch der Menschen mit Behinderung	22.10.	100		
Sonntagsmarsch des Volksultimatums	25.10.	bis 200.000	300	523
4. Marsch der Rentner_innen	26.10.	1500		
Frauenmarsch in Solidarität mit den Streikenden	31.10.	250	40	
3. Marsch der Menschen mit Behinderung	31.10.	40		
Sonntagsmarsch gegen den Terror	01.11.	mehrere Tausende		300

Quelle: Nachrichtenportale naviny.by und tut.by

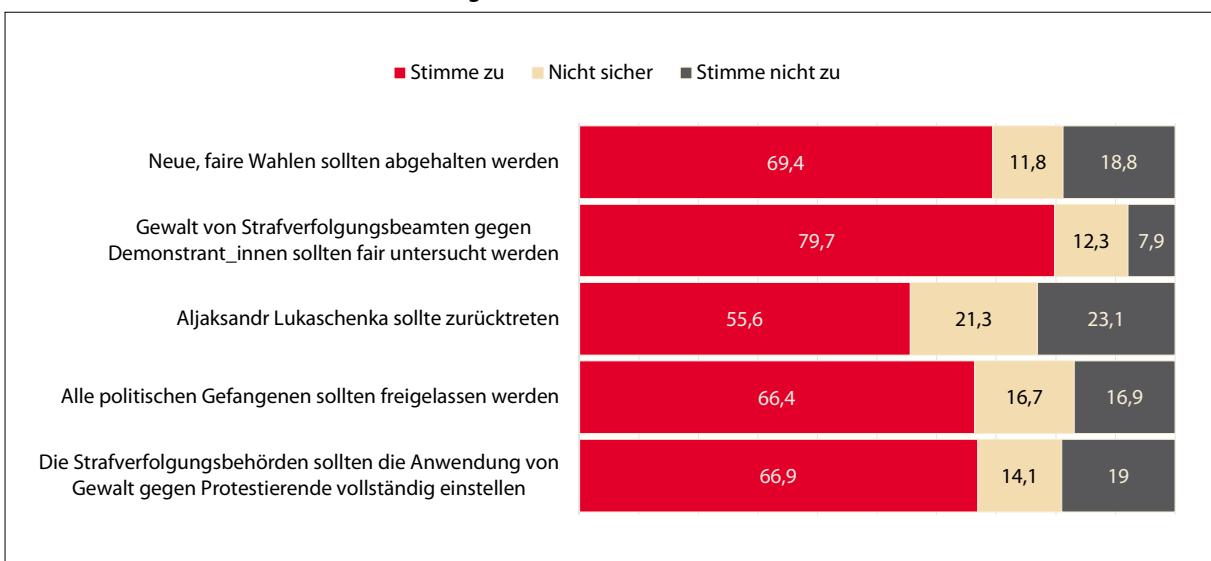
Repräsentative Online-Umfrage unter der belarusischen Bevölkerung (Chatham House, September 2020)

Grafik 1: Für welche_n Kandidat_in haben Sie gestimmt? (%)



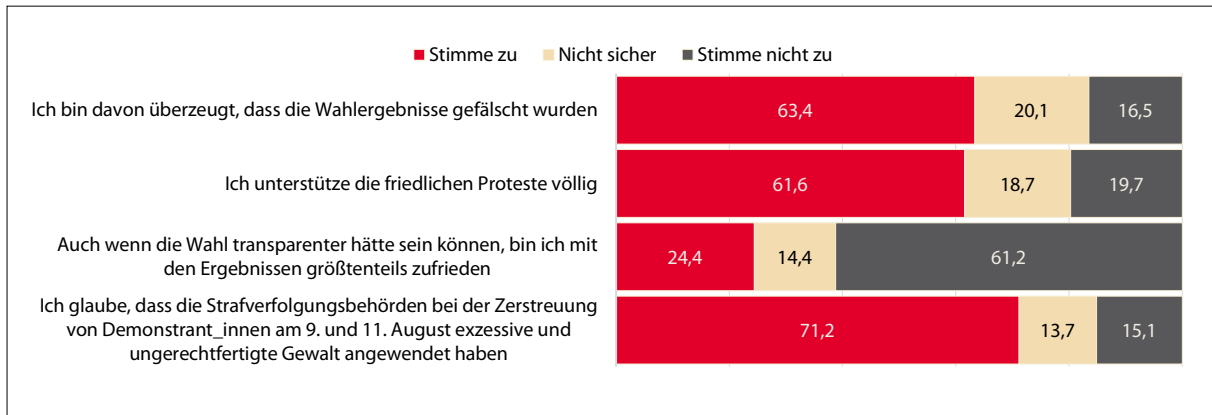
Quelle: Repräsentative Umfrage von Chatham House unter der belarusischen Bevölkerung (internet-basiert, 899 Respondent_innen, nur Stadtbewohner_innen, 22.–28.9.2020); S. 4, <https://drive.google.com/file/d/13fE7DljWNoflDsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>

Grafik 2: Inwieweit stimmen Sie dem Folgenden zu? (%)



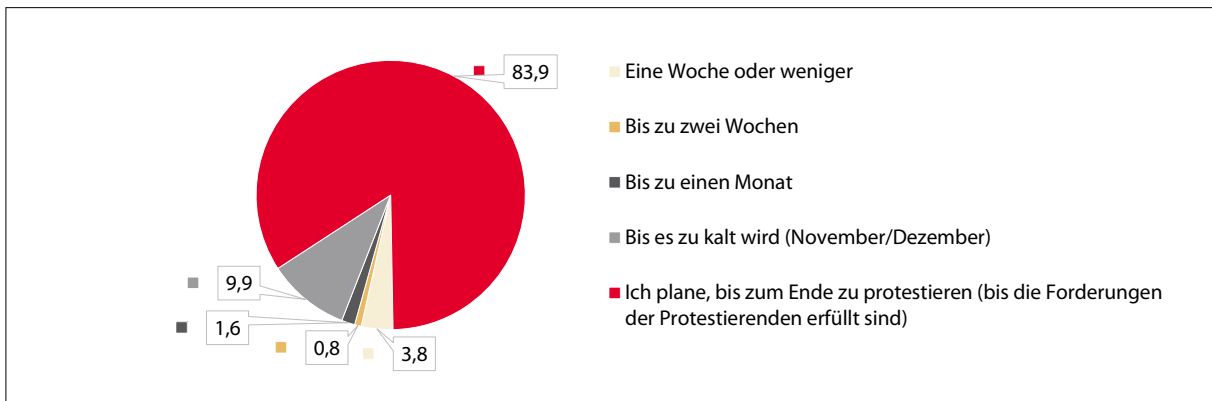
Quelle: Repräsentative Umfrage von Chatham House unter der belarusischen Bevölkerung (internet-basiert, 899 Respondent_innen, nur Stadtbewohner_innen, 22.–28.9.2020); S. 11, <https://drive.google.com/file/d/13fE7DljWNoflDsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>

Grafik 3: Inwieweit stimmen Sie dem Folgenden zu? (%)



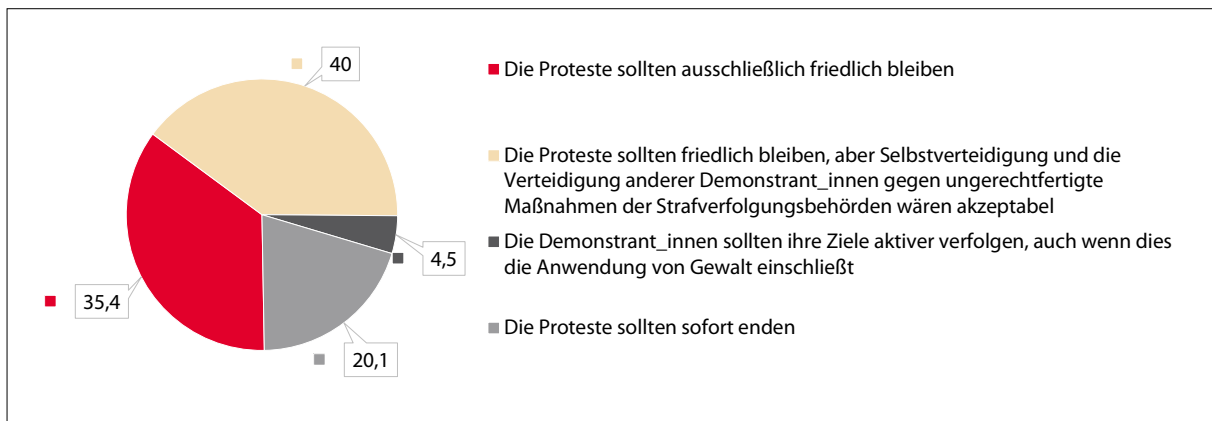
Quelle: Repräsentative Umfrage von Chatham House unter der belarussischen Bevölkerung (internet-basiert, 899 Respondent_innen, nur Stadtbewohner_innen, 22.–28.9.2020); S. 8, <https://drive.google.com/file/d/13fE7DljWNNoNFldsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>

Grafik 4: Wie lange sind Sie bereit, weiter zu protestieren, wenn der Status quo unverändert bleibt? (Frage nur für am Protest teilnehmende Respondent_innen, %)



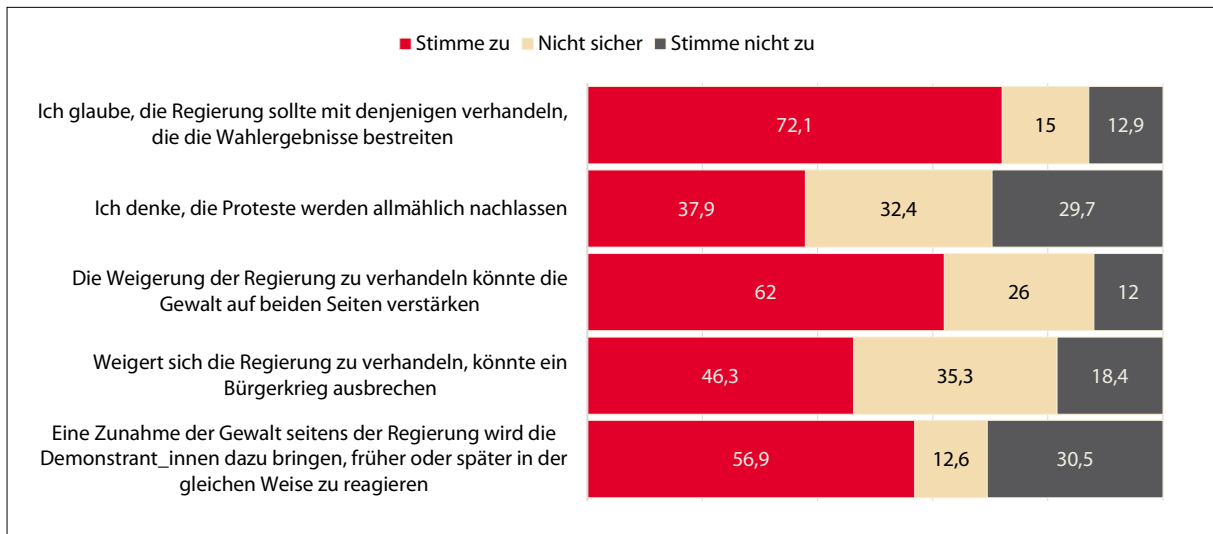
Quelle: Repräsentative Umfrage von Chatham House unter der belarussischen Bevölkerung (internet-basiert, 899 Respondent_innen, nur Stadtbewohner_innen, 22.–28.9.2020); S. 14, <https://drive.google.com/file/d/13fE7DljWNNoNFldsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>

Grafik 5: Wie sollte sich die Protestbewegung Ihrer Meinung nach weiterentwickeln? (%)



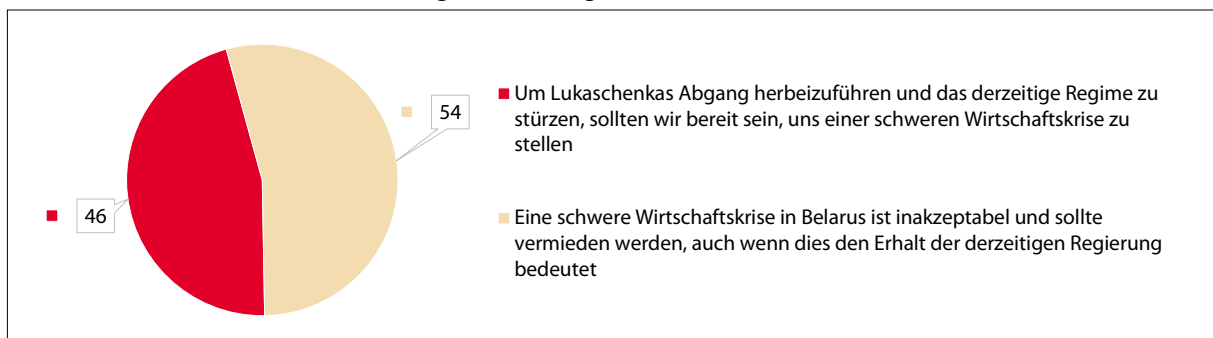
Quelle: Repräsentative Umfrage von Chatham House unter der belarussischen Bevölkerung (internet-basiert, 899 Respondent_innen, nur Stadtbewohner_innen, 22.–28.9.2020); S. 20, <https://drive.google.com/file/d/13fE7DljWNNoNFldsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>

Grafik 6: Inwieweit stimmen Sie dem Folgenden zu? (%)



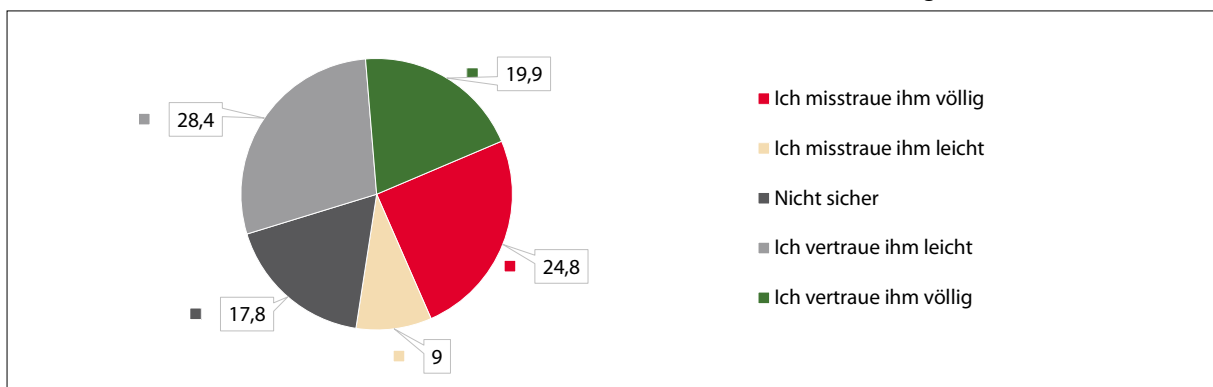
Quelle: Repräsentative Umfrage von Chatham House unter der belarussischen Bevölkerung (internet-basiert, 899 Respondent_innen, nur Stadtbewohner_innen, 22.–28.9.2020); S. 10, <https://drive.google.com/file/d/13fE7DljWN0NFidsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>

Grafik 7: Ein mögliches Szenario für einen Regimewechsel in Belarus beinhaltet eine schwere Wirtschaftskrise. In diesem Szenario ist es sehr wahrscheinlich, dass viele Belaruss_innen mit viel weniger auskommen müssen. Mit welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am stärksten überein? (%)



Quelle: Repräsentative Umfrage von Chatham House unter der belarussischen Bevölkerung (internet-basiert, 899 Respondent_innen, nur Stadtbewohner_innen, 22.–28.9.2020); S. 16, <https://drive.google.com/file/d/13fE7DljWN0NFidsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>

Grafik 8: Auf einer Skala von eins bis fünf, inwieweit vertrauen Sie dem Koordinierungsrat? (%)



Quelle: Repräsentative Umfrage von Chatham House unter der belarussischen Bevölkerung (internet-basiert, 899 Respondent_innen, nur Stadtbewohner_innen, 22.–28.9.2020); S. 19, <https://drive.google.com/file/d/13fE7DljWN0NFidsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>

Die belarussische »Evolution« hat ein weibliches Gesicht

Veranika Laputka, East Center, Warschau

DOI: 10.31205/BA.052.01

Text auf dem Stand vom 27.09.2020

Zusammenfassung

2020 wurde zum Jahr der Evolution weiblicher Führung, weiblichen Protests und weiblicher Selbstidentifikation. Niemals zuvor bewarben sich so viele belarussische Frauen im Präsidentschaftswahlkampf, organisierten und beteiligten sich an massiven Protesten und zeigten so viel Mut und Stolz, Frauen zu sein. Der Artikel klärt das erste Symbol der weiblichen Proteste (»Eva«), erläutert das Bild der Frauen in der belarussischen Gesellschaft vor den Wahlen, beschreibt das Verhalten der Frauen im Präsidentschaftswahlkampf sowie die staatliche Reaktion und analysiert die Rolle der ersten Solidaritätsketten der Frauen nach den Wahlen.

#Evolution als Evolution belarussischer Frauen

Bilder weiß gekleideter belarussischer Frauen mit Blumen in der Hand verbreiteten sich weltweit und gaben weltweit starke Impulse für die Evolution von Feminismus und Frauenprotesten. Gesichter von Frauen illustrierten die Schlagzeilen von New York Times, Guardian, Deutscher Welle, The Atlantic, BBC, Al Jazeera und Euronews. Traditionelle und soziale Medien wurden von energischen und intelligenten weiblichen Gesichtern und Stimmen überflutet. Die belarussischen Frauen wollen gehört und anerkannt werden. Sie wollen die Gewalt beenden und die belarussische Gesellschaft vor ihr schützen. Als das erste Symbol des weiblichen belarussischen Protests sichtbar wurde, erwartete niemand, dass es ein komplett neues Phänomen in den belarussischen Protesten lostreten würde. Denn als die belarussischen Behörden Lukashenkas Hauptkonkurrenten, den langjährigen Leiter der *Belgazprombank* Viktor Babaryka verhafteten, war dies eine übliche repressive Maßnahme des belarussischen Regimes gegen seine Gegner.

Babaryka war nicht nur wegen seiner beruflichen Erfolge, sondern auch als leidenschaftlicher Kunstliebhaber bekannt. Über viele Jahre hatte er belarussische Kunstwerke von unschätzbarem Wert gesammelt und es geschafft, diese aus vielen Ländern der Welt nach Belarus zurückzubringen. Viele der bedeutenden Kunstwerke wurden in verschiedenen Galerien in Belarus gezeigt und dank ihres Leiters wuchs die Kunstsammlung der *Belgazprombank* stetig weiter an.

Einige Tage vor der Registrierung der Präsidentschaftskandidaten wurden Viktor Babaryka und sein Sohn Eduard wegen angeblicher Finanzverbrechen der *Belgazprombank* und ihrer Führung und wegen Geschäften, an denen ihre Familie beteiligt sein soll, festgenommen. Ein weiteres »Opfer« der Strafermittlungen wurde die Kunstsammlung der Bank. Sämtliche Sammlungsstücke wurden beschlagnahmt, darunter eines der

derzeit teuersten Kunstwerke in Belarus, das Gemälde »Eva« von Chaim Soutine, einem in Belarus geborenen Expressionisten jüdischer Herkunft. Im belarussischen Internet tauchten unmittelbar darauf zahlreiche Collagen auf, die Eva darstellten, die Heldin des Gemäldes. Auf solchen Collagen und Memes kommentiert zeigt Eva grobe Gesten und kommentiert damit die Einstellung der belarussischen Behörden gegenüber dem belarussischen Volk. So wurde Eva zu einem sehr beliebten Motiv auf T-Shirts, Tassen und Aufklebern. Im Zuge des weiteren Wachstums der weiblichen Protestbewegung in Belarus wurde Evas Porträt weiter vielfach umgestaltet. Auf einigen Bildern ist sie wie die protestierenden belarussischen Frauen weiß gekleidet und mit Blumen in der Hand abgebildet, auf anderen ist sie hinter Gittern, wie viele friedliche Protestierende, die für ihre politischen Aktivitäten bestraft wurden. Auf vielfältige Art und Weise reproduzierten Tausende von Menschen im In- und Ausland Bilder von Eva – und schufen damit ein neues belarussisches Pop-Art-Phänomen.

Die belarussische Verfassung gilt nicht für Frauen?

Zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes 2020 deutete nichts auf den herannahenden Wandel der Rolle der Frauen in der belarussischen Politik hin. Dass vier Frauen erklärten, bei den Präsidentschaftswahlen kandidieren zu wollen, schien Aliaksandr Lukashenka vielmehr nicht zu beunruhigen. Bekannt für seine zahlreichen sexistischen Äußerungen und umgeben von Männern und Frauen, die ihre Misogynie und ihren männlichen Chauvinismus zahlreiche Male demonstriert hatten, spielte der starke Mann von Belarus weiterhin seine bekannte Rolle als sich selbst genügender Anführer, der keine Frauen braucht.

Wie schon in den vorangegangenen Wahlkämpfen trat Lukashenka auch in diesem Wahlkampf niemals gemeinsam mit seiner Frau auf. In der Öffentlichkeit begleiteten

ihn dagegen stets attraktive junge Frauen des Präsidialen Protokolldiensts. Dieses Staatsorgan – der Präsidiale Protokolldienst – wurde berühmt dafür, dass es attraktive Frauen aus Schönheitswettbewerben rekrutierte, die den belarusischen Anführer und sein direktes Umfeld bei formellen und informellen Gelegenheiten begleiteten.

Als die Präsidentschaftskandidatin Sviatlana Tsikhanouskaya, die anstelle ihres inhaftierten Ehemanns Siarhei Tsikhanouski antrat, anfangs, große Demonstrationen im ganzen Land zu organisieren, überrumpelte sie den belarusischen Anführer damit. Lukashenka setzte auf seine üblichen Taktiken, die ihm bislang erfolgversprechend erschienen waren. Die Idee einer weiblichen Präsidentin verurteilte er und führte dies aus, indem er sagte, die belarusische Verfassung sei »nicht für eine Frau geschrieben« und das Präsidentenamt »zu hart, um von einer Frau geschultert zu werden«.

Die belarusische Öffentlichkeit reagierte sofort. Zahlreiche belarusische Frauen, unter ihnen auch viele Prominente, wiesen Lukashenkas Statement zurück, viele Medien berichteten darüber. Die populärsten sozialen Medien verbreiteten ein Video, das später viral wurde, in dem viele Frauen solche Äußerungen zurückweisen. Die belarusischen Frauen waren irritiert, fühlten sich durch die Äußerungen des Staatsoberhauptes schwer beleidigt und bezogen sich bei den Protesten nach der Wahl immer wieder auf sie.

Frauen im Präsidentschaftswahlkampf

Nachdem mit Viktor Babaryka und Valery Tsapkala Lukashenkas Haupttrivalen um die Präsidentschaft die Registrierung verweigert wurde, war Sviatlana Tsikhanouskaya die einzige starke Oppositionskandidatin. Vor der weiblichen Kandidatin hatte der belarusische Präsident offensichtlich keine Angst und dies war wohl auch der Grund, warum ihr noch »erlaubt« wurde, für die Wahl zu kandidieren. Viele hielten Tsikhanouskaya für schüchtern und auf den anstehenden politischen Kampf nicht vorbereitet.

Sie gab jedoch beinahe sofort ihren Zusammenschluss mit zwei weiteren Frauen für den Wahlkampf bekannt – mit Maria Kalesnikava, Leiterin des Wahlkampfbüros von Viktor Babaryka, und Veranika Tsapkala, Valery Tsapkalas Ehefrau und Leiterin seines Wahlkampfbüros. Die drei berichteten, sie hätten sich in nur 15 Minuten auf eine gemeinsame Grundlage verständigt und beschlossen, sich im Präsidentschaftswahlkampf zusammenzutun.

Als sie ihren Zusammenschluss verkündeten, erfanden Tsikhanouskaya, Kalesnikava und Tsapkala auch gleich (unabsichtlich, wie sie später sagten) ihr Logo – ein Herz, eine Faust und ein Victory-Zeichen, eine Kombination der Logos der nicht zur Wahl zugelassenen Kandidaten. Diese Symbole wurden viral – online wie offline. Die Belarussen begannen, sie auf ihren Demonstrationen zu reproduzieren und sie auf T-Shirts und andere Merchandise-Artikel zu drucken. Darüber hinaus brachten

die drei Frauen mit ihrem Aussehen, ihrer Art zu kommunizieren und ihrem Verhalten frischen Wind in die politische Arena von Belarus. Sie organisierten einen sehr guten Wahlkampf in den sozialen Medien, die für Lukashenka, der auf seine Macht und seine staatliche Unterstützung vertraute, niemals von Interesse gewesen waren.

Das weibliche Trio brachte eine Menge Stärke, aber auch Empathie und Gerechtigkeitssinn auf. Immer wieder betonten die Frauen, sie seien zum Gang in die Politik gezwungen worden, um ihre Ehemänner zu beschützen, und wollten weder dort nach der Abhaltung fairer Wahlen bleiben noch feministischen Protest repräsentieren. In verschiedenen Bereichen der belarusischen Gesellschaft kam dies sehr gut an. Denjenigen, die sich selbst als Antifeministen bezeichnen, gefielen der ständige Bezug der Frauen auf die Männer, die sie repräsentierten, und die traditionellen Werte, die das Trio bekräftigte, indem es angeblich zeigte, dass Frauen in der Politik nicht führen, sondern nur Männer repräsentieren können. Auf der anderen Seite feierten die belarusischen Feministinnen die Tatsache, dass es letztlich Frauen sind, die das politische Erwachen der belarusischen Gesellschaft anführten. Dies würde viele belarusische Frauen unweigerlich zu ihrer ohnehin lang ersehnten Emanzipierung inspirieren.

Eine weitere weibliche Kandidatin wurde vom Licht des extrem erfolgreichen Trios weitgehend überschattet: Hanna Kanapatskaya. Die erfolgreiche und engagierte Rechtsanwältin und ehemalige Parlamentsabgeordnete wurde 2016 ins belarusische Parlament gewählt. Gemeinsam mit einer anderen Frau, Alena Anisim, stellte sie dort die einzige oppositionelle Kraft dar. Kanapatskaya wurde für ihren hartnäckigen Kampf gegen die Schwächen der belarusischen Gesetzgebung sehr bekannt. Ihre Anhänger bewunderten Hannas Standfestigkeit und Ausdauer und ihr Bestehen auf demokratischen Werten.

Für die Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 2020 entschied sich allerdings eine sehr andere Kanapatskaya. Einige ihrer früheren Kollegen sagten, ihre Rhetorik habe sich so sehr verändert, dass sie unter der Kontrolle der belarusischen Spezialkräfte stehen müsste. Sie verurteilte zwar die belarusischen Behörden und Aliaksandr Lukashenka öffentlich, ihren Äußerungen über die anderen Präsidentschaftskandidat/innen fehlte es jedoch an Ethik und Takt. Kanapatskaya bezeichnete viele ihrer Mitbewerber/innen öffentlich als Projekte des Kremls.

Nachdem sich das weibliche Trio formiert hatte, attackierte Kanapatskaya mit einer Reihe von Posts Sviatlana Tsikhanouskaya auf deren öffentlichem Profil, indem sie ihre politische Erfahrung wie ihre beruflichen und persönlichen Qualitäten in Frage stellte. Später bezeichnete sie Maria Kalesnikava, Sviatlana Tsikhanouskaya und Veranika Tsapkala als »lachende Mädchen« und stellte deren Erfahrungen und jüngerem Lebensalter ihren

eigenen soliden politischen Hintergrund gegenüber. In der belarusischen Öffentlichkeit kamen derlei Äußerungen Kanapatskayas natürlich nicht gut an. Viele Menschen glaubten, die ehemalige Parlamentsabgeordnete sei eifersüchtig auf den Erfolg des Trios oder diskreditiere sie vorsätzlich. Andere kritisierten und verurteilten Kanapatskaya auch öffentlich, als alle drei Frauen nach der Wahl zu Zielen von Repression geworden waren.

Staatliche Repressionen gegen die belarusischen Frauen

Schon im August waren Sviatlana Tsikhanouskaya, Maria Kalesnikava und Veranika Tsapkala mit einer Reihe von repressiven Methoden und Drohungen konfrontiert. Wegen Verfolgungen und Bedrohungen ging Veranika Tsapkala einen Tag vor den Wahlen zu ihrem Ehemann nach Russland. Sviatlana Tsikhanouskaya wurde nach einem Gespräch bei der Zentralen Wahlkommission am 11. August gezwungen, das Land Richtung Litauen zu verlassen. Außerdem wurde sie bei diesem Gespräch zu einer erniedrigenden Videobotschaft an ihre Wählerschaft gezwungen.

Das am 14. August aufgestellte Präsidium des Koordinierungsrats zur Transition der Macht bestand aus fünf Frauen und drei Männern. Neben Sviatlana Tsikhanouskaya und Maria Kalesnikava aus dem ursprünglichen Frauen-Wahltrio gehörten dem Präsidium drei weitere beeindruckende Frauen an: Sviatlana Alexievich, Gewinnerin des Literatur-Nobelpreises und Autorin des berühmten Romans »Der Krieg hat kein weibliches Gesicht«; Volha Kavalkova, Co-Vorsitzende der belarusischen Christdemokraten, sie hatte ursprünglich auch für das Präsidentenamt kandidiert und sich dann Tsikhanouskayas Team angeschlossen; und Liliya Ulasava – eine erfahrene und bekannte Rechtsanwältin und Mediatorin.

Bald erfanden die belarusischen Behörden einen Mechanismus, um Repressionen gegen die Präsidiums-Frauen auszuüben. Als erstes nahmen sie Volha Kavalkova fest. Einige Tage später verbrachten sie sie an die polnische Grenze und zwangen sie zur Ausreise aus Belarus. Etwas später nahm das Komitee der Staatskontrolle Liliya Ulasava fest.

Zu weiteren Repressionen kam es, als Maria Kalesnikava im Stadtzentrum von Minsk entführt wurde. Einen Tag später wurde Kalesnikava zusammen mit ihren Kollegen Anton Radnianskou und Ivan Krautsou an die belarusisch-ukrainische Grenze verbracht. Anders als den beiden Männern gelang es Kalesnikava, ihren Pass zu zerreißen und zurück auf belarusisches Territorium zu kommen. Dort wurde sie anschließend wegen Gefährdung der staatlichen Sicherheit angeklagt und inhaftiert. Seitdem gibt es mit Maria Kalesnikava eine weitere populäre Frau, die auf den Plakaten der Protestierenden zu sehen ist, und ein weiteres Symbol einer neuen weiblichen belarusischen Protestbewegung.

Etwas später gab die weltbekannte Svetlana Alexievich bekannt, dass einige Unbekannte versucht hätten, in ihre Wohnung in Minsk einzubrechen. Unmittelbar darauf fanden sich europäische Diplomaten und Journalisten an Alexievichs Wohnung ein, wo sie mehrere Tage bleiben mussten, um diese vor den »Unbekannten« zu schützen. Zuvor hatte Alexievich beim Prozess gegen ihre Kolleginnen vom Präsidium des Koordinierungsrats Beweise liefern müssen.

Etwa ab diesem Zeitpunkt wurden auch gegen protestierende Frauen härtere Repressionen angewendet – bislang waren sie im Vergleich mit den protestierenden Männern sicherer gewesen. Die Frauen, die an den Studierendenprotesten und Solidaritätsketten nach der Entführung von Maria Kalesnikava am 7. September 2020 teilgenommen hatten, wurden brutal niedergeschlagen und verhaftet. Und die Brutalität der Bereitschaftspolizei ging sogar noch weiter – es wurde bekannt, dass sie auch schwangere Frauen geschlagen hatte. In einem Fall verlor die Frau danach ihr Baby. Die staatlichen belarusischen Medien verbreiteten darüber zynische Lügen, indem sie behaupteten, in Wahrheit habe die Frau ihre Schwangerschaft durch Abtreibung beendet.

Die belarusischen Behörden erfanden weitere brutalste Mittel gegen die weiblichen Protestierenden und begannen, deren Kinder als Druckmittel einzusetzen. Zahlreiche Frauen berichteten, dass Schule und Polizei ihnen mit der Möglichkeit des Sorgerechteszugs gedroht hatten, sollten sie weiterhin an Protesten teilnehmen. In einem Fall musste eine weibliche Aktivistin, die festgenommen worden war, ihren Sohn nach ihrer Haftentlassung aus einem Waisenhaus abholen, obwohl andere Familienmitglieder darauf gedrungen hatten, bei dem Jungen zu bleiben, solange seine Mutter in Haft war.

Das weibliche Trio und Weiße Proteste

Das weibliche Trio versammelte bei seinen Demonstrationen vor der Wahl Zehntausende von Menschen in ganz Belarus hinter sich. Landesweit wurde es bei seinen Auftritten von den Belarussen herzlich begrüßt und Sviatlana, Maria und Veranika wurden zum Gesicht der Oppositionsbewegung in Belarus. Die drei Frauen schufen die kraftvolle Botschaft von einer legitimen und vertrauenswürdigen weiblichen Führung, die den Menschen in Belarus mit Empathie und Liebe begegnet, authentisch und emotional und gleichzeitig tapfer und stark ist und bleibt. Außerdem wurde das Trio für die Frauen in Belarus, denen seit Jahren die Möglichkeit vorenthalten wurde, Teil der politischen Entscheidungsfindung zu sein, zu einem inspirierenden Impuls.

In den ersten brutalsten Tagen nahm die Polizei Tausende Menschen fest. Als sie wieder freikamen, waren die meisten der Meinung, die Frauen hätten in den Haftanstalten und Gefängnissen weniger Gewalt erlebt, obwohl auch sie gedemütigt, geschlagen und angeblich auch vergewaltigt wurden.

tigt wurden. Mehrere Hundert Frauen organisierten sich über Telegram, um die Gewalt zu stoppen. Am 12. und 13. August 2020 begannen dann Frauen im ganzen Land, sogenannte Solidaritätsketten zu bilden. Weiß gekleidet hielten sie sich an den Händen und riefen die Behörden auf, die Gewalt zu beenden und ihre Stimmen zu hören.

Am 14. August überrumpelte eine organisierte Frauenbewegung die Bereitschaftspolizei bei einer massiven Demonstration vor dem Parlamentsgebäude in Minsk, als Kräfte des Militärs ihre Schilde vor den weiblichen Protestierenden hochklappten. Diese reagierten darauf, indem sie begannen, die Soldaten zu umarmen und zu küssen – die weiblichen Protestierenden hatten erkannt, dass sie selbst ihre stärksten Waffen sind, wenn sie friedlich und dabei ausdauernd und stark bleiben.

Mitglieder des Frauentrios bedankten sich beim belarusischen Volk immer wieder für dessen Freiheitsbestrebungen. Außerdem bewunderte es die Tapferkeit der protestierenden belarusischen Frauen. Im September trafen Sviatlana Tsikhanouskaya, Volha Kavalkova und Veranika Tsapkala in Warschau zu einem offiziellen Treffen wieder zusammen. Gegenüber Journalisten lobten sie den Mut ihrer Kolleginnen und Freundinnen, vor allem ihrer »unerschrockenen Freundin« Maria Kalesnikava, die sich trotz des Risikos, in ihrer Heimat verfolgt zu werden, für die Inhaftierung entschied, statt sich in die Emigration zwingen zu lassen. In ihren zahlreichen Meldungen aus dem Exil im Ausland verurteilte Sviatlana Tsikhanouskaya die belarusische Polizei für die Gewalt gegen Frauen und Mädchen und lobte den Mut der Frauen sehr.

Weißer Proteste und Frauenmärsche folgten und wurden zu einer regelmäßigen Tradition, die in Belarus mindestens einmal pro Woche, am Samstag, stattfand. Belarusische Frauen marschierten durch belarusische und auch ausländische Städte und Orte, hielten sich an den Händen, trugen Blumen und Plakate bei sich, sangen Schlaflieder und das berühmte belarusische Lied *Kupalinka*, das vom traurigen Schicksal eines Dorf Mädchens handelt.

Viele Belarussinnen organisierten Flashmobs und produzierten Videos für Belarus und ein internationales Publikum. Mit den starken weiblichen Führungsfiguren aus dem ursprünglichen Trio, aber auch den weiblichen Präsidiumsmitgliedern des Koordinierungsrats und belarusischen

Schauspielerinnen, Sportlerinnen und Künstlerinnen, die allesamt die belarusischen Behörden und Aliaksandr Lukashenka öffentlich verurteilen, sind weibliche Stimmen nach wie vor tonangebend in den Protesten.

Die belarusischen Behörden haben die Macht der belarusischen Frauen deutlich erkannt – und Frauen aus dem ganzen Land zu einem von ihnen organisierten Konzert mit dem Titel Frauen für Belarus gebracht, auf dem russische und belarusische Popstars ihre Unterstützung für Aliaksandr Lukashenka ausdrückten. Offensichtlich versuchten die Behörden, diese Frauen den Tausenden weiblichen Protestierenden in Belarus gegenüberzustellen und zu zeigen, dass in Wirklichkeit viele Frauen Lukashenka unterstützen. Im Nachhinein wurden in den Medien Bilder verbreitet, auf denen Lukashenka von Frauen aus dem Publikum des Konzerts umringt und geküsst wird.

Ein Slogan der Pro-Lukashenka-Protestierenden war das Wortspiel »Ein Geliebtes (Belarus) kann nicht aufgegeben werden«. Im Originalausdruck bezieht sich der Satz auf »eine Frau«. Niemals zuvor war Frauen von Seiten der belarusischen Führung so viel Aufmerksamkeit entgegengebracht worden. Die belarusischen Frauen reagierten auf den Slogan, indem sie Lukashenka mit einem Missbrauchstäter verglichen, der meist den Willen seiner Partnerin, ihn zu verlassen, bricht und sie zwingt, bei ihm zu bleiben – die Partnerin ist in dem Vergleich das belarusische Volk, das seit vielen Monaten immer weiter gegen seine Autoritäten protestiert.

Momentan machen sich die weiblichen Stimmen von Belarus zwar definitiv bemerkbar, leider wird aber nicht auf sie gehört. Obwohl die repressive Maschinerie immer neue Wege erfindet, um einzelne Frauen gezielt anzugreifen, demonstrieren die weiblichen belarusischen Führungsfiguren und Protestierenden Mut und Entschlossenheit, ihren Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit fortzuführen. Die Emanzipation der belarusischen Frauen fand schnell statt und war intelligent und unvergesslich. Die belarusischen Autoritäten werden eine neue leidenschaftliche und nicht zu stoppende Triebkraft nicht ignorieren können – die Macht der belarusischen Frauen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autorin

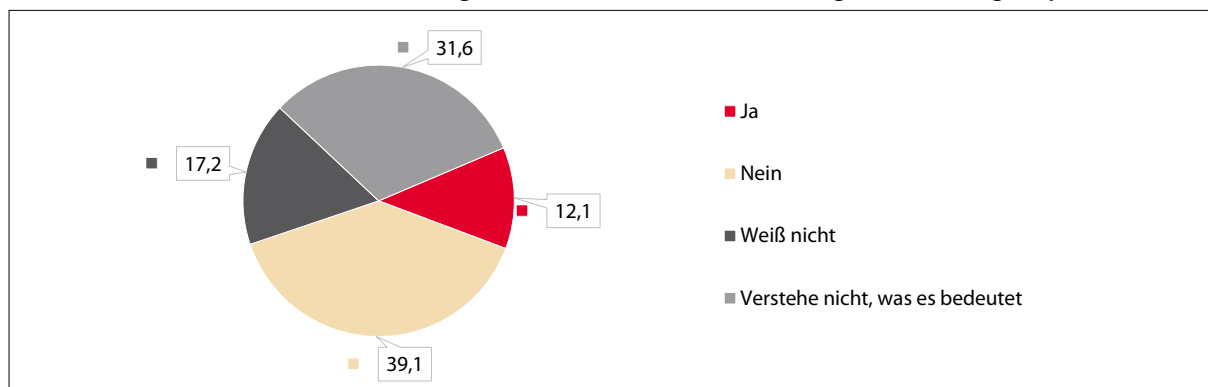
Veranika Laputka ist Mitbegründerin des EAST Center und Rethink.CEE-Fellow beim German Marshall Fund der Vereinigten Staaten. Zu ihren Forschungsinteressen und -schwerpunkten gehören Medien, Propaganda, Erinnerungspolitik und Jüdische Studien.

Bibliographie

- Laputka, Veranika. »Frauen in Staat und Politik in Belarus«. Belarus-Analysen Nr. 36 (2019): S. 2–6, <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/36/frauen-in-staat-und-politik-in-belarus/>
- Dryndova, Olga. »Corona, Politisierung und Selbstorganisation«. In: BELARUS! Das weibliche Gesicht der Revolution, edition.fotoTAPETA__Flugschrift, 2020, S. 21–40, <http://www.edition-fototapeta.eu/belarus-das-weibliche-gesicht>

Genderthema in Belarus

Grafik 1: Ist das Problem der Genderungleichheit in Belarus aktuell? (Umfrage von Pact, Aug.–Sept. 2019, %)



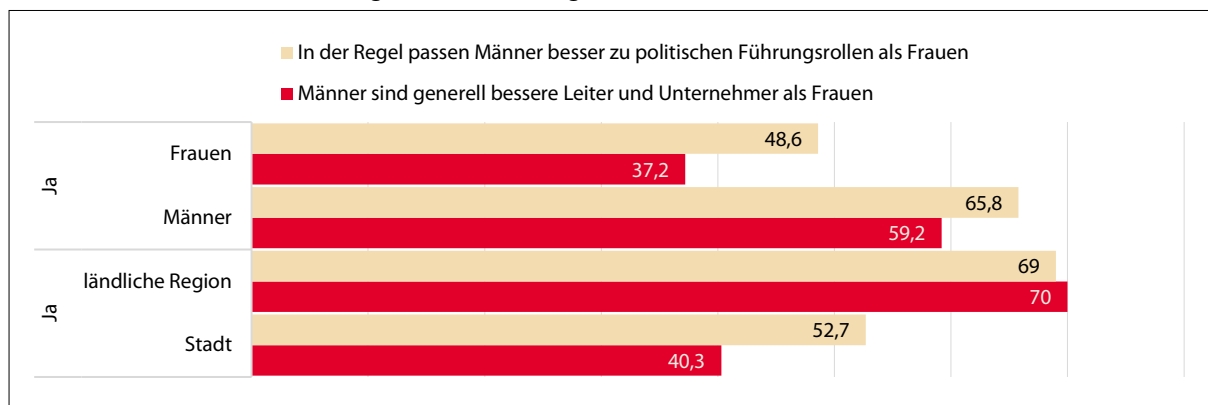
Quelle: *Schto dumajut belorusy? Po woprosy gendernogo nerawenstwa – nitschego*, <https://thinktanks.by/project/2020/03/31/chto-dumayut-belorusy-po-woprosu-gendernogo-nerawenstva-nichego.html>

Tabelle 1: Welche häuslichen Arbeiten sollten in Familien von Frauen und welche von Männern erledigt werden? (nach Gender; Umfrage von IPM, 2018; %)

	Aufgabe der Männer		Aufgabe der Frauen		Gemeinsame Aufgabe	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Kochen	1,5	0,7	56,3	46,2	41,7	53
Spülen	3,7	4,7	53,9	37,8	41,9	57,5
Aufräumen	2,8	2,2	55,5	42,5	41,3	55,2
Pflege der Kleidung / der Schuhe	2,4	2,5	58,3	49,8	38,9	47,7
Gartenarbeit	15,7	13,3	21,2	11,6	62,4	74,7
Pflege der Haustiere	15,1	13,3	21,2	11,6	62,4	74,7
Heimwerkerarbeiten	81,7	72	2	1,3	15,9	26,5
Pflege von Autos, Fahrrädern etc.	87,3	79,4	1,7	1,8	10,7	18,6
Einkauf von Waren und Dienstleistungen	19	14	14,2	9,9	66,6	76,2
Betreuung und Erziehung der Kinder	1,5	1,4	22,9	12,4	75,3	86,2

Quelle: *Zennosti naselenija Belarusi*, IPM, 2019, S. 60, http://www.research.by/webroot/delivery/files/SR_19_01.pdf

Grafik 2: Stimmen Sie dem Folgenden zu? (Umfrage von IPM, 2018; %)



Quelle: *Zennosti naselenija Belarusi*, IPM, 2019, S. 49, http://www.research.by/webroot/delivery/files/SR_19_01.pdf

»Wir brauchen keine starken Anführer – wie brauchen eine starke Gesellschaft«

Olga Shparaga, Philosophin und Mitbegründerin des European College of Liberal Arts (ECLAB), Minsk

Das folgende Interview erschien ursprünglich am 13.10.2020 auf dem Portal reform.by und wurde von dekoder ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung

Der Protest in Belarus wird besonders von Frauen getragen und geprägt, darüber ist schon viel gesagt worden. Olga Shparaga ist eine der prominentesten Stimmen in diesem Diskurs. Die Philosophin lehrt am European College of Liberal Arts in Belarus, ist Mitglied im Koordinationsrat der Opposition – und auch international bekannt, im April 2021 erscheint ihr Buch »Die Revolution hat ein weibliches Gesicht« in deutscher Übersetzung im Suhrkamp-Verlag.

Shparaga hat zwei Wochen in der Haftanstalt Shodino östlich von Minsk verbracht, nachdem sie während einer friedlichen Demonstration Anfang Oktober zunächst für einen Tag festgenommen und am 12. Oktober schließlich zu einer 15-tägigen Haftstrafe verurteilt wurde – für die »Teilnahme an einer nicht genehmigten Massenveranstaltung«. Nach der Inhaftierung musste sie aus Sicherheitsgründen Belarus verlassen.

Inwiefern die Figur der Frau in patriarchalen Strukturen heute stellvertretend für die gesamte belarussische Gesellschaft steht, warum sich so viele Menschen in Swetlana Tichanowskaja wiedererkennen können, und wie die Oppositionsbewegung auch auf diejenigen zugehen kann, die ihr kritisch gegenüber stehen – darüber sprach Shparaga noch kurz vor ihrer Haft beim Spaziergang mit Darja Amelkowitzsch vom unabhängigen belarussischen Portal »Reformation«.

Interview

Wir beobachten zurzeit, wie sich unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen zusammentun und gemeinsam protestieren. Kann man diese Bewegung als neue Solidarität bezeichnen?

Schon während der Wahlkampagne haben wir gesehen, wie eine neue gesellschaftliche Energie freigesetzt wurde. Nach den Wahlen erreichte sie eine neue Intensität, als den Leuten nichts anderes übrigblieb, als auf die Fälschungen und den von der Regierung entfesselten Terror zu reagieren. Für die Gesellschaft gab es kein Zurück mehr. Die Leute spürten, was für eine gewaltige Energie plötzlich da war, was für eine Solidarisierung im Gange war, und suchten nach Formen, sie zu bewahren. Wir sehen auch jetzt noch, wie diese Formen sich wandeln, wie neue erfunden und weiterentwickelt werden.

Was zeichnet diese Solidarität aus?

Die Idee der Humanität. Dass Menschen sich miteinander solidarisieren, einfach weil sie Menschen sind. Weil sie finden, dass niemandem Gewalt angetan und niemand in seinen Grundrechten und seiner Freiheit eingeschränkt werden darf. Wir sehen, wie diese Idee die Leute über alle beruflichen, alle Alters- und Geschlechtsunterschiede hinweg vereint: Sie wollen aktive Bürgerinnen und Bürger sein, dafür stehen sie ein. Sie wollen keinen autoritären Staat und sind bereit, sich miteinander zu verständigen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wir haben viel über die Atomisierung der belarussischen Gesellschaft diskutiert. Ihr fehlt Debattenerfahrung, ihr fehlt Vertrauen. Und plötzlich war da diese große Offenheit und Toleranz, der Wunsch der Menschen, gemeinsam etwas zu schaffen und sich daran zu freuen.

Derzeit wird viel diskutiert, ob man nicht alle Kräfte darauf richten sollte, den politischen Gefangenen zu helfen, ihr Trauma zu bewältigen. Oder ob es richtig ist, dass sich die Leute abends in den Innenhöfen versammeln, um positive Emotionen zu teilen – ich finde, das ist alles wichtig. Die Menschen brauchen einen emotionalen Rückhalt, sie suchen Verständigung und wollen vertrauensvolle Beziehungen aufbauen. Es ist genau die Art von Solidarität, die unserer Gesellschaft bislang gefehlt hat.

Und doch lebt ein Teil der Gesellschaft immer noch in einer anderen Realität. Diese Menschen halten Veränderungen weder für notwendig noch für wünschenswert. Sie werfen dem progressiven Teil der Gesellschaft vor, die

Stabilität aufs Spiel zu setzen. Was kann man diesem paradoxen Argument entgegen, wenn man bedenkt, dass der Sozialstaat praktisch nicht mehr existiert?

Führen wir uns diese Gruppe vor Augen. Sie ist überaus heterogen. Glühende Lukaschenko-Anhänger gibt es dort kaum, sondern vor allem Frauen, die im Niedriglohnsektor arbeiten. Diese Frauen haben ein kleines Gehalt, sie müssen sich um ihre Kinder kümmern, oft auch um ihre alten Eltern. Die Angst, die Unterstützung zu verlieren und auf einmal mit nichts dazustehen, ist deshalb groß. Diese Gruppe hat sehr wenig Freizeit. Wenn die Frauen außerhalb von Minsk wohnen, haben sie häufig keine Zeit, ins Internet zu gehen. Deswegen bleiben ihnen die vielen Wege der Solidarität verborgen – sie wissen schlicht nicht, wo sie Hilfe erhalten können. Das Regime wiederum nutzt sie aus und droht ihnen damit, dass sie alles verlieren. Dasselbe tut auch die Propaganda, die behauptet, eine neue Regierung werde sich nicht um sozial schwache Gruppen kümmern.

Es gibt in dieser Gruppe sicher auch Menschen, die unter Lukaschenko Karriere gemacht haben und dank ihm sozial aufgestiegen sind. Sie sind dem System gegenüber loyaler. Aber es gibt auch Menschen, die in Lukaschenkos System gefangen sind. Beide muss man ansprechen, in unterschiedlicher Weise.

Wir müssen uns eingestehen, dass sich der alternative Diskurs derzeit überhaupt nicht an diese Gruppe richtet. Wir können nicht nur über Privatisierung [des staatlichen Eigentums] und politische Freiheiten sprechen. Wir müssen uns auch um die anderen Themen kümmern: Was wird aus dem Schulsystem, dem Gesundheitswesen, den sozial Benachteiligten? Die Gesellschaft braucht auch dieses Narrativ.

Wie stehen Sie dazu? Sind Sie auch eine Verfechterin des Sozialstaats?

Ja. Aber nur, wenn er funktioniert wie in Deutschland oder Schweden. In Belarus ist er seit langem erodiert, wie wir bei Corona gesehen haben, oder auch, als die halbe Stadt ohne Wasser war. Die Regierung unternahm nichts und erklärte: »Das ist euer Problem.« Das wäre in einem Sozialstaat undenkbar. Der ganze Beamtenapparat, die Ministerien – wozu sind sie da? Ich bin sicher, dass sich viele Leute zum ersten Mal gefragt haben, ob sie mit einem anderen Staat nicht besser dran wären.

Es wird weitere Pandemien wie Corona geben, und dafür braucht es ein funktionierendes Gesundheitssystem, und überhaupt soziale Unterstützung. Der Staat sollte keine Ideologie erfinden, sondern den Menschen helfen. Es gibt verschiedene Institutionen, die mit einem vernünftigen Steuersystem gut funktionieren würden. Ich denke, wenn wir heute für so ein Modell des Sozialstaates kämpfen, gewinnen wir gleichzeitig neue Anhänger.

Kommen wir zur Kreativität der Frauenbewegung, die zum Gesicht der belarussischen Proteste wurde. Frauen haben sich einen Glitzermarsch ausgedacht, oder sie kommen zusammen und bilden eine Kette, weiß gekleidet, Blumen in den Händen ... Heute spricht die ganze Welt über die belarussischen Frauen, weil sie mutig, schön und kreativ sind.

Es war ein langer Prozess. Alles hat mit der Solidaritätsaktion für die Eva von Chaim Soutine begonnen. Das war noch im Juni. Diese Bewegung wurde überwiegend von Frauen unterstützt, weil viele von ihnen mit der Sammlung der Belgazprombank zu tun hatten: Künstlerinnen, Kuratorinnen. Auch im Kulturbetrieb gibt es sehr viele Frauen, insbesondere in den Projekten, die Viktor Babariko unterstützt hat. Die Frauen machten Eva zu einem Sinnbild für sich selbst: Viele fotografierten sich als Eva oder trugen T-Shirts mit Eva.

Haben sie sich mit ihr identifiziert?

Ja. Wohlgermerkt nicht mit dem Bild einer halbnackten Frau auf dem Sofa, sondern mit Eva. Mit dieser strengen, ernsten, vielleicht sogar missbilligenden, herausfordernden Frau – sie wurde zum Gesicht der weiblichen Solidarität. Später kamen dann die Bilder, die für das schwache Geschlecht standen.

Die Frauen in Weiß?

Ja. Und mit Blumen. Als sich die Frauen am 12. August auf dem Komarowka-Markt versammelten, als der Terror der Behörden losging. Das war so ein Bild der Weiblichkeit, der Schwäche. Und gleichzeitig ein Symbol dafür, dass auch in der Schwäche eine Stärke liegt. Unsere Revolution – der friedliche Protest – ist ein Ausdruck dafür: Man kann sich wehren und für seine Rechte kämpfen, auch wenn man schwach ist.

Als die Frauen am 12. August eine Kette bildeten, wussten sie nicht, wie die Sicherheitskräfte reagieren würden. Heute können wir sagen, die Frauen werden nicht inhaftiert, ihnen wird weniger Gewalt angetan, aber ich weiß, dass sie Todesangst hatten, als die Aufseher um sie herumliefen und keiner wusste, wie es ausgehen würde. In dieser Haltung liegt eine große Selbstaufopferung.

Diese Reaktion wurde zum Vorzeichen dafür, dass die Revolution friedlich verlaufen könnte. Dass wir friedliche, kreative Wege gehen. Wir werden sie, unsere Freunde, unsere Nächsten, bis zum Schluss verteidigen.

Die nächste Etappe, das waren dann schon die Frauenmärsche?

Die Frauen nehmen längst eine aktive Position ein. Ob feministische Elemente oder LGBTQ-Community, die Märsche zeigen, dass das weibliche Subjekt existiert. Die Frauen sprechen nicht mehr als Opfer.

Der Protest hat viele unterschiedliche weibliche Gesichter, denn auch die Frauen sind ja alle ganz unterschiedlich. Wir haben unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Doch das Thema Gewalt hat alle vereint. Eva wurde »verhaftet«. Die Männer landeten in den Gefängnissen – die Frauen gingen gegen Gewalt und Willkür auf die Straße. Die Frauen machen klar, dass die Gewalt die Gesellschaft als Ganze betrifft. Sie sagen es mit den unterschiedlichsten Slogans. Das Wichtigste ist, dass Plakate, die ich sonst auf feministischen Demos gesehen hatte (wie »Er schlägt dich, also wandert er in den Knast«), auf den großen Frauenmärschen auftauchten. Ein Plakat für ein Gesetz gegen häusliche Gewalt wurde zum Symbol dafür, wie sich die ganze Gesellschaft wahrnimmt. Das bedeutet, die Figur der Frau, die in einer patriarchalen Gesellschaft systematischer Gewalt ausgesetzt ist, steht heute für die Gesellschaft insgesamt.

Sobald die Frauen ihre Position behaupteten und Subjekte wurden, begegnete die Staatsmacht ihnen mit Gewalt. Bis dahin verhielt sie sich nachsichtig. Wie würden Sie das interpretieren?

Warum wohl hat Swetlana Tichanowskaja die Wahlen gewonnen? Weil Lukaschenko sie nicht ernstgenommen hat. Aber die Gesellschaft hat sie ernstgenommen. Maria Kolesnikowa hat ihren Pass zerrissen und ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Frauen haben erzwungen, dass man fortan mit ihnen zu rechnen hat. Die Staatsmacht, die nur auf Gewalt setzt, fand die entsprechende Antwort.

Doch die Art des Protestes hat sich dadurch nicht geändert. Der Koordinationsrat plant keinen Staatsstreich, die Frauenmärsche sind völlig friedlich. Dieses Engagement hat mittlerweile einen Rückhalt in der Gesellschaft, es kann nicht mehr ignoriert werden.

Sprechen wir über unsere Anführerinnen – Swetlana Tichanowskaja und Maria Kolesnikowa.

Ihr Wahlkampf Bündnis war gut, weil darin verschiedene Frauen vertreten waren. Jede von ihnen arbeitete für die eigene Gruppe. Maria Kolesnikowa vertritt eine eher aktivistische Position; in einem der Interviews bezeichnete sie sich als Feministin. Swetlana Tichanowskaja sagte, sie sehe sich selbst nicht in der Politik. Veronika Zepkalo ist Managerin und richtet sich an Frauen in der Wirtschaft. Ich denke, die Kraft lag in der Zusammensetzung dieses Bündnisses.

Und was Swetlana betrifft: Ihre Reaktion gleicht der Reaktion der belarussischen Gesellschaft. Auch sie überwindet sich selbst und schöpft daraus Kraft. Das ist toll. Ich denke, die Menschen erkennen in ihr sich selbst. Vielleicht wollten die Belarussen sich nicht an dieser Wahl beteiligen, wollten nicht aktiv werden. Aber dann entstand eine Situation, die die Leute in den Protest trieb. Die Wahlfälschungen, die brutale Gewalt des Staates gegen seine Bürger ... Die Menschen haben Angst, es ist schwer, Alltag und Protest unter einen Hut zu bringen, aber sie machen es trotzdem, sie tun sich zusammen und kämpfen.

Swetlana Tichanowskaja ist bis heute ein Spiegel, in dem die Gesellschaft sich selbst erkennt. Sie sagt: Wir sind keine Politiker, aber wir können nicht tatenlos bleiben. Wir wollen und können nicht mehr in einem autoritären Staat leben.

Dabei sagt sie aber auch, ein starker Anführer werde künftig an ihre Stelle treten.

Das ist schade. Ich finde, wir brauchen keine starken Anführer, wir brauchen eine starke Gesellschaft. »Wir wollen nicht auf Anführer hoffen« – das höre ich von vielen engagierten Menschen.

Wie die Erfahrung gezeigt hat, kann ein starker Anführer uns und unsere Bedürfnisse ignorieren. Wichtig ist, dass der politische Anführer unser Partner ist, einer von uns.

Um Ihren Gedanken fortzuführen: Mir fällt der berühmte Ausspruch von Maria Kolesnikowa ein: »Liebe Belarussen, ihr seid unglaublich!« Darin steckt doch die Grundeinstellung: Alles, was die Belarussen tun müssen, ist an sich selbst zu glauben. Oder etwa nicht?

Wenn wir davon ausgehen, dass sich unsere Gesellschaft in einem Zustand der Gewalt befindet, (erinnern Sie sich, wie Lukaschenko sagte: »Eine Geliebte lässt man nicht gehen«), so heißt das: Ihr fehlt der Glaube an die eigene Stärke. Es gibt viele Formen der Gewalt: physische, ökonomische, psychische. Oft fällt es schwer zu erkennen und sich einzugesetzen, dass man Gewalt ausgesetzt ist. Oft wissen die Frauen nicht, wie sie aus dieser Situation herauskommen sollen.

Ich hatte von Anfang an den Eindruck, dass jenes Empowerment, von dem die Feministinnen reden, der Glaube an die eigene Stärke, genau das ist, was man in solchen Situationen braucht. »Ich beende eine Missbrauchsbeziehung«, sagen die Frauen heute. Offenbar ist es genau das, was heute die gesamte Gesellschaft tun muss. Und dafür muss sie auf ihre eigene Stärke vertrauen.

Das ist eine wichtige Parallele, aber ich muss doch fragen, wie es weitergeht. Natürlich verändert sich unsere Gesellschaft. Doch wie stehen die Chancen, dass die konkreten Frauen, über die wir heute gesprochen haben, aber auch die Frauen insgesamt, in der Politik bleiben, wenn das gegenwärtige Regime fällt?

Ich denke, die Frauen, die das Problem erkennen, müssen kämpfen. Das ist eine der Aufgaben, die wir uns in der Koordinationsgruppe, dem Femsowjet, stellen. Wir meinen, dass die belarussische Gesellschaft eine patriarchale Gesellschaft ist. Natürlich verändert sich jetzt etwas, aber das bedeutet nicht, dass es morgen keinen Sexismus mehr gibt und alle Männer aufhören, Frauen herablassend zu behandeln. Deswegen ist es sehr wichtig, dass die Frauen, die sich dessen bewusst sind – die Feministinnen –, die anderen Frauen darin bestärken, sich zu vereinen und ihre Interessen und Probleme zu artikulieren. Ihnen dabei helfen, zu verstehen und daran zu glauben, dass ihre Probleme einer Erörterung wert sind. Ich wiederhole, diese Probleme betreffen die gesamte Gesellschaft. Häusliche Gewalt ist nicht nur das Problem der Frauen.

Warum ist die Gleichheit der Geschlechter so wichtig?

Wenn Männer und Frauen in der Gesellschaft nicht gleichgestellt sind, wie sollen sie dann in anderen Gruppen kooperieren? In Gruppen unterschiedlichen Alters, im Beruf? Wie werden sie sich als Partner erkennen, wenn sie der Meinung sind, dass eine Frau einem Mann in vielerlei Hinsicht unterlegen ist? Deshalb wird die Gleichstellung der Geschlechter in demokratischen Ländern so sehr verteidigt – sie ist wichtig für die gesamte gesellschaftliche Ordnung.

Und die letzte Frage, Olga: Wer ist Ihr Präsident?

Für mich ist der Präsident oder die Präsidentin eher eine technische Figur. Ich wiederhole es: Der Präsident, so würde ich sagen, ist einer oder eine von uns. Ein Mensch, der sensibel und offen ist für die Probleme der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen. Der Präsident muss nicht in erster Linie ein guter Manager, sondern ein guter Kommunikator sein, jemand, der zuhört und bereit ist, Kompromisse einzugehen. Er steht für bestimmte Werte, und für mich sind diese Werte verbunden mit einer inklusiven Gesellschaft.

Haben Sie eine bestimmte Person aus unseren Kreisen im Blick?

Julia Mizkewitsch. Ich sehe sie als mögliche Präsidentin.

PS: Die Feministin und Bürgerrechtlerin Julia Mizkewitsch befand sich zur Zeit des Interviews ebenfalls im Gefängnis.

Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt): Maria Rajer, Janika Rüter

Russland gegen das Volk von Belarus – bahnt sich eine geopolitische Revolution an?

Ryhor Nizhnikau, Finnish Institute of International Affairs, Helsinki

Die belarusische Gesellschaft gilt traditionellerweise als prorussisch eingestellt. Seit dem Beginn der belarusisch-russischen Integrationsprojekte in der Mitte der 1990er Jahre wird der russische Einfluss in Belarus nicht nur mit Russlands finanziellem und wirtschaftlichem Einfluss, einer Militärkooperation und dem moskautreuen Präsidenten Lukashenko begründet, sondern auch mit den engen sprachlichen und kulturellen Verbindungen beider Gesellschaften. Russland galt als engster Freund und wichtigster außenpolitischer Partner von Belarus.

Zwei Faktoren überschatteten jedoch Russlands sanfte Macht in Belarus. Zum einen verfolgte Russland keine klar definierte Politik der Anziehung gegenüber der belarusischen Gesellschaft. Die Prioritäten der russischen Politik waren traditionell vielmehr die wirtschaftliche und politische Integration, wobei beide Bereiche von der Zusammenarbeit mit Lukashenko abhängig waren, dessen Verbindung zur und dessen Einfluss auf die belarusische Gesellschaft als selbstverständlich galten. Entsprechend wurde die Werbung für Moskaus Beliebtheit in der Öffentlichkeit de facto an Lukashenko outgesourct, der damit zum wichtigsten Sprachrohr von Russlands sanfter Macht in Belarus wurde. Lukashenko verband seine Staatsideologie mit Russland, förderte die russische Sprache, kontrollierte die Belarussisch-Orthodoxe Kirche und unterdrückte gesellschaftliche Kräfte, die sich belarusischer Sprache und Kultur und dem belarusischen Erbe verschrieben hatten. Enge wirtschaftliche Verbindungen, Migrationsmöglichkeiten und persönliche Verbindungen machten Russland zum wichtigsten Arbeits- und Reiseziel der Menschen in Belarus. Dass die belarusische Gesellschaft trotz ihrer starken Verbindungen nach Russland de facto ambivalent verfasst und sowohl prorussisch als auch pro EU eingestellt war, kam als zweiter die russische Macht limitierender Faktor hinzu. Meinungsumfragen zeigen, dass die Belarussen am liebsten gute Beziehungen und Verbindungen nach Russland und auch in die EU unterhalten hätten.

Als die Verhältnisse sich änderten, ließ die Beliebtheit Russlands in Belarus nach. So überprüfte Lukashenkos Regime seine Ideologie nach dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine und versuchte, sich von einem dominanten Moskau und dessen »russischer Welt« abzusetzen. Prorussische Ideologen wurden aus dem Präsidentenapparat entlassen, staatliche Massenorganisationen neu aktiviert. Auch der belarusische Natio-

nalgedanke wurde neu definiert und an die Stelle ostslawischer Zivilisierung als Wiege der Nation und der Integration in den postsowjetischen Raum trat die Verteidigung der belarusischen Souveränität. Das Regime änderte seine Haltung zur belarusischen Sprache und Kultur, beschränkte die Aktivitäten prorussischer Gruppen und Medien und stärkte die Zivilgesellschaft in der Beförderung belarusischer Kultur und Identität.

Außerdem wandelte sich auch die Gesellschaft mit ihren Einstellungen. Sie entwuchs der Sowjetnostalgie der 1990er Jahre, erlebte den Wirtschaftsboom der 2000er Jahre und durchlief in den 2010er Jahren eine gesellschaftliche Modernisierung, in deren Verlauf sich Wertvorstellungen und Wünsche veränderten. Heute sehen die Menschen Belarus zunehmend als modernes europäisches Land, lokale Meinungsmacher fühlen sich nicht mit Russland, sondern mit Mitteleuropa stark verbunden. Gleichzeitig vollzog sich in Russland ein konservativer Turn, der sich gegenläufig zu der wachsenden Unterstützung für Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Selbstverwirklichung in der belarusischen Gesellschaft verhielt.

Entsprechend wuchs die Unterstützung für die belarusische Unabhängigkeit kontinuierlich. 1999 ermittelte das Independent Institute of Socio-Economic and Political Studies IISEPS, dass genauso viele Belarussen eine hypothetische Vereinigung mit Russland befürworteten wie ablehnten. 2019 stellte das regimerefreundlich eingestellte Institut dann fest, dass nur noch 7,7 Prozent einem Beitritt zur Russischen Föderation zustimmen würden; 49,9 Prozent waren überzeugte Unterstützer der belarusischen Unabhängigkeit, 36,1 Prozent der Befragten stimmten nur einer supranationalen Integration mit Russland zu.

Letzten Endes schaden auch Russlands wirtschaftliche Probleme der Attraktivität des Landes als Migrationsziel für belarusische Arbeitskräfte, während Polen in dieser Hinsicht immer attraktiver wurde. Von 2017 bis 2019 zählte das russische Innenministerium jährlich etwa 120.000 Arbeitsmigranten aus Belarus. In Polen erhielten von 2017 bis 2019 mehr als 55.000 Belarussen die »Polnische Karte«, allein 2017 erhielten 35.000 Belarussen eine Arbeitserlaubnis für Polen.

Russlands Forderungen nach einer stärkeren Integration von Belarus, darunter das Medwedew-Ultimatum von 2018, die Geheimverhandlungen über 30+1 integration maps von 2019 und Kampagnen in staatli-

chen und nichtstaatlichen Medien, die ganz unverhohlen die belarussische Unabhängigkeit bedrohten, schaden seiner politischen Beliebtheit. Ein Ergebnis ist, dass Umfragen in Belarus im Jahr 2014 noch die prorussische Einstellung der Belarussen in Bezug auf den Donbass-Krieg und die Annexion der Krim zeigten. 2016 ergaben BAW-Umfragen, dass über 60 Prozent der Befragten eine Vereinigung mit Russland befürworteten, während 2019 nur noch 40 Prozent der Befragten Vereinigungsbestrebungen mit Russland unterstützten.

Moskaus Unterstützung für Lukashenko während der Massenproteste von 2020 wird die Ambivalenz bezüglich der geopolitischen Ausrichtung von Belarus immer schneller schwinden lassen, genauso wie die russische Beliebtheit in Belarus. Soziologen konstatieren, dass sich die Einstellung gegenüber Russland bei der belarussischen Öffentlichkeit im Rahmen der massenhaften Sonntagsproteste zunehmend radikalisiert hat. Mitte August war die Einstellung zu Russland noch relativ positiv: Ein Witz am Beginn des Putin-Lukashenko-Gipfels in Sochi lautete: »Sasha, trink Tee, das ist Putins kleine Aufmerksamkeit.« Auch Ende August äußerten die Protestierenden noch keine Bedenken in Bezug auf Russland. Sie forderten Russland vor allem auf nicht einzuschreiten und hofften, dass Moskau das belarussische Volk und nicht Lukashenko unterstützen würde. Nur eine kleine Minderheit nahm Moskaus Verhalten als unfreundlich und gefährlich wahr. Im September wuchsen die Sorgen über das russische Verhalten dann stark.

Selbst für den hypothetischen Fall, dass Russland einen Richtungswechsel in seiner Politik gegenüber

Lukashenko einleitet, zeigen die wachsenden EU-Aspirationen der Jüngeren, dass es die belarussische Ambivalenz in Bezug auf die außenpolitischen Prioritäten des Landes irgendwann nicht mehr gibt. Aktuelle Umfragen des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und von John O’Loughlin et al. zeigen, dass sich die Wertvorstellungen und politischen Einstellungen der jüngeren Belarussen (bis 45 Jahre) dramatisch von denen älterer Generationen unterscheiden. Die Jüngeren ziehen westliche politische Systeme (52 Prozent) dem russischen (13,9 Prozent) und dem belarussischen System (14,5 Prozent) vor und wollen sich lieber dem Westen als Russland annähern (50,4 bzw. 23,3 Prozent). Eine Umfrage des ZOiS vom Juni 2020 bestätigt diese Ergebnisse und betont, dass die jungen Belarussen eine EU-Integration auch dann befürworten, wenn sie eine Abkehr von Russland bedeutet (55 bis 14,9 Prozent), und zeigt, dass sie eine Vereinigung mit Russland deutlich ablehnen (70 Prozent).

Die Konsolidierung einer prowestlichen Perspektive braucht Zeit. Zudem könnte sie eine weitere Revolution einleiten, die – sollte sie stattfinden – geopolitischer Art und nicht wie 2020 nach innen gerichtet sein wird. Einstweilen nutzen die inkonsistente und unklare Haltung des Westens gegenüber dem Lukashenko-Regime und die westliche Unentschiedenheit in Bezug auf die Zukunft von Belarus nur Russland und verzögern eine Stärkung prowestlicher Einstellungen in der belarussischen Gesellschaft.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Dr. Ryhor Nizhnikau ist Senior Research Fellow beim Programm EU’s Eastern Neighbourhood and Russia am Finnish Institute of International Affairs. Seine Schwerpunkte sind die Politik Russlands und der EU im postsowjetischen Raum sowie die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine, Moldau und Belarus. Unter anderem veröffentlichte er »EU Induced Institutional Change in PostSoviet Space: Promoting Reforms in Moldova and Ukraine« (London: Routledge) und »Love the tender: Prozorro and anti-corruption reforms after the Euromaidan Revolution« (in: Problems of Post-Communism, erscheint demnächst).

Verfassungsreform in Belarus: die EU und Russland setzen auf unterschiedliche Wege aus der Krise

Fabian Burkhardt, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg

DOI: 10.31205/BA.052.03

Text auf dem Stand vom 17.10.2020

Eine geopolitische Krise

Verfassungen sind in nichtdemokratischen Staaten von geringer Bedeutung, sollte man meinen. Uneingeschränkt regierende autoritäre Herrscher biegen sie sich nach Belieben zurecht und regelmäßig wird gegen sie verstoßen. Belarus scheint ein typisches Beispiel: 1996 vollzog Aljaksandr Lukaschenka eine Machtergreifung, die viele als Staatsstreich ansehen, 2004 ließ er die Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten abschaffen. Laut dem momentan selbst inhaftierten Anatol Ljabadzka, Swjatlana Zichanouskajas Beauftragtem für die Reform der Verfassung, ruhen derzeit 40 Prozent der Verfassungsartikel entweder oder sind durch restriktivere Dekrete des Präsidenten oder Verwaltungsvorschriften ausgehebelt. Das aktuelle Patt im Streit um die Verfassungsreform macht allerdings deutlich, dass Verfassungen für die Bewältigung von Regimewechseln und Konflikten dennoch von zentraler Bedeutung sind. Sie erleichtern die Koordinierung der Elite und senden Signale an Bevölkerung und internationale Gemeinschaft, selbst wenn der Autokrat uneingeschränkt regiert.

Der langjährige Machthaber von Belarus Aljaksandr Lukaschenka und die Oppositionsführerin Swjatlana Zichanouskaja (sowie mit ihr der *Koordinierungsrat*) verfolgen unvereinbare Ziele. Lukaschenka versucht, die Aufmerksamkeit von den massiven Fälschungen bei den jüngst abgehaltenen Wahlen abzulenken und die Opposition in einem lang andauernden Prozess zur Änderung der Verfassung zu zermürben und zu spalten. Einziges Ziel dabei: sein Machterhalt. Die Opposition strebt dagegen freie und faire Neuwahlen an, um danach eine offene Debatte über die Verfassung zu führen.

In offiziellen Statements erklären die EU wie auch Russland, die Belarusen sollten den Konflikt selbst lösen. Die EU unterstützt dabei jedoch Zichanouskajas Forderung nach Neuwahlen und erkennt Lukaschenka nicht als legitimen Präsidenten an, während Russland Lukaschenkas Verfassungsreform als Mittel zur Bewältigung der Krise gebilligt hat. Was ursprünglich eine rein interne Pattsituation bezüglich gefälschter Wahlen und staatlicher Repression war, hat sich mittlerweile *de facto* zu einem geopolitischen Konflikt entwickelt.

Lukaschenkas Ansatz: Verfassungsänderungen als Ablenkungsmanöver

Lukaschenkas Ziel ist eindeutig: Die Verfassung soll geändert werden, um grundlegenden Wandel zu verhindern. Bereits 2012 erklärte Lukaschenka, es sei notwendig, »das politische System von Belarus zu reformieren«. Seither baut er Erwartungen auf Veränderungen auf, ohne jemals verbindliche Aussagen über das Wie und Wann solcher Änderungen der institutionellen Rahmenbedingungen des politischen Systems getroffen zu haben. 2014 sagte Lukaschenka dann, Belarus habe sich als souveräner Staat etabliert, der postkommunistische »Transit« sei »vorbei«. Früher oder später müsse eine neue Verfassung verabschiedet werden.

2016 stellte Lukaschenka eine Gruppe »weiser Männer und Verfassungsrechtler« zusammen, die das Grundgesetz analysieren sollten. Außerdem beobachtete der belarussische Herrscher Strategien im postsowjetischen Raum wie in Aserbaidschan und Kasachstan genau, wie die Nachfolgerfrage dort auf undemokratischem Wege gelöst wurde. Als es Sersch Sargsjan im Zuge der Samtrevolution in Armenien nicht gelang, seine Macht zu behaupten, nachdem er vom Amt des Präsidenten in das des Premierministers gewechselt war, verlor Lukaschenka plötzlich die Lust auf eine Änderung der Verfassung. Im Frühjahr 2019 erklärte er allerdings, das Verfassungsgericht mit der Erarbeitung von Reformvorschlägen beauftragt zu haben, die zu einem nicht genau benannten Zeitpunkt nach der Präsidentschaftswahl 2020 umgesetzt würden. Bei Treffen zwischen der *Öffentlichen Verfassungskommission* der Opposition und dem Verfassungsgerichtspräsidenten Pjotr Miklaschewitsch in den Jahren 2019 und 2020 weigerte Miklaschewitsch sich, über Details der Reformen zu sprechen. Dies, sagte er, habe ihm Wolha Tschuprys, die Leiterin der Präsidentschaftsverwaltung, die den Prozess beaufsichtige, verboten.

Bei einem Sondertreffen des Ständigen Rats der OSZE in Wien stellte Belarus am 28. August seinen Plan zur Überwindung der Krise durch eine Verfassungsreform vor. Er ist vor dem Hintergrund von Lukaschenkas bisherigem Vorgehen zu sehen: Lukaschenka agierte stets geheimnisträuerisch und intransparent – seine geheime »Amtseinführung« am 23. September ist das beste Beispiel dafür –, der gesamte Prozess ist exklusiv und wird von der Präsidentschaftsadministration streng kontrolliert: Selbst Insider und

dem Regime loyal gesinnte Personen sind an ihm nicht aktiv beteiligt und wissen wenig darüber. Laut Lukaschenka wird derzeit an der dritten Version des Reformpakets gearbeitet, wobei nichts über den Inhalt der ersten beiden Versionen bekannt ist. Als wichtigste Reformpunkte werden in der Öffentlichkeit meist die Umverteilung von Präsidentenbefugnissen an Regierung und Parlament sowie eine aktivere Rolle der politischen Parteien genannt – dazu könnte auch die Aufnahme eines Proporz-Elements ins Wahlgesetz gehören. Lukaschenkas Kurs sieht folgende Schritte vor: Die Parlamentsabgeordneten sind aufgerufen, bis 25. Oktober Vorschläge der Bürger einzuholen; nach einer *Landesweiten Diskussion* über mögliche Verfassungsänderungen findet eine *Allbelarusische Volksversammlung* statt; Neuwahlen sollen dann schließlich nach einem Referendum über Verfassungsänderungen stattfinden, vielleicht im Jahr 2022 oder noch später.

Lukaschenkas Glaubwürdigkeit in Bezug auf den Inhalt der Reform (Einschränkung der Macht des Präsidenten, Rücktritt nach Ende der jetzigen »Amtszeit«) wie auch auf ihren Prozess (inklusive Gestaltung) tendiert gegen Null. Sein Besuch bei politischen Gefangenen im Untersuchungsgefängnis des KGB sollte zu keinem Zeitpunkt der Beginn eines Dialogs sein. Vielmehr sollte er dazu dienen, Wiktar Babaryka und seine Vertreter/innen im Koordinierungsrat für sich einzunehmen und die Opposition damit gemäß dem Motto »Teile und herrsche« zu spalten. Seit 20. August läuft ein Strafverfahren gegen den *Koordinierungsrat* wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit (nach Art. 361 des Strafrechts); am 16. Oktober bestätigten die belarusischen Behörden, dass ein internationaler Haftbefehl gegen Swjatlana Zichanouskaja erlassen wurde. Offiziell aufgrund eines gemeinsamen Abkommens der GUS-Staaten stellte auch Russland einen Haftbefehl gegen die belarusische Oppositionsführerin aus.

Russland sieht Lukaschenkas Verfassungsreform als Maßnahme zur Stabilisierung der Lage

Bei verschiedenen Anlässen unterstützten der russische Präsident Wladimir Putin und der russische Außenminister Sergej Lawrow Lukaschenkas Streben nach einer Verfassungsreform. So sagte etwa Lawrow am 2. September: »In dieser Hinsicht bewerten wir [...] das Vorhaben von Präsident A. G. Lukaschenka, eine Verfassungsreform durchzuführen, als sehr vielversprechend. Wir glauben, [...] dass ein solcher politischer Prozess eine sinnvolle Plattform für einen nationalen Dialog werden, zur Überwindung der aktuellen Situation beitragen und eine Normalisierung der Lage, eine Stabilisierung der Gesellschaft garantieren könnte.« Als Putin am 14. September seinen belarusischen Kollegen in Sotschi empfing, nannte er dessen Reformvorschlag »folgerichtig, zur richtigen Zeit kommend und angemessen«. Schließlich begrüßte mit

Dmitrij Peskow noch Putins Pressesprecher den Besuch in der KGB-Haftanstalt als »inklusive Dialog«.

Diese Rhetorik scheint nahezulegen, dass Russland Lukaschenkas Pläne voll und ganz unterstützt. Tatsächlich ist die russische Haltung zu Belarus jedoch komplizierter, denn der Kreml steht vor einem Dilemma. Wegen Lukaschenkas jahrzehntelanger fast uneingeschränkter Macht konnte Russland ausschließlich mit ihm über die bilateralen Beziehungen der Länder verhandeln – sämtliche möglichen alternativen Kommunikationskanäle erstickte Lukaschenka im Keim. Die kurze Amtszeit des Hardliners Michail Babitsch als russischer Botschafter in Minsk von August 2018 bis April 2019 zeigt, wie sehr Lukaschenka sein Machtmonopol verteidigte. Dabei macht sich in Moskau durchaus eine »Lukaschenka-Müdigkeit« breit: Man versteht dort nur zu gut, dass Lukaschenka ein geopolitischer Abenteurer ist, dessen Eigeninteresse nicht immer mit den russischen Interessen zusammenfällt, und dass seine Stellung im eigenen Land stärker ins Wanken geraten ist als je zuvor.

Ein sich über Monate oder gar Jahre hinziehender langwieriger Prozess zur Reform der Verfassung käme einem schleppenden »Bürgerkrieg der Zermürbung« gleich, der für Lukaschenka wie auch für die Opposition mit hohen Kosten verbunden wäre. Moskau wird wohl genauso viel tun, wie nötig ist, damit Lukaschenka die Oberhand in diesem Prozess behält. Darüber hinaus wird Russland versuchen, den eigenen Einsatz so gering wie möglich zu halten und bei künftigen Verhandlungen über die 31 bilateralen *Road Maps*, die auch die Schaffung von supranationalen Organen des Unionsstaates vorsehen, Lukaschenkas Schwäche auszunutzen, um die belarusische Souveränität zu untergraben. Bis dahin kann Moskau in einem schleppenden Reformprozess Kontakt zu möglichen Alternativen zu Lukaschenka aufzunehmen, auf die zurückgegriffen werden kann, wenn eines Tages die Zeit dafür reif ist. Eine Umverteilung der Macht des Präsidenten an Regierung, Parlament und politische Parteien würde alternative Machtzentren – und damit weitere Gesprächspartner/innen – zutage befördern. Moskau hat allerdings eine Vorliebe für eine starke Präsidentschaft und möchte mit nur einem einzigen verlässlichen Gegenüber verhandeln. Im Fall eines über Verhandlungen herbeigeführten Machtwechsels würden seine Interessen daher auch mit denen der Opposition nicht übereinstimmen, denn ein solcher Machtwechsel würde aller Wahrscheinlichkeit nach innerhalb der Elite unter Ausschluss der neuen Oppositionsstrukturen ausgehandelt werden.

Die belarusische Opposition steht vereint: Vor einer Verfassungsreform müssen freie und faire Wahlen stattfinden

Vorschläge zur Reform der Verfassung sind in Belarus traditionell Bestandteil von Oppositionspolitik – ein

Beispiel ist die Kampagne *Volksreferendum* von 2013 bis 2015. Die Wahlkampfteams von Babaryka, Zichanouski und Zepkala und später der gemeinsamen Oppositionskandidatin Zichanouskaja können zwar als »neue« Opposition bezeichnet werden. Es gibt allerdings große Gemeinsamkeiten zwischen ihnen und den »alten« oppositionellen Parteien und Bewegungen.

Zum einen lehnen beide die Verfassung von 1996 ab und fordern einen Reformprozess auf Grundlage der Verfassung von 1994, dessen Kernpunkte die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten und eine substantielle Gewaltenteilung sein sollen. Einen Tag nach Wiktar Babarykas Verhaftung im Juni schlugen er und sein Anwalt Maksim Snak etwa ein Verfassungsreferendum vor. Neben inhaltlichen gibt es auch personelle Kontinuitäten zwischen »alter« und »neuer« Opposition. Zichanouskajas Beauftragte für die Verfassungsreform sind Anatol Ljabedska, langjähriger ehemaliger Vorsitzender der *Vereinigten Bürgerpartei*, und Metschislau Hryb, der von 1994 bis 1996 Vorsitzender des Obersten Sowjets von Belarus war und mit der *Belarusischen Sozialdemokratischen Partei (Volksversammlung)* verbunden ist. Gemeinsam mit dem ehemaligen Verfassungsrichter Michail Pastuchou waren beide seit 2019 in der *Öffentlichen Verfassungskommission* tätig. Ein Projekt des *Koordinierungsrats* und der Wahlbeobachtungsplattform *Golos* ist es, für die Strategie »Freie und faire Wahlen zuerst, Verfassungsreform später« verifizierte elektronisch abgegebene Stimmen zu sammeln. Die Kampagne Swjeschy Wezer, die mit Andrej Jahorau ein zentrales Mitglied des Koordinierungsrats unterstützt, hat eine Petition gestartet, die zum Boykott jeglicher Verfassungsänderungen aufruft, mit der Begründung, diese stellten eine Gefahr für die belarusische Souveränität dar. Russlands Interesse, so heißt es in der Petition, könne durchaus nicht nur sein, Lukaschenka an der Macht zu halten oder über den Machttransfer mitzuverhandeln, sondern auch, die belarusische Souveränität grundsätzlich zu unterminieren – indem es eine Regelung in die Verfassung hineinschummelt, die den Unionsstaat über die belarusische

Verfassung stellt. Tatsächlich müssen im Fall einer tiefergehenden Integration laut Art. 61 des Vertrags über den Unionsstaat die Grundgesetze beider Staaten überarbeitet und verändert werden.

Die »neue« Opposition unterscheidet von der »alten«, dass es ihr trotz einer beispiellosen Repressionswelle durch die Behörden gelungen ist, weiterhin erstaunlich vereint dazustehen. Wegen der ideellen wie personellen Kontinuitäten in der »neuen« Opposition und wegen ihrer vereinten Nichtanerkennung sowohl der Präsidentschaftswahlen vom August wie auch der Verfassungsreformpläne von Lukaschenka hat der belarusische Machthaber die Präsidiumsmitglieder des *Koordinationsrats* zur Ausreise gezwungen oder inhaftiert. Aus den gleichen Gründen hat das *Volksultimatum* der Opposition für den Fall, dass dessen Forderungen bis zum 25. Oktober nicht erfüllt sind und Lukaschenka nicht zurücktritt, zum landesweiten Streik aufgerufen. Den 25. Oktober hat Lukaschenka den Bürgern auch als Frist für die Vorschläge zu seinen Verfassungsreformplänen gesetzt.

Es steht viel auf dem Spiel und die EU und Russland setzen auf unterschiedliche Wege aus der Krise, weil die von ihnen unterstützten Akteure verschiedene Strategien verfolgen. An die OSZE gerichtete Forderungen, als neutraler Vermittler im Konflikt zwischen Lukaschenka und der Opposition aufzutreten, sind im besten Fall naiv. 1996 vermittelte Russland bereits einmal in einer Verfassungskrise (in Person des Premierministers Wiktor Tschernomyrdin). Das Ergebnis war, dass nur Russland das Verfassungsreferendum von 1996 anerkannte, während die EU und die USA es als Staatsstreik ansahen. Der Effekt, den die Beratungs- und Beobachtungsgruppe der OSZE (*Advisory and Monitoring Group, AMG*) von 1998 bis 2002 auf Lukaschenka und die weitere Entwicklung des Regimes hatte, ist bis heute sichtbar. Ob sich die Geschichte diesmal wiederholt, wird zu weiten Teilen von den mutigen Menschen in Belarus selbst abhängen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Dr. Fabian Burkhardt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg. Seine Schwerpunkte sind vergleichende Präsidentialismusforschung und Eliten in autoritären Regimen mit einem regionalen Fokus auf Russland und Belarus.

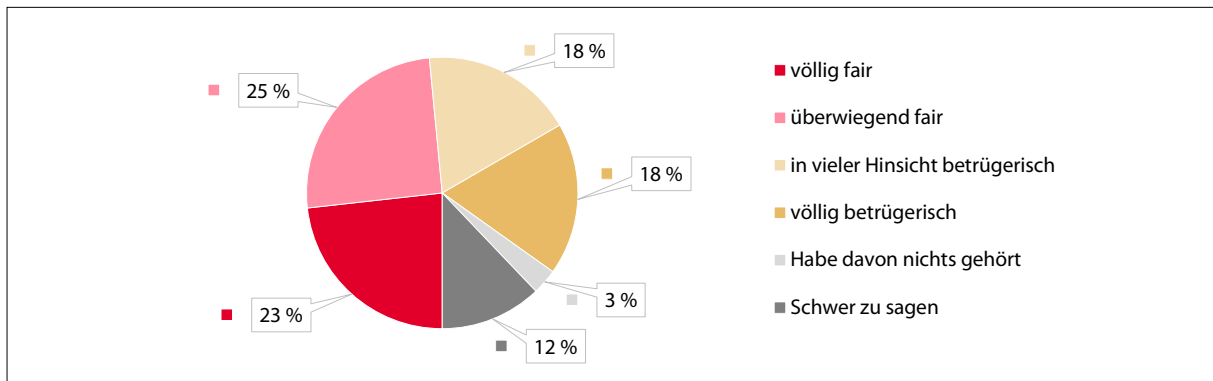
Bibliographie

- Burkhardt, Fabian. »Belarus«. In: Anna Fruhstorfer und Michael Hein (Hg.): *Constitutional Politics in Central and Eastern Europe*. Springer VS, Wiesbaden, 2016, S. 463–493.
- Burkhardt, Fabian. »Concepts of the Nation and Legitimation in Belarus«. In: Martin Brusis, Joachim Ahrens, Martin Schulze Wessel (Hg.): *Politics and Legitimacy in Post-Soviet Eurasia*, Palgrave Macmillan, London, 2016, S. 148–171.
- Burkhardt, Fabian und Maryia Rohava. »Verfassungspolitik und nationale Souveränität in Belarus«. *Belarus-Analysen* 42 (2019): S. 2–7, <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/42/verfassungspolitik-und-nationale-souveraenitaet-in-belarus/>

UMFRAGEN

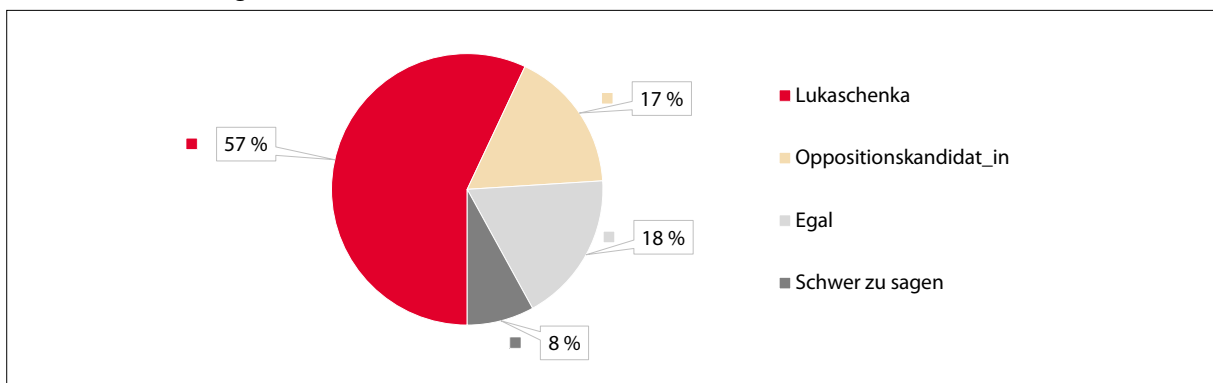
Haltung der russischen Bevölkerung zu den Präsidentschaftswahlen und Protesten in Belarus

Grafik 1: Denken Sie, dass die Präsidentschaftswahlen in Belarus fair oder betrügerisch durchgeführt wurden?



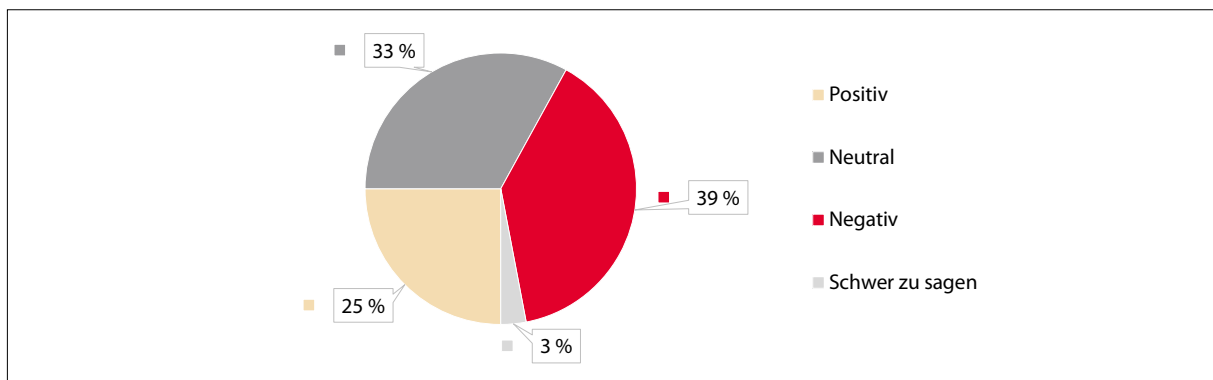
Quelle: repräsentative Umfrage unter der russischen Bevölkerung durch das Lewada-Zentrum, letzte Augustwoche 2020, <https://www.levada.ru/2020/08/27/vybory-i-protesty-v-belarusi/>

Grafik 2: Würden Sie Aljaksandr Lukaschenka oder eine_n Oppositionskandidat_in als Präsident_in von Belarus bevorzugen?

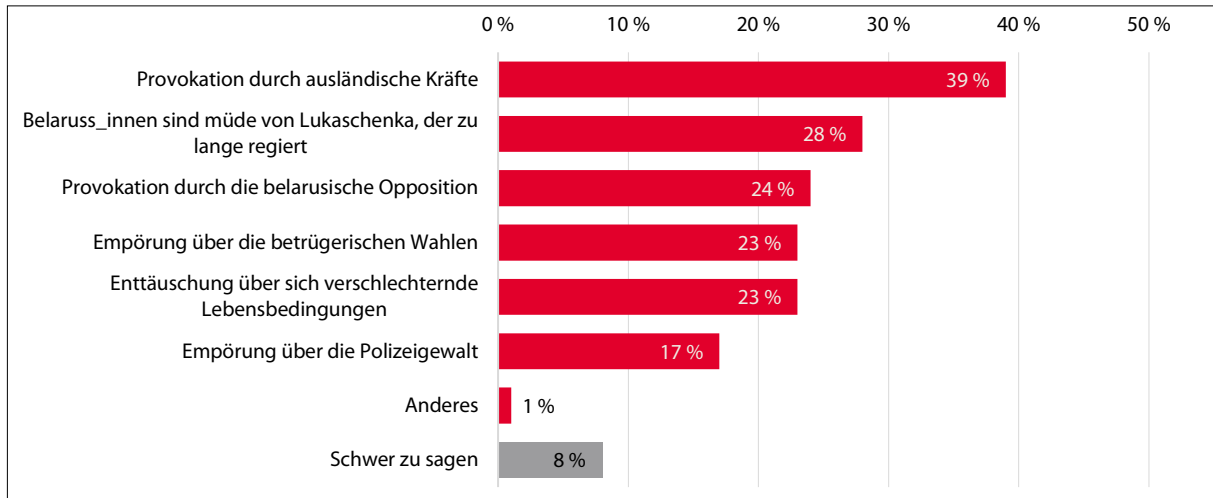


Quelle: repräsentative Umfrage unter der russischen Bevölkerung durch das Lewada-Zentrum, letzte Augustwoche 2020, <https://www.levada.ru/2020/08/27/vybory-i-protesty-v-belarusi/>

Grafik 3: Die Demonstrant_innen glauben, dass Lukaschenka die Wahlen in Wirklichkeit verloren hat und fordern seinen Rücktritt. Wie stehen Sie zu Menschen, die an den Protesten teilnehmen?

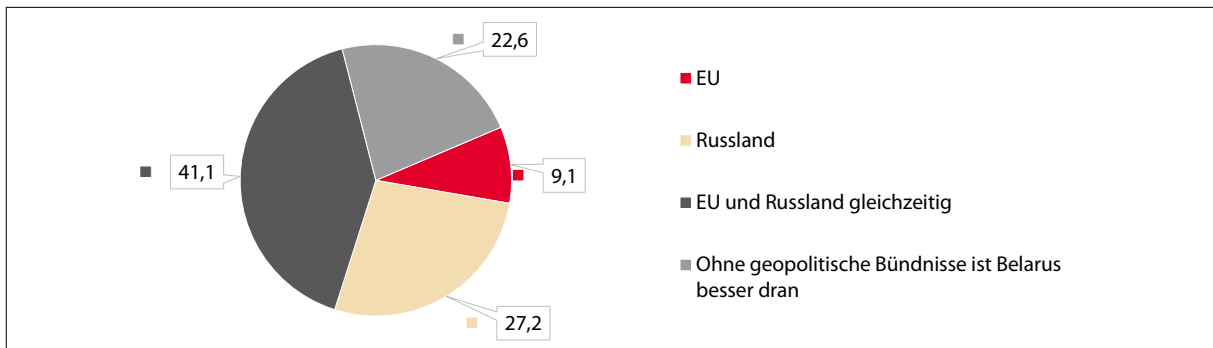


Quelle: repräsentative Umfrage unter der russischen Bevölkerung durch das Lewada-Zentrum, letzte Augustwoche 2020, <https://www.levada.ru/2020/08/27/vybory-i-protesty-v-belarusi/>

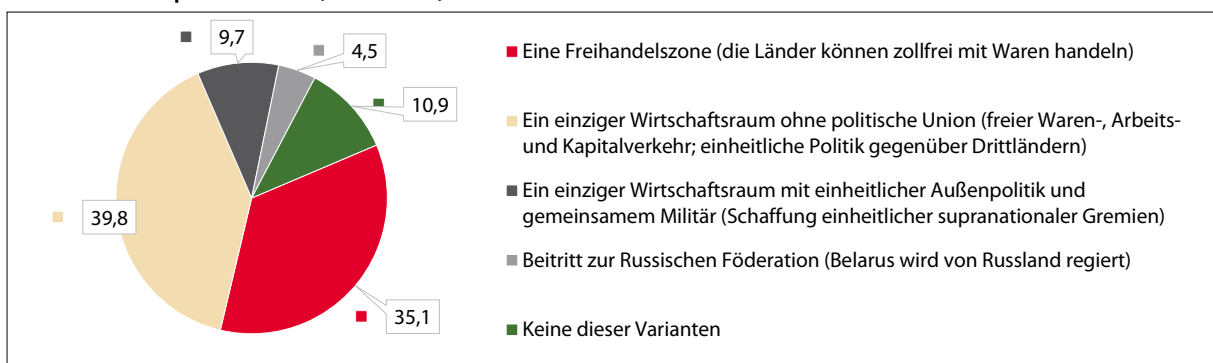
Grafik 4: Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe für die Proteste in Belarus? (Mehrfachnennungen möglich)

Quelle: repräsentative Umfrage unter der russischen Bevölkerung durch das Lewada-Zentrum, letzte Augustwoche 2020, <https://www.levada.ru/2020/08/27/vybory-i-protesty-v-belarusi/>

Proteste und Geopolitik aus der Sicht der belarussischen Bevölkerung

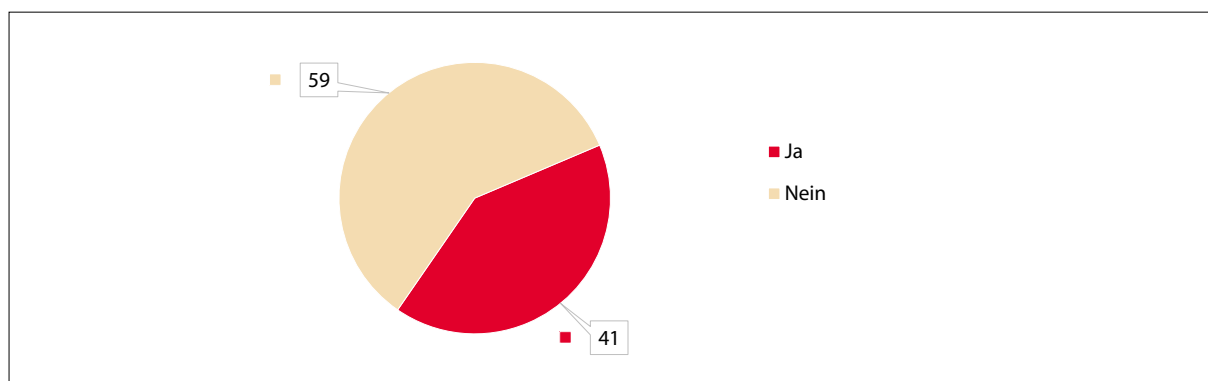
Grafik 1: Welcher geopolitische Block ist für den belarussischen Staat besser? (Umfragen von Chatham House, September 2020; %)

Quelle: Repräsentative Umfrage von Chatham House unter der belarussischen Bevölkerung (internet-basiert, 899 Respondent_innen, nur Stadtbewohner_innen, 22.–28.9.2020); S. 28, <https://drive.google.com/file/d/13fE7DjWN0NFidsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>

Grafik 2: Welche Art von Union mit Russland wäre am akzeptabelsten für Sie? (Umfragen von Chatham House, September 2020; in Prozent)

Quelle: Repräsentative Umfrage von Chatham House unter der belarussischen Bevölkerung (internet-basiert, 899 Respondent_innen, nur Stadtbewohner_innen, 22.–28.9.2020); S. 29, <https://drive.google.com/file/d/13fE7DjWN0NFidsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>

Grafik 3: Sollte die Europäische Union Ihrer Meinung nach weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen Belarus einführen (zum Beispiel kein Kauf belarusischer Erdölprodukte mehr), falls in Belarus weiterhin Menschenrechtsverletzungen in großem Umfang stattfinden? (Umfragen von Chatham House, September 2020; %)



Quelle: Repräsentative Umfrage von Chatham House unter der belarusischen Bevölkerung (internet-basiert, 899 Respondent_innen, nur Stadtbewohner_innen, 22.–28.9.2020); S. 26, <https://drive.google.com/file/d/13fE7DljWN0NFidsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>

DOKUMENTATION

Bericht der Wahlbeobachter des Belarusischen Helsinki-Komitees und des Menschenrechtszentrums »Wiasna«

2020 Presidential Election. Report on election observation. Conclusions

Observation of the presidential election was carried out by the Belarusian Helsinki Committee and the Human Rights Center “Viasna” in the framework of the campaign “Human Rights Defenders for Free Elections”

Date of report: 11.08.2020

Full report available online: <https://elections2020.spring96.org/en/news/98942>

CONCLUSIONS

The pre-election period was characterized by an economic decline against the background of contradictions in Belarusian–Russian relations and a considerable budget shortfall caused by a fossil fuels trade crisis. The situation was aggravated by the growing demands from the Russian side on the political agenda of bilateral relations and the linking of economic issues with “advanced integration” within the framework of the creation of the Union State of Russia and Belarus.

Foreign policy relations between Belarus and the EU countries and the United States, in turn, tended to progressively improve, taking into account, among other things, certain processes towards a dialogue on human rights, both domestically and on international platforms.

The Belarusian authorities have not implemented a single recommendation by the OSCE and national observers made following the previous elections.

The presidential election was held against the backdrop of the coronavirus pandemic, which obviously influenced the electoral preferences of voters. Despite the fact that, in general, the country applied a mild anti-epidemiological policy, including the government’s refusal to introduce serious quarantine measures, the CEC introduced special procedures that significantly reduced the level of transparency of electoral procedures, especially at the stage of voting and counting of votes.

The 2020 presidential election was held in an unprecedented atmosphere of fear and intimidation of society, against the backdrop of repression, which began almost immediately after the announcement of the election and marred every electoral phase. As a result of this repression, more than a thousand citizens were subjected to arrests, while hundreds were sentenced to short terms in prison or fined. Criminal cases targeted 23 people, including direct participants in the election: members of nomination groups and presidential nominees, as well as bloggers and participants in peaceful protests and pickets held to collect support signatures. All of them were called political prisoners by the Belarusian human rights community.

One of the most popular potential candidates, Viktor Babaryka, was arrested and taken into custody at the stage of collecting signatures. Several members of his nomination group were arrested, too, including the nominee's campaign manager Eduard Babaryka. Popular blogger Siarhei Tsikhanouski, who also announced his decision to run for president, was arrested to serve an earlier sentence of administrative detention and was unable to personally submit documents for registration of his nomination group. As a result, his wife Sviatlana Tsikhanouskaya decided to stand in the election. After his release and active participation in the election campaign of Sviatlana Tsikhanouskaya as the head of her nomination group, Tsikhanouski was again arrested as a result of a provocation. He was soon charged with organizing group actions that grossly violated public order, and at the end of the election campaign — with preparing for and organizing riots. In addition, Tsikhanouski faced a charge under Art. 191 of the Criminal Code after a personal complaint by the CEC Chairperson Lidziya Yarmoshina.

The electoral process at all of its stages did not comply with a number of basic international standards for democratic and fair elections and was accompanied by numerous violations of these principles and requirements of national legislation. This was due to the active use of administrative resources in favor of the incumbent, the absence of impartial election commissions, unequal access to the media, numerous facts of coercion of voters to participate in early voting, and the closed nature of a number of electoral procedures for observers.

The CEC's imposition of restrictions on the number of observers at polling stations led to the disruption of observation of all types of voting (early voting, voting on Election Day, and home voting), as well as the counting of votes. These important stages of the election were completely opaque.

Significant violations of national legislation and the fundamental principles of fair and democratic elections, including the deprivation of observers' right to monitor the counting of ballots, do not give grounds to trust the election results announced by the CEC or consider them as a reflection of the actual will of the citizens of Belarus.

Election commissions

When forming the election commissions, executive committees applied a discriminatory approach to representatives of opposition parties: out of 25 candidates from opposition parties, only two were included in the TECs, and out of 545 candidates nominated by opposition parties, only 6 people were included in the PECs (1.1%). Representatives of opposition parties in the TECs accounted for 0.1% of their members, and in the PECs — 0.009%, which is five times less than in the 2015 presidential election.

Most members of election commissions traditionally represented the five largest pro-government public associations: the Belarusian Republican Youth Union (BRSM), Belaya Rus, the Women's Union, the Union of Veterans, and trade unions of the Federation of Trade Unions of Belarus (FPB).

The absence in the electoral legislation of guarantees for the representation in election commissions of representatives nominated by all political actors taking part in the elections, as before, resulted in an arbitrary and discriminatory approach towards opposition parties and movements.

Nomination and registration of candidates

55 people submitted documents for the registration of their nomination groups, which is an all-time record in the entire history of presidential elections in Belarus. The CEC registered 15 of them, which accounted for 27% of the total number of considered applications.

Refusals to register some nomination groups alleging violations of voluntary participation in elections testify to manipulations by the CEC with the provisions of the Electoral Code and violate the principle of equality of candidates. The results of consideration of appeals against refusals to register nomination groups by the Supreme Court demonstrated the ineffectiveness of this remedy for electoral campaign participants.

The collection of signatures was marred by serious violations of the standards of free and democratic elections. The nomination groups of some contenders were under significant pressure from law enforcement agencies. Some of the members of the nomination groups of Sviatlana Tsikhanouskaya and Viktor Babaryka were arrested and taken into custody within the framework of a series of criminal cases, including presidential nominee Viktor Babaryka himself.

Their persecution was condemned as politically motivated by the Belarusian and international community, and the detainees were called political prisoners.

The election commissions confirmed the collection of the required 100,000 support signatures by six potential candidates. The verification of signatures, as before, was not transparent. An additional reason for mistrust in its results and a subject of a wide public debate was the fact that the CEC validated thousands of signatures which were not reported by two potential candidates.

Of the seven persons who were nominated for the presidency and submitted the signatures collected for their nomination, five were registered as candidates: Sviatlana Tsikhanouskaya, Andrei Dzmitryeu, Hanna Kanapatskaya, Siarhei Cherachen, and Aliaksandr Lukashenka.

Candidate registration was marked by violations of the standards of fair elections. Viktor Babaryka was denied registration based on confidential information provided by the State Control Committee, an authority investigating the nominee's criminal case, which contradicts the principle of the presumption of innocence. The CEC's decision to disqualify Viktor Babaryka violated his right to be elected.

The selection of illegal picketing places for collecting signatures did not create serious obstacles to the collection of signatures by the nomination groups. The absence of a unified approach of local authorities to the definition of such places was noted, however.

The permission to collect signatures on the territories of enterprises and institutions created additional conditions for the illegal use of administrative resources in support of the current head of state, as the collection of signatures for the nomination of Aliaksandr Lukashenka was often carried out during working hours, on the territory of enterprises and institutions, with the direct participation of their administrations.

Election campaigning

The election campaign significantly differed from the previous elections by the wide public activity of the protest electorate, both in Minsk and smaller Belarusian cities. The campaign of Sviatlana Tsikhanouskaya, supported by representatives of the joint headquarters, became the most active and noticeable in society. Rallies in her support were attended by tens of thousands of people in different cities of the country.

Opportunities to receive information about presidential candidates were severely limited by local executive committees, which sharply reduced the number of locations for election campaigning, as compared to the 2015 presidential election. In many cases, these places were unsuitable for campaign purposes (remote, with poor transport accessibility, etc.).

The phase of election campaigning took place in unequal conditions: having abandoned official campaigning, the current President made the most of the administrative and propaganda resources of the vertical of power, pro-government public organizations and the media. The President's annual address to the Belarusian people and the National Assembly, postponed from April to August 4, was widely circulated in the media, which constituted illegal campaigning for the head of state as one of the candidates. In the regions, meetings of the incumbent's proxies and representatives of the authorities of different levels with labor collectives were intensively organized. They were held during working hours, at workplaces and were not always announced; journalists were not allowed to attend some of these meetings or were forbidden to take photos.

Campaigning for the incumbent was accompanied by a wide campaign of discrediting the most active presidential candidates. The government-owned television channels used facts of criminal prosecution of election campaign participants and criminal case files, which violated the presumption of innocence. For the first time ever, Telegram channels were actively used to promote the negative image of alternative candidates and their programs, as well as to discredit them.

Several incentive measures taken at the initiative of the incumbent, including increasing retirement pension rates and re-scheduling their payment to an earlier date, were actually bribery of voters and the use of administrative resources.

The headquarters of alternative presidential candidates actively used the Internet and social media to campaign in favor of their candidates, as well as the YouTube video service.

Early voting

41.7% of voters took part in early voting, which is an all-time record for the presidential elections in Belarus. In fact, early voting has become the norm, which does not meet the requirements of the Electoral Code.

The restrictions imposed by the CEC on the number of observers at polling stations during early voting made this electoral phase completely opaque for independent public observation.

Of the 798 observers of the observation campaign “Human Rights Defenders for Free Elections” accredited at polling stations during the early voting period, only 93 (11.6%) had the opportunity to observe part time at polling stations, which did not cover the entire voting period. Only one campaign representative had the opportunity to observe during all five days of early voting.

During early voting, observers of “Human Rights Defenders for Free Elections” documented numerous facts of organized and forced voting of certain categories of voters (military personnel, employees of the Ministry of Internal Affairs, Ministry of Emergency Situations, employees of government-owned enterprises, citizens living in dormitories), as well as facts of inflating the voter turnout.

The practice of early voting remains one of the systemic problems of the electoral process, creating ample opportunities for the use of administrative resources and other manipulations.

Voting at polling stations and counting of votes

Voter lists at polling stations remain closed to observers. A unified voter register has not been created. This creates conditions for turnout manipulation.

Observers of “Human Rights Defenders for Free Elections” were deprived of the opportunity to directly observe voting at polling stations, as well as home voting.

Where observers were allowed to monitor outside polling stations, e.g. in many polling stations in Minsk and Brest, large queues of voters were observed, and in some cases, the total turnout exceeded 100%. In many cases, voters did not manage to vote before the polling stations were closed. These facts once again confirm the clear overstatement of the early voting turnout.

The legislation does not provide for the method of counting ballots by precinct election commissions. There is no clear-cut procedure for counting votes, whereby the mark on each ballot is announced aloud and the ballot is displayed to all PEC members and observers present.

Due to the fact that observers of “Human Rights Defenders for Free Elections”, as well as observers of other civil initiatives, were not allowed to observe the counting of votes, there is every reason to assert that the establishment of the voting results was completely opaque. This is a violation of one of the fundamental principles of elections — the transparency of their conduct.

Electoral complaints

Petitions and complaints about violations of the Electoral Code during various stages of the election did not have a noticeable impact on election procedures. All appeals filed with the courts regarding decisions on the formation of election commissions (484) were either not granted (415) or left without consideration (69).

The consideration by the Supreme Court of appeals against the CEC’s decisions to deny registration to presidential candidates Viktor Babaryka and Valery Tsapkala also demonstrated formal approaches of the courts.

The filing of complaints and petitions remains an ineffective means of protecting the violated electoral rights of persons running for presidency, other electoral participants and observers.

The Electoral Code, as before, contains a limited list of cases subject to judicial appeal. The decision of the CEC on the establishment of the election results, as well as the corresponding decisions of the TECs, are not subject to judicial appeal.

In addition, the Electoral Code does not contain norms regulating the duration of procedural periods and conditions for their restoration. At the same time, the courts in their practice are guided exclusively by the norms of the Electoral Code, rather than the general norms of the Code of Civil Procedure. This legal uncertainty creates obstacles in exercising the possibility of appealing against violations of electoral rights by the subjects of the electoral process.

Observers of “Human Rights Defenders for Free Elections” submitted about three thousand complaints to various state bodies and higher election commissions during the entire period of the election. However, observers are not aware of a single case when complaints of gross violations at the stage of voting and counting of votes were granted.

Chronik des Protestes, 8. August 2020 – 1. November

08.08.2020	Swjatlana Zichanouskaja fordert die Menschen auf, abends am Wahltag (9. August) zu ihren Wahllokalen zu kommen und gemeinsam die Ergebnisse abzuwarten. Die Mitglieder der Wahlkommissionen werden aufgefordert, die Wahlen nicht zu fälschen, und die Angehörigen der Miliz, keinen rechtswidrigen Befehlen gegen Belarus_innen zu gehorchen. »Wir sind die Mehrheit und man kann uns nicht mehr aufhalten«, erklärt sie.
09.08.2020	In Belarus finden Präsidentschaftswahlen statt. Unabhängige Wahlbeobachter_innen werden massenhaft nicht in die Wahllokale gelassen und/oder an einer Beobachtung gehindert; viele werden von der Miliz festgenommen.
09.08.2020	Lange Warteschlangen werden sowohl vor den Wahllokalen in Belarus als auch vor den Botschaftsgebäuden im Ausland beobachtet. Dieses Phänomen ist neu für Belarus. Dadurch schaffen es nicht alle Wähler_innen, am Wahltag ihre Stimme abzugeben. Laut unabhängigen Wahlbeobachter_innen ergibt in manchen Wahllokalen die offiziell angegebene Wahlbeteiligung sogar über 100 Prozent. Das lässt die offiziell hohe Wahlbeteiligung (über 40 Prozent) bei der vorzeitigen Stimmabgabe (5.–8. August) fraglich erscheinen.
09.08.2020	Weranika Zapkala verlässt Belarus und fährt nach Moskau, wo sich seit einiger Zeit ihr Mann Waleryj Zapkala mit ihren Kindern aufhält.
09.08.2020	Regierungsfreundliche Exitpolls informieren über erste Ergebnisse: 79,9 Prozent für Lukaschenka, 6,8 Prozent für Zichanouskaja, 9,2 Prozent »Gegen alle«. Währenddessen berichten Exitpolls im Ausland über 79,7 Prozent für Zichanouskaja und 6,2 Prozent für Lukaschenka.
09.08.2020	Belarus_innen versammeln sich landesweit vor den Wahllokalen und warten gemeinsam auf die Protokolle mit den Wahlergebnissen. Aus Sicherheitsgründen werden Mitglieder mehrerer Wahlkommissionen von der Miliz abgeholt und nach Hause transportiert.
09.08.2020	Mehrere Wahlkommissionen in Belarus hängen Ergebnisprotokolle aus, die den Wahlsieg von Zichanouskaja bestätigen. Zichanouskaja begrüßt den Mut der Mitglieder der Wahlkommissionen und verspricht Hilfe, falls sie dadurch ihre Arbeit verlieren.
09.08.2020	Tausende Menschen gehen abends nach den Wahlen landesweit zu friedlichen Protesten, zu denen u. a. der populäre Telegram-Kanal »Nexta« aufgerufen hat. Vor allem in Minsk kommt es dabei zu gewalttätigen Übergriffen durch die Miliz. Zum ersten Mal in der belarusischen Geschichte werden dort Spezialmittel wie Blendgranaten und Gummigeschoße gegen Menschen eingesetzt. Es wird von zahlreichen Verletzungen und Festnahmen berichtet. In den Regionen sind nicht überall genügend Milizionäre vorhanden; es wird dort über mehrere Fälle von Tatenlosigkeit der Miliz gegenüber den Protestierenden berichtet.
09.– 11.08.2020	In Belarus wird über Störungen, Verlangsamungen und Blockaden von YouTube, Telegram, Viber, Twitter, VPS-Diensten sowie bei mehreren unabhängigen Medienportalen berichtet.
10.08.2020	Die Zentrale Wahlkommission gibt vorläufige Wahlergebnisse bekannt: 80,08 Prozent für Lukaschenka, 10,09 Prozent für Zichanouskaja, 1,68 Prozent für Kanapazkaja, 1,21 Prozent für Dsmitryjeu, 1,15 Prozent für Tscheratschan, 4,6 Prozent »Gegen alle«.
10.08.2020	Der Präsident Russlands, Wladimir Putin, gratuliert Aljaksandr Lukaschenka zum Wahlsieg.
10.08.2020	Swjatlana Zichanouskaja erkennt die Wahlergebnisse nicht an und spricht von einer notwendigen friedlichen Machübergabe. Maryja Kalesnikawa schlägt den belarusischen Behörden einen Dialog vor, um das Blutvergießen zu stoppen.
10.08.2020	Das belarusische Innenministerium berichtet über ca. 3000 Menschen, die während der Proteste nach den Wahlen festgenommen wurden.
10.08.2020	Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki fordert eine außerordentliche Sitzung des Europäischen Rates im Zusammenhang mit den Ereignissen in Belarus.
10.08.2020	Maryja Kalesnikawa kündigt an, der gemeinsame Stab sei für einen langfristigen Protest bereit, und ruft Belarus_innen dazu auf, nicht zu schweigen, wenn ihre Stimmen gestohlen wurden.
10.08.2020	Die Europäische Union verurteilt die Gewalt in der Nacht nach den Präsidentschaftswahlen in Belarus und fordert die sofortige Freilassung aller inhaftierten Demonstrant_innen.
10.08.2020	Kampagne »Menschenrechtsverteidiger für freie Wahlen« erklärt, der Wahlkampf in Belarus sei »weit von den Standards freier und fairer Wahlen entfernt« gewesen und sei mit »kritischen Problemen« verlaufen.
10.08.2020	Soziale Netzwerke in Belarus berichten von mindestens 85 Wahllokalen, in denen Zichanouskaja die Wahlen gewonnen habe.

10.08.2020	Laut Information von belarusischen Telegram-Kanälen beginnen Arbeiter_innen des belarusischen Metallurgiewerks (BMZ) einen Streik aus politischen Gründen.
10.08.2020	Es wird über eine große Zahl von Milizionären oder bewaffneten Personen auf den Straßen von belarusischen Städten berichtet. Tausende Menschen protestieren landesweit erneut; es kommt weiterhin zu brutalen Festnahmen von Demonstrant_innen sowie einfachen Passant_innen und Journalist_innen, Menschen werden geschlagen.
10.08.2020	Aljaksandr Lukaschenka erklärt, dass die Protestaktionen in Belarus vom Ausland aus kontrolliert werden: »Wir sehen Puppenspieler [...]. Eine der Linien dieser Puppenspieler ist Tschechien.«
10.08.2020	Swjatlana Zichanouskaja reicht bei der Zentralen Wahlkommission eine Beschwerde wegen Verstößen während der Wahlen ein; sie spricht ca. drei Stunden lang mit »Vertretern der zuständigen Organe«.
11.08.2020	Swjatlana Zichanouskaja wird von Vertretern der staatlichen Behörden (angeblich des KGB) nach Litauen gebracht. Es werden zwei Videos online verbreitet, in denen sie zugibt, sie sei eine schwache Frau und hätte sich selbst zur Ausreise entschieden. Sie fordert die Belarus_innen auch auf, von Protesten Abstand zu nehmen, um nicht Menschenleben zu gefährden. Expert_innen und das Wahlkampfteam von Zichanouskaja sprechen von einem möglichen Druck auf sie seitens der Sicherheitsbehörden.
11.08.2020	Der polnische Außenminister Zbigniew Rau kündigt die Bereitschaft Warschaws an, Verhandlungen zwischen den Behörden und Vertreter_innen der Öffentlichkeit in Belarus zu vermitteln.
11.08.2020	Der Stab von Zichanouskaja schlägt den Behörden vor, einen Dialog über eine friedliche Machtübergabe ohne Gewalt und Umsturz aufzunehmen.
11.08.2020	Laut dem Telegrammkanal »NEXTA life« beginnt ein weiterer Streik in der Elektrotechnischen Fabrik in Minsk.
11.08.2020	Weiterhin werden Belarus_innen brutal festgenommen, die Gewalt durch die Miliz hört nicht auf, es werden erneut Spezialmittel eingesetzt. Dabei werden Menschen sogar in ihren Autos und in Innenhöfen von der Miliz verfolgt. Es wird landesweit von überfüllten Gefängnissen berichtet.
12.08.2020	Die Blockaden des Internet in Belarus werden aufgehoben. Der finanzielle Schaden für die belarusische Wirtschaft in den drei Tagen (9.–11.08.) wird vom Cost of Shutdown Tool (COST) von »NetBlocks« auf bis zu 169 Mio. US-Dollar geschätzt.
12.08.2020	In Minsk findet eine Aktion von über 150 Frauen gegen staatliche Gewalt statt: Frauen stehen in Menschenketten, tragen weiße Kleidung, viele tragen Blumen. Weitere Menschen, unter anderem Ärzt_innen, schließen sich der spontanen Aktion in Minsk und anderen Städten an.
12.08.2020	Der Belarussische Journalistenverband fordert die Behörden auf, die Angriffe auf Medienvertreter_innen und deren Inhaftierung zu stoppen.
12.– 13.08.2020	Vertreter_innen der EU und mehrerer EU-Staaten rufen die belarusischen Behörden zu einem Ende der Gewalt gegen friedliche Demonstrant_innen und zur Freilassung der aus politischen Gründen Inhaftierten auf. Darunter sind der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg, die schwedische Außenministerin Ann Linde, der Präsident des Europäischen Parlaments, David Sassoli, der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz, der lettische Präsident Egils Levits, der litauische Präsident Gitanas Nausėda, der Präsident Polens, Andrzej Duda, und die estnische Präsidentin Kersti Kaljulaid.
12.08.2020	Mehrere Angestellte des staatlichen Fernsehens kündigen und äußern sich kritisch über die Regierung, während (ehemalige) Soldaten und Angehörige von Sondereinheiten der Miliz aus Protest ihre Uniformen ablegen.
12.08.2020	Das belarusische Innenministerium berichtet von ca. 1000 Festgenommenen in der Nacht auf den 12. August.
12.08.2020	Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des litauischen Parlaments verabschiedet eine Erklärung, in der die Wahlen in Belarus als manipuliert bezeichnet werden und gefordert wird, Aljaksandr Lukaschenka nicht als legitimen Präsidenten von Belarus anzuerkennen.
12.08.2020	Die belarusische linke Partei »Gerechte Welt« (die als regimefreundliche Partei eingeschätzt wird) fordert von den Behörden, die Gewalt gegen friedliche Demonstrant_innen zu beenden und einen Dialog über die Abhaltung neuer Präsidentschaftswahlen aufzunehmen.
12.08.2020	Laut Präsident Lukaschenka seien unter den Demonstrant_innen vor allem Menschen mit krimineller Vergangenheit sowie Arbeitslose.
12.08.2020	In Minsk findet am Ort des Todes eines Demonstranten, der laut Angaben der nicht staatlichen Medien von der Miliz oder der Armee erschossen wurde, eine spontane Solidaritätsaktion statt.
12.08.2020	Der Stab von Wiktar Babaryka weist die Vorwürfe der Regierung zurück, an der Organisation der Proteste beteiligt zu sein.

13.08.2020	Die friedlichen Frauenproteste werden landesweit fortgesetzt.
13.08.2020	Das belarussische Innenministerium informiert über ca. 700 Festgenommene in der Nacht auf den 13. August.
13.08.2020	Der US-Außenminister Mike Pompeo betont den undemokratischen Charakter der Präsidentschaftswahlen in Belarus sowie die Gewalt gegen friedliche Demonstrant_innen. Ihm zufolge haben die Vereinigten Staaten »noch nicht entschieden, wie eine angemessene Antwort aussehen wird«.
13.08.2020	Der tschechische Außenminister Tomáš Petříček nennt die Aussagen von Lukaschenka, dass die Tschechische Republik Proteste in Belarus organisiert habe, deplatziert.
13.08.2020	Beim staatlichen Fahrzeughersteller BelAZ in Schodsina findet eine spontane Kundgebung statt. Die Hauptforderungen der Arbeiter_innen sind, die Gewalt gegen friedliche Demonstrant_innen zu beenden und faire Wahlen abzuhalten. Ähnliche Kundgebungen finden in anderen staatlichen Unternehmen statt (inkl. MAZ). Tausende Arbeiter_innen von »Hrodna Asot« unterzeichnen eine Erklärung, in der sie die Wahlergebnisse nicht akzeptieren.
13.08.2020	Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erklärt, ein Wechsel des belarussischen politischen Regimes und ein Ende der Gewalt seien Voraussetzung für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Belarus und der Europäischen Union.
13.08.2020	Belarussische Menschenrechtsaktivist_innen fordern vom Innenminister des Landes, die Folter und Misshandlung von Inhaftierten landesweit zu beenden.
13.08.2020	Das Kupala-Theater in Minsk teilt mit, dass Aufführungen gestoppt werden; ein Streik wird initiiert.
13.08.2020	In Hrodna treffen sich mehrere hundert Mitarbeiter_innen des staatlichen Unternehmens »Chimwalakno« mit der Leitung des Werks und der Stadt Hrodna. Die Menschen zeigen sich empört über die veröffentlichten Wahlergebnisse und die beispiellose Gewalt auf den Straßen. Ein ähnliches Treffen findet in Schodsina mit Mitarbeiter_innen von BelAZ statt.
13.08.2020	Innenminister Juryj Karajew übernimmt die Verantwortung für die Verletzungen von »zufälligen« Menschen (die nicht protestiert haben) und bittet öffentlich um Entschuldigung.
13.08.2020	In der Nacht auf den 14. August werden die ersten Festgenommenen freigelassen. Insgesamt sind innerhalb von drei Tagen zwischen 6.000 und 7.000 Belarus_innen festgenommen worden, u. a. Journalist_innen. Viele berichten von Folter sowie überfüllten Zellen und klagen über Hunger und Durst; bei vielen ist ärztliche Hilfe erforderlich.
13.08.2020	Der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Giorgi Tsereteli, fordert die belarussischen Behörden auf, die repressiven Taktiken zu beenden und die internationalen Menschenrechtsstandards vollständig einzuhalten.
13.08.2020	Aljaksander Lukaschenka könne nicht als legitimer Präsident von Belarus angesehen werden, da die Wahlen nicht frei und demokratisch gewesen seien, erklärt der litauische Präsident Gitanas Nausėda.
14.08.2020	Maryja Kalesnikawa fordert die lokalen Behörden dazu auf, friedliche Versammlungen mit Menschen zu organisieren und den Bürger_innen die Möglichkeit zu geben, sich zur Situation in Belarus zu äußern.
14.08.2020	Der deutsche Außenminister Heiko Maas erklärt, dass das brutale Vorgehen in Belarus im Europa des 21. Jahrhunderts keinen Platz habe.
14.08.2020	Die Solidaritätsaktionen gegen die staatliche Gewalt werden landesweit fortgeführt, an ihnen nehmen mehrere tausend Menschen teil, u. a. Ärzt_innen, Lehrer_innen, Mitarbeiter_innen aus der IT-Branche usw.
14.08.2020	Arbeiter_innen vieler Unternehmen planen zu streiken und veranstalten landesweit Kundgebungen gegen die Wahlfälschungen und die Gewalt der Sicherheitskräfte. Zu Kundgebungen kommt es u. a. bei BMZ, Belaruskalij, Hrodnapromstroj, Naftan, Polymir, MTZ, MMZ, MZKT, Minsk Metro, Integral, Belmedpreparaty, Keramin, Hrodna Asot, Chimwalakno. In mehreren Städten treffen sich Arbeiter_innen und Bürger_innen mit der Städteleitung. In Minsk protestieren Arbeiter_innen vor dem Regierungsgebäude.
14.08.2020	Der Stab von Wiktar Babaryka fordert von der Regierung bis zum 15. September die Ankündigung neuer und fairer Wahlen.
14.08.2020	Die Leiterin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hält es für notwendig, Sanktionen gegen diejenigen zu verhängen, die sich in Belarus Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben.
14.08.2020	Die Zentrale Wahlkommission gibt das endgültige Wahlergebnis bekannt: 80,1 Prozent für Lukaschenka, 10,1 Prozent für Zichanouskaja, 1,67 Prozent für Kanapazkaja, 1,2 Prozent für Dsmityrjeu, 1,14 Prozent für Tschersatschan, 4,59 Prozent »Gegen alle«.

14.08.2020	Swjatlana Zichanouskaja kündigt die Schaffung eines Koordinierungsrates an, um die Machtübergabe in Belarus sicherzustellen.
14.08.2020	Die Generalsekretärin des Europarates, Marija Pejčinović Burić, erklärt, der Europarat und seine Expertengremien seien bereit, mit Belarus zusammenzuarbeiten, um den notwendigen Reformprozess zu unterstützen.
14.08.2020	Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erklärt, die Europäische Union erkenne die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Belarus nicht an und werde mit der Einführung von Sanktionen wegen des Wahlbetrugs und der Gewalt gegen Demonstrant_innen beginnen.
14.08.2020	Die Probleme, die in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen aufgetreten sind, müssten durch einen Dialog gelöst werden, und die Behörden müssten als Reaktion auf die Demonstrationen Zurückhaltung zeigen, erklärt UN-Generalsekretär Antonio Guterres.
15.08.2020	Der Erzbischof von Minsk und Mahiljou, Tadeusch Kandrusewitsch (Tadeusz Kondrusiewicz) verkündet, das Blutvergießen in Belarus sei eine schwere Sünde, die auf dem Gewissen derjenigen laste, die Befehle erteilen.
15.08.2020	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich mit Sicherheitskräften und kündigt an: »Das Land werden wir nicht abgeben«.
15.08.2020	Aljaksandr Lukaschenka und Wladimir Putin besprechen telefonisch die Situation in Belarus.
15.08.2020	Der belarusische Botschafter in der Slowakei, Ihar Leschtschenja, unterstützt öffentlich die Belarus_innen, die zu friedlichen Protesten gehen, und verurteilt die Gewalt der Sicherheitskräfte. Der Diplomat tritt später zurück.
15.08.2020	Hunderte Menschen sammeln sich vor dem Gebäude des Nationalen Staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt und skandieren: »Wahrheit!«. Im Gebäude treffen sich Mitarbeiter_innen mit Katschanawa (der Vorsitzenden des Rates der Republik) und Eismant (der Pressesprecherin von Lukaschenka) und fragen, warum die Fernseh-Berichterstattung nicht objektiv ist. Die Mitarbeiter_innen der Nationalen Staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt kündigen einen Streik ab dem 17. August an.
15.08.2020	Die Synode des belarusischen Exarchats der russisch-orthodoxen Kirche hofft, dass die Führung des Landes die Gewalt stoppen und dafür sorgt, dass diejenigen, die Bestialität und Grausamkeit gezeigt haben, vor Gericht gestellt und verurteilt werden.
16.08.2020	Die Weltorganisation gegen Folter beginnt damit, die Gewalt gegen Demonstrant_innen in Belarus zu dokumentieren.
16.08.2020	In Minsk findet eine Kundgebung mit mehreren Tausenden Menschen zur Unterstützung von Lukaschenka statt. Mehrere Busse mit Mitarbeiter_innen von staatlichen Organisationen aus anderen Städten wurden dafür nach Minsk gebracht, viele sind nicht freiwillig und unter der Drohung gekommen, dass ihnen sonst gekündigt wird. Lukaschenka spricht vor den Menschen u. a. über seine Verdienste als Präsident in den 1990-er Jahren, vergleicht die Protestierenden mit Ratten und sagt, sie würden aus dem Ausland finanziert; er nennt seine Anhänger_innen die Mehrheit und erklärt, ohne Lukaschenka gebe es keinen belarusischen Staat.
16.08.2020	In Minsk und landesweit finden die größten Proteste in der belarusischen Geschichte statt (»Marsch für die Freiheit«). Über 200.000 Menschen nehmen daran in Minsk teil (über 10 % der Minsker Bevölkerung), mehrere tausend sind in Regionen beteiligt.
16.08.2020	Putin verspricht Lukaschenka Hilfe bei der Lösung der Probleme in Belarus, »angesichts des Drucks von außen«.
16.08.2020	Papst Franziskus fordert ein Ende der Gewalt und der Achtung der Gerechtigkeit in Belarus.
17.08.2020	Rund hundert Mitarbeiter_innen des belarusischen Staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt versammeln sich vor ihrem Gebäude und kündigen einen Streik an. Arbeiter_innen Minsker Fabriken sind gekommen, um Streikende zu unterstützen. Auch Arbeiter_innen von »Belaruskalij« (Salihorsk) und von BelAZ (Schod-sina) kündigen einen Streik an.
17.08.2020	Lukaschenka trifft sich in Minsk mit Arbeiter_innen eines staatlichen Werks (MZKT). Diese skandieren: »Hau ab!«
17.08.2020	Großbritannien erkennt die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Belarus nicht an. Dies erklärt der britische Außenminister Dominic Raab.
17.08.2020	Mehr als 700 Personen sind beim belarusischen Ermittlungskomitee mit Aussagen über Schläge und Folter durch Sicherheitsbeamte_innen vorstellig geworden.
17.08.2020	Der Generaldirektor des Nationalen Akademischen Kupala-Theaters, Pawel Latuschka, wird (allem Anschein nach aus politischen Gründen) entlassen. Das Theater hatte aktiv den Protest gegen Gewalt durch Sicherheitskräfte unterstützt.
17.08.2020	US-Präsident Donald Trump erklärt, in Belarus habe sich eine schreckliche Situation entwickelt, die Vereinigten Staaten würden dies weiter verfolgen.

17.08.2020	Der staatliche Fernsehsender »Hrodna +« berichtet über eine Protestaktion in der Innenstadt mit Beteiligung von mehreren tausend Menschen.
18.08.2020	Der irische Außenminister Simon Coveney erklärt, die veröffentlichten Wahlergebnisse in Belarus seien »nicht legitim, was die Einschüchterung und Inhaftierung vor und nach den Wahlen zeigen«. Auch der Außenminister von Kanada, Francois-Philippe Champagne, erkennt die Ergebnisse der Wahlen in Belarus nicht an.
18.08.2020	Lukaschenka verleiht 300 Sicherheitsbeamten Medaillen für ihren tadellosen Dienst. Ein entsprechendes Dekret wurde nur eine Woche nach den brutalen Festnahmen während der Auflösung der Proteste nach den Wahlen veröffentlicht.
18.08.2020	Der belarussische Botschafter in Spanien, Pawel Pustawoj, fordert die belarussischen Behörden auf, die Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen am 9. August erneut zu zählen. Später, am 31. August, wird der Diplomat von Lukaschenka entlassen.
18.08.2020	Über hundert Sportler Sportvertreter_innen fordern, die Wahlen für ungültig zu erklären. Zwei Tage später beträgt die Zahl bereits 250.
18.08.2020	Der Seimas, das litauische Parlament, erkennt die Ergebnisse der Wahlen in Belarus nicht an. Auch Estland verweigert eine Anerkennung.
18.08.2020	Zur Unterstützung der Streikenden wird in Belarus ein Nationales Streikkomitee eingerichtet; auf die Konten des Solidaritätsfonds wurde bereits ca. 1 Mio. US-Dollar überwiesen.
18.08.2020	Die Stadtverwaltung von Hrodna gibt die Schaffung eines Rates der gesellschaftlichen Eintracht bekannt, der sich aus Vertreter_innen der Zivilgesellschaft sowie der Verwaltung und des gesetzgebenden Organs zusammensetzt.
19.08.2020	Bergarbeiter_innen von »Belkalij« veranstalten zusammen mit Bürger_innen eine Kundgebung im Zentrum von Salihorsk. Es wird aus allen Landesteilen von Druck auf die streikenden Arbeiter_innen berichtet.
18.08.2020	Medien berichten über den bereits dritten Demonstranten, der während oder nach den Protesten gestorben ist.
19.08.2020	Mitarbeiter_innen des staatlichen Fernsehsenders ONT, die gegen die Zensur protestiert hatten, kündigen massenhaft.
19.08.2020	Alle bei friedlichen Protesten festgenommenen Personen sollten unverzüglich freigelassen werden, und eine unparteiische Untersuchung aller Fälle von Menschenrechtsverletzungen sollte so bald wie möglich durchgeführt werden, fordert das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der OSZE in einer Erklärung.
19.08.2020	Der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitrij Peskow, erklärt, Versuche, sich von außen in die Situation in Belarus einzumischen, seien für Russland inakzeptabel.
19.08.2020	Der Koordinierungsrat für einen Machtübergang in Belarus hält seine erste Sitzung ab, auf der folgendes Präsidium gewählt wird: die Nobelpreisträgerin Swjatlana Alexijewitsch, die internationale Mediatorin Lilija Ulasawa, der MTZ-Vertreter Sjarhej Dyleuski, Rechtsanwalt Maxim Snak, die Vertrauensperson der Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja, Wolha Kawalkowa, die Koordinatorin des Wahlkampfstabs von Wiktar Babaryka, Maryja Kalesnikawa und der ehem. Direktor des Kupala-Theaters und ehem. Kulturminister Pawel Latuschka. Der Koordinierungsrat sieht die EU als mögliche Vermittlerin im Dialog zwischen Staat und Gesellschaft in Belarus.
19.08.2020	Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, erklärt, die Europäische Union sei solidarisch mit dem belarussischen Volk und erkenne die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 9. August nicht an.
19.08.2020	Mehrere tausend Bürger_innen versammeln sich erneut vor dem Regierungsgebäude in Minsk.
19.08.2020	Swjatlana Zichanouskaja veröffentlicht einen Appell an den Europäischen Rat, in dem sie die europäischen Staats- und Regierungschef_innen auffordert, die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Belarus nicht anzuerkennen.
20.08.2020	Der litauische Ministerpräsident Saulius Skvernelis trifft sich mit Swjatlana Zichanouskaja in Litauen.
20.08.2020	Rund 40 Mitarbeiter_innen des Belarussischen Metallurgiewerks geben ihren Austritt aus der staatlichen Gewerkschaft bekannt.
20.08.2020	Außenminister Uladsimir Makej appelliert an die Mitarbeiter_innen des diplomatischen Dienstes und erklärt, man könne den Massen niemals blind folgen.
20.08.2020	Gegen den am 14. August eingerichteten Koordinierungsrat wird ein Strafverfahren eingeleitet. Der Grund sei ein Aufruf zu Maßnahmen, die auf eine Beschädigung der nationalen Sicherheit der Republik Belarus abzielten.
20.08.2020	Eine große Frauenaktion findet in Minsk statt (ca. 300 Teilnehmer_innen).

20.08.2020	Die USA fordern Belarus dazu auf, eine Vermittlung durch die OSZE zur Beilegung der politischen Krise zu akzeptieren.
21.08.2020	Die Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« erklärt, dass das Strafverfahren wegen der Einrichtung des Koordinierungsrates in Belarus eine Verletzung der Meinungsfreiheit darstelle.
21.08.2020	Sjarhej Dyleuski, Vorsitzender des Streikkomitees der Minsker Traktorenfabrik (MTZ) und Mitglied des Präsidiums des Koordinierungsrates, berichtet, dass Arbeiter_innen der MTZ sich überwiegend in einem Streik der Variante »Dienst nach Vorschrift« befinden.
21.08.2020	Swjatlana Zichanouskaja gibt die erste Pressekonferenz außerhalb von Belarus. Sie sei überzeugt, dass die Belarus_innen die derzeitige Führung nicht mehr akzeptieren und die Gewalt nicht vergeben und vergessen können.
21.08.2020	Außenminister Uladsimir Makej fordert die EU-Außenminister_innen auf, keine Sanktionen gegen Belarus zu verhängen.
21.08.2020	Rund 3.600 Mitarbeiter_innen der staatlichen Fabrik »Naftan« (Nawapolazk) haben sich den politischen Forderungen angeschlossen, u. a. nach einem Rücktritt von Lukaschenka, einer Freilassung aller politischen Gefangenen, einem Ende der Gewalt und nach neuen, fairen Wahlen. Sie drohen im Falle einer Nichterfüllung mit Streik .
21.08.2020	Präsident Lukaschenka kündigt an, dass Journalist_innen aus Russland für belarussische staatliche Medien arbeiten werden, nachdem mehrere einheimische Mitarbeiter_innen gekündigt haben.
21.08.2020	Aljaksandr Lukaschenka erklärt, dass er eine Vermittlung durch Frankreich bei der Bewältigung der politischen Krise in Belarus abgelehnt habe.
21.08.2020	Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zufolge gebe es keine Alternative zur Lösung der Probleme in Belarus, als über einen Dialog zwischen Regierung und Bürger_innen.
21.08.2020	Die Europäische Union bezeichnet die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Koordinierungsrat als politische Einschüchterung, erklärt Nabila Massrali, eine Sprecherin des Europäischen Auswärtigen Dienstes der EU
21.08.2020	Mehrere tausend Menschen nehmen an der »Kette der Buße« teil, die sich von Kurapaty, dem Ort des Massengräber von Opfern der stalinistischen Repressionen, bis zum Arrest-Zentrum (Gefängnis) in der 1. Akreszina-Gasse in Minsk erstreckt, in dem Demonstrant_innen und Passanten nach den Präsidentschaftswahlen in großer Zahl inhaftiert wurden.
22.08.2020	Aljaksandr Lukaschenka erklärt, dass er aufgrund der »aktuellen Situation an den Westgrenzen« die Hauptteile der Streitkräfte in volle Kampfbereitschaft versetzt habe.
22.08.2020	Die Regierung und die Gesellschaft in Belarus müssten ein Format für einen Dialog finden, erklärt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj.
22.08.2020	Aljaksandr Lukaschenka fordert Vertreter_innen der verschiedenen Konfessionen dazu auf, sich nicht in die Politik einzumischen.
22.08.2020	Aljaksandr Lukaschenka glaubt, dass die meisten Fotos von Menschen, die von Sicherheitskräften geschlagen und gefoltert wurden, inszenierte Aufnahmen seien. Das erklärt der Präsident während einer Kundgebung vor seinen Anhänger_innen in Hrodna.
23.08.2020	Polen werde die territoriale Integrität von Belarus nicht verletzen, erklärt der Kabinettschef des Präsidenten von Polen, Krzysztof Szczerski, und reagiert damit auf die Vorwürfe von Lukaschenka, dass es ein Land gebe, das die westbelarussische Region Hrodna abtrennen will.
22.08.2020	Der belarussische Verteidigungsminister Wiktar Hrenin droht, Demonstrant_innen mit Hilfe der Armee auseinander zu jagen.
23.08.2020	In Minsk findet der zweite Protestmarsch nach den Wahlen statt (»Marsch des neuen Belarus«). Daran nehmen 150.000 bis 250.000 Menschen teil. Landesweit protestieren wieder tausende. Lukaschenka erscheint in der Öffentlichkeit mit einem Maschinengewehr in der Hand; die Protestierenden waren allerdings bereits gegangen. Nach offiziellen Angaben wurden 79 Personen festgenommen.
23.08.2020	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, Moskau stehe dafür ein, dass das belarussische Volk selbst entscheidet, wie es ohne Vermittlung aus der Krise herauskommt. Ein Dialog über eine Verfassungsreform werde dabei als vielversprechend angesehen.
24.08.2020	Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bietet den belarussischen Behörden erneut eine Vermittlung bei der Lösung der internen politischen Krise an.
24.08.2020	Swjatlana Zichanouskaja trifft sich in Vilnius mit dem stellvertretenden Außenminister der USA Stephen Biegun.

24.08.2020	Lukaschenka entlässt den belarusischen Botschafter in der Slowakei, der die Demonstrant_innen öffentlich unterstützt hatte.
24.08.2020	In Minsk findet vor dem Regierungsgebäude erneut eine Protestkundgebung statt.
24.08.2020	Belarusische Menschenrechtsorganisationen schieben an den UN-Sonderberichterstatter über Folter, um ein Eingreifen in Bezug auf das gewaltsame Vorgehen gegen friedliche Demonstrant_innen nach den Präsidentschaftswahlen vom 9. August 2020 in Belarus zu fordern. Mind. 450 Fälle von Folter oder erniedrigender Behandlung in Belarus seien demzufolge bekannt geworden, zu denen die Behörden allerdings keine Strafverfahren eingeleitet hätten.
25.08.2020	Swjatlana Zichanouskaja erklärt, sie wäre für ein Gespräch mit Moskau bereit.
25.08.2020	Wissenschaftler_innen der Akademie der Wissenschaften führen in Minsk eine Solidaritätsaktion durch.
25.08.2020	Swjatlana Zichanouskaja hält auf einer außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments eine Rede über die Situation in Belarus.
25.08.2020	Die Mitglieder des Präsidiums des Koordinierungsrates Sjarhej Dyleuski und Wolha Kawalkowa werden jeweils zu 10 Tagen Haft verurteilt.
25.08.2020	Vor dem Regierungsgebäude in Minsk findet erneut eine Protestkundgebung statt.
26.08.2020	Pawel Latuschka, Mitglied des Präsidiums des Koordinierungsrates, ruft die Belarus_innen auf, jenen Parlamentsabgeordneten das Mandat zu entziehen, die das Vertrauen der Wähler_innen verloren haben. Mehrere Belarus_innen haben das bereits unternommen.
26.08.2020	Präsidiumsmitglieder des Koordinierungsrates rufen die Belarus_innen dazu auf, dem Rat beizutreten.
26.08.2020	Eine Protestkundgebung vor dem Regierungsgebäude in Minsk wird von der Polizei aufgelöst. Ca. 100 Menschen werden von der Miliz in der Kirche des heiligen Symeon und der heiligen Helena (Rote Kirche) eingesperrt und später freigelassen.
27.08.2020	Die Botschafter_innen der EU-Länder und der Leiter der EU-Delegation Dirk Schübel treffen sich mit dem belarusischen Außenminister Uladsimir Makej, um die Lage im Land zu erörtern.
27.08.2020	Ein Lastwagen mit humanitärer Hilfe aus Polen für streikende Arbeiter_innen darf nicht nach Belarus einreisen.
27.08.2020	Auf Anfrage von Aljaksandr Lukaschenka sei in Russland eine Reserve von Sicherheitskräften gebildet worden, die, »wenn erforderlich«, nach Belarus verlegt werden sollen, erklärt der Präsident Russlands, Wladimir Putin.
27.08.2020	Aljaksandr Lukaschenka erklärt sich bereit, einen Dialog zu führen, auch über eine Aktualisierung der Verfassung. Er beabsichtige vor allem, diesen Dialog mit Arbeits- und Studentenkollektiven zu führen.
27.08.2020	Mehr als zwanzig Journalist_innen werden in Minsk festgenommen.
27.08.2020	Ungefähr tausend Menschen nehmen in Minsk an einer Prozession von Gläubigen teil, die vom Freiheitsplatz zur Roten Kirche führt. Über 260 Menschen werden dabei festgenommen.
28.08.2020	Menschen, die sich in Minsk an Solidaritätsketten beteiligen, werden von der Miliz festgenommen.
28.08.2020	Diplomatische Missionen europäischer Länder und der Vereinigten Staaten fordern die belarusischen Behörden auf, Gewalt und Drohungen gegen ihre Bürger_innen zu stoppen.
29.08.2020	Die US-Botschaft fordert die belarusischen Behörden auf, die Verfolgung von Journalist_innen zu beenden. Österreich und Großbritannien verurteilen ebenfalls das jüngste Vorgehen der belarusischen Behörden gegen Journalist_innen (u. a. Entzug der Akkreditierung der Mitarbeiter_innen der ausländischen Medien).
29.08.2020	Rund 10.000 Frauen nehmen an einem ersten Samstagsfrauenmarsch in Minsk teil.
29.08.2020	Swjatlana Zichanouskaja erklärt: »Wenn wir bei Verhandlungen internationale Vermittlung brauchen, sehen wir Russland sicherlich als einen der Beteiligten an diesem Prozess.«
29.08.2020	Zahlreichen Journalist_innen, die in Belarus für ausländische Medien arbeiten, wird die Akkreditierung entzogen, das betrifft u. a. die BBC, Reuters, Associated Press, die Deutsche Welle, RFI, CurrentTime, die ARD, RFERL und AFP.
30.08.2020	Am Geburtstag von Lukaschenka findet in Minsk der 3. Protestmarsch statt (»Marsch des Friedens und der Unabhängigkeit«). Daran nehmen über 100.000 Menschen teil. Auch in allen Landesteilen sind Protestkundgebungen zu beobachten. Es werden ca. 170 Personen festgenommen.
31.08.2020	Moskau sei bereit, die belarusischen Kolleg_innen bei der Änderung der Verfassung zu unterstützen, erklärt der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow.

31.08.2020	Der Vorsitzende der Bischofskonferenz der römisch-katholischen Kirche in Belarus, Erzbischof Tadewusch Kandrusewitsch (Tadeusz Kondrusiewicz), wird an der Einreise nach Belarus gehindert und muss nach Polen zurückkehren, obwohl er belarusische Staatsbürgerschaft besitzt. Nach den Präsidentschaftswahlen hatte der Erzbischof an Lukaschenka appelliert, »einen konstruktiven Dialog mit der Gesellschaft aufzunehmen, die Gewalt zu stoppen und alle unschuldigen Bürger_innen, die bei friedlichen Kundgebungen festgenommen wurden, sofort freizulassen«.
31.08.2020	Litauen, Lettland und Estland erlassen ein sofortiges fünfjähriges Einreiseverbot für Aljaksandr Lukaschenka und weitere 29 Beamt_innen.
31.08.2020	Der Koordinierungsrat für die Regulierung der politischen Krise in Belarus fordert von den Behörden, den Druck auf seine Mitglieder einzustellen.
31.08.2020	Der Stab von Wiktar Babaryka kündigt die Gründung der Partei »Gemeinsam« an.
31.08.2020	Swjatlana Zichanouskaja trifft sich in Vilnius mit dem Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, dem Abgeordneten des Deutschen Bundestages Karl Lamers (CDU).
01.09.2020	In Minsk findet ein Student_innenmarsch statt, über tausend Student_innen nehmen daran teil, mehrere werden festgenommen.
01.09.2020	Am Eingang zum Minsker Traktorenwerk findet eine Kundgebung zur Solidarität mit den streikenden Arbeiter_innen statt, an der über 120 Personen teilnehmen.
01.09.2020	Im Zentrum von Minsk, versammeln sich vor der Roten Kirche mehrere hundert Protestierende. Die katholische Kirche erklärt, dass sie von belarusischen Behörden verfolgt werde.
02.09.2020	US-Außenminister Mike Pompeo fordert die belarusische Regierung dazu auf, den Vorsitzenden der Bischofskonferenz der römisch-katholischen Kirche in Belarus, Erzbischof Tadewusch Kandrusewitsch (Tadeusz Kondrusiewicz), in das Land zu lassen.
02.09.2020	Pawel Latuschka, Präsidiumsmitglied des Koordinierungsrates, hat Belarus verlassen und befindet sich in Polen.
02.09.2020	Das litauische Ministerkabinett billigt einen Plan zur Unterstützung des Volkes von Belarus.
02.09.2020	Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses für internationale Angelegenheiten des belarusischen Parlaments, Andrej Sawynych, schlägt vor, einen Verhandlungsprozess zur politischen Situation in Belarus mit dem Parlament als Plattform zu organisieren.
03.09.2020	Der Koordinierungsrat habe versucht, den Botschafter der Russischen Föderation in Belarus, Dmitrij Mesenzew, zu kontaktieren, um der russischen Seite seine Position zu erläutern, habe jedoch keine Antwort erhalten, teilt Maryja Kalesnikawa mit.
03.09.2020	Aljaksandr Lukaschenka wirft Polen, der Tschechischen Republik, Litauen und der Ukraine erneut vor, sich durch die Steuerung von Protestaktionen in innere Angelegenheiten von Belarus einzumischen.
03.09.2020	Gegen Lilija Ulasawa, Präsidiumsmitglied des Koordinierungsrates, wird ein Strafverfahren wegen der Steuerrückzahlung eröffnet.
03.09.2020	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich in Minsk mit dem russischen Ministerpräsidenten Michail Mischustin; sie sprechen u. a. über den Unionstaat von Russland und Belarus.
03.09.2020	Der Abgeordnete des Repräsentantenhauses (des Unterhauses des belarusischen Parlaments) und Mitglied der Ständigen Kommission für internationale Angelegenheiten, Waleryj Waranezki, trifft sich mit Bürger_innen. Die Menschen hätten das Recht, den Ablauf der Wahlen zu kritisieren, sowie das Recht auf friedlichen Protest, erklärt er.
04.09.2020	Deutschland, Frankreich und Italien lehnen die Aufnahme von Lukaschenka in die EU-Sanktionsliste ab. Die Begründung lautet: Die Kommunikationskanäle mit Lukaschenka müssten unter allen Umständen offen bleiben.
04.09.2020	Das Ermittlungskomitee von Belarus sieht keinen Grund, die Anzeige der Menschenrechtsorganisation »Belarusisches Helsinki Komitee« wegen vielfacher Folter von Menschen zu überprüfen.
04.09.2020	Die Vereinten Nationen sollten unverzüglich eine internationale Gruppe von Beobachter_innen nach Belarus entsenden, erklärt Swjatlana Zichanouskaja bei einem informellen Treffen mit Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats.
04.09.2020	Die Situation in Belarus sei noch nie so katastrophal wie im August 2020 gewesen, erklärt die Sonderberichterstatterin zur Menschenrechtssituation in Belarus des UN-Menschenrechtsrates, Anaïs Marin, bei einem informellen Treffen mit Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats.

05.09.2020	Vier Top-Manager_innen der IT-Firma »PandaDoc« werden in Minsk festgenommen. Vorgeworfen wird ihnen Entwendung in besonders großem Umfang. Das Unternehmen behauptet, dass es sich dabei um eine Reaktion des Staates auf die Initiative der Gründer_innen von »PandaDoc« handele, die den zurückgetretenen/gekündigten Sicherheitskräften finanziell geholfen hat.
05.09.2020	In Minsk werden protestierende Student_innen vor ihren Universitäten sowie auch innerhalb der Hochschulen von der Miliz festgenommen.
05.09.2020	Wolha Kawalkowa, Präsidiumsmitglied des Koordinierungsrates, hat Belarus verlassen und befindet sich in Polen. Sie wurde nach eigenen Angaben von Angehörigen des KGB dorthin verbracht.
05.09.2020	In Minsk findet der 2. Samstagsfrauenmarsch statt; daran sind wieder ca. 10.000 Menschen beteiligt. Mind. 91 Personen, u. a. Journalist_innen, werden nach offiziellen Angaben festgenommen.
06.09.2020	In Minsk findet der 4. Protestmarsch (»Marsch der Einheit«) nach den Präsidentschaftswahlen statt. Trotz des schlechten Wetters sind daran 170.000 bis 200.000 Menschen beteiligt. Auch in den Regionen von Belarus protestieren Menschen massenhaft. Festgenommen werden 358 Personen (laut Menschenrechtlern) bzw. 633 Personen (laut Innenministerium).
07.09.2020	Maryja Kalesnikawa, Präsidiumsmitglied des Koordinierungsrates, wird in Minsk von Unbekannten entführt.
07.09.2020	In Belarus wird die Schaffung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur Erweiterung der Befugnisse der Regierung und der lokalen Behörden angekündigt.
08.09.2020	Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell erklärt, die belarusischen Behörden würden die Bürger_innen zunehmend rechtswidrig einschüchtern und offen gegen ihre eigenen Gesetze und ihre internationalen Verpflichtungen verstoßen.
08.09.2020	Auf einer Sitzung eines Ausschusses der PACE betont Swjatlana Zichanouskaja die Notwendigkeit von internationalem Druck auf das Regime von Aljaksandr Lukaschenka.
08.09.2020	Aljaksandr Lukaschenka sagt gegenüber Journalist_innen russischer Medien, denen er in Minsk ein Interview gibt, dass er nicht einfach seinen Präsidentenposten verlassen werde. »Ich richte Belarus seit einem Vierteljahrhundert ein. Ich werde das alles nicht einfach aufgeben. Wenn ich gehe, werden sie meine Anhänger umbringen!« Dabei schließt Lukaschenka nach einer Verfassungsreform vorzeitige Präsidentschaftswahlen nicht aus. Er habe aber nichts mit der belarusischen Opposition zu besprechen.
08.09.2020	In Minsk findet eine spontane Kundgebung zur Unterstützung der Opfer der Repressionen statt. Daran nehmen ca. 300 Menschen teil. Über 120 Personen werden festgenommen, u. a. Frauen, die während der Kundgebung versucht hatten, Männer vor der Miliz zu schützen.
08.09.2020	Belarusische Sicherheitsbehörden haben versucht, die zuvor entführte Maryja Kalesnikawa in die Ukraine zu bringen. Dabei habe sie ihren Pass zerrissen, daher die Grenze nicht überschreiten können und sei in Belarus verhaftet worden, berichten die Mitglieder des Koordinierungsrates Radnianskou und Krauzou, die sich bereits in der Ukraine befinden. Nach offiziellen Angaben habe Kalesnikawa selber versucht, in die Ukraine zu fliehen.
09.09.2020	In Minsk findet eine spontane Kundgebung zur Unterstützung von Maryja Kalesnikawa statt.
09.09.2020	Die belarusischen Behörden würden auf Verhaftungsmethoden zurückgreifen, die Entführungen ähneln; Kalesnikawa sei die jüngste in einer langen Reihe von Regierungskritikern, die in den letzten 20 Jahren ebenfalls verschwunden sind, sagt Marie Struthers, Direktorin für Osteuropa und Zentralasien bei »Amnesty International«.
09.09.2020	Mike Pompeo äußert sich »zutiefst besorgt« angesichts der Berichte über die Entführung von Mitgliedern des Koordinierungsrates (Kalesnikawa, Radnianskou und Krauzou) sowie über den Versuch, sie am 8. September gewaltsam in die Ukraine auszuweisen.
09.09.2020	Das Präsidiumsmitglied des Koordinierungsrates Maksim Snak wird festgenommen.
09.09.2020	Offiziell wird bekannt gegeben, dass Maryja Kalesnikawa, Maksim Snak und Ilja Salej (Anwalt von Kalesnikawa) als Verdächtige geführt werden (wegen Aufrufen zu Aktivitäten, die die nationale Sicherheit der Republik Belarus gefährden).
10.09.2020	Belarusische Menschenrechtsorganisationen erkennen Kalesnikawa, Salej und Snak als politische Gefangene an; damit gibt es derzeit 58 politische Gefangene in Belarus.
10.09.2020	Aljaksandr Lukaschenka erklärt gegenüber den Sicherheitskräften: »Ich fordere Sie nicht auf, den Staat unter Verletzung des Gesetzes zu retten. Obwohl – wenn praktisch eine dreiste Intervention, wie ich es nenne, von außen erfolgt [...] und gesteuert wird, dann geht es manchmal nicht um Gesetze«.

10.09.2020	Der Internationale Währungsfonds verweigert Belarus eine finanzielle Unterstützung. Es seien keine Wege gefunden worden, um erhebliche Unterschiede bei der Reaktion auf die aktuellen Schwierigkeiten in Belarus zu überwinden, erklärt der Leiter der Öffentlichkeitsabteilung des IWF, Gerry Rice.
10.09.2020	Vertreter_innen von 10 der 15 in Belarus registrierten politischen Parteien unterzeichnen eine gemeinsame Resolution, in der die Gewalt verurteilt sowie zum Dialog und zu neuen Präsidentschaftswahlen aufgerufen wird. Darunter sind auch regimetreue Parteien.
10.09.2020	Die Ukraine schließt sich der Erklärung der EU zu den Präsidentschaftswahlen in Belarus an, sagt Präsident Volodymyr Selenskyj. Die EU hatte die offiziellen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Belarus nicht anerkannt und sie als manipuliert bezeichnet.
10.09.2020	Die Situation hinsichtlich der inhaftierten oder aus dem Land vertriebenen Mitglieder des Koordinierungsrates sei alarmierend, erklärt der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Giorgi Tsereteli, während eines Gesprächs mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für internationale Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, Andrej Sawynych. Dieser weist auf die Notwendigkeit hin, die Rolle des Parlaments und der politischen Parteien in Belarus zu stärken sowie die Wahlgesetzgebung zu reformieren.
11.09.2020	Swjatlana Aleksijewitsch, Nobelpreisträgerin für Literatur und das letzte Präsidiumsmitglied des Koordinierungsrates, das noch nicht verhaftet wurde oder das Land verlassen hat, bittet die Organisation der Vereinten Nationen, eine Beobachtermission nach Belarus zu entsenden.
12.09.2020	UN-Generalsekretär Antonio Guterres fordert die belarussische Regierung auf, keine Gewalt mehr gegen friedliche Demonstrant_innen einzusetzen, den Berichten über Folterungen von Häftlingen nachzugehen und einen umfassenden Dialog aufzunehmen.
12.09.2020	93 belarussische Fußballspieler, darunter Nationalspieler und belarussische Meister, veröffentlichen eine Videobotschaft mit dem Aufruf, die Gewalt zu beenden.
12.09.2020	Der 3. Samstagsfrauenmarsch findet in Minsk statt; mehr als 10.000 Menschen nehmen daran teil. Über 100 Personen, u. a. Journalist_innen, werden festgenommen.
13.09.2020	In Minsk findet der 5. Protestmarsch (»Heldenmarsch«) nach den Präsidentschaftswahlen statt. Daran sind mind. 100.000 Menschen beteiligt. Auch in den Regionen von Belarus protestieren die Menschen. Festgenommen wurden 434 (laut Menschenrechtlern) bzw. 774 Personen (laut Innenministerium).
14.09.2020	Swjatlana Zichanouskaja zeigt sich empört angesichts der zunehmenden Härte des Vorgehens der Sicherheitskräfte während der Unterdrückung der Proteste in Minsk und in den Regionen am 13. September.
14.09.2020	Der belarussische Botschafter in den Niederlanden, Andrej Jeudatschenka, verurteilt die Gewalt der Sicherheitskräfte gegen die Demonstrant_innen in Belarus.
14.09.2020	Mehr als 160 russische Wissenschaftler_innen geben eine offene Erklärung zur Unterstützung der Demonstrant_innen in Belarus ab: »Wir sind angesichts der fürchterlichen Erniedrigungen und der Folter empört«.
14.09.2020	Aljaksandr Lukaschenka und Wladimir Putin halten Unterredungen in der russischen Stadt Sotschi ab. Putin erklärt, Russland werde Belarus ein Darlehen in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar gewähren.
15.09.2020	Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik erklärt: »Wir betrachten die am 9. August abgehaltenen Wahlen als manipuliert. Lukaschenka ist für uns nicht der legitime Präsident von Belarus«.
15.09.2020	Außenminister Uladsimir Makej erklärt, die Europäische Union unternehme keinerlei Versuche, die Prozesse in Belarus objektiv zu verstehen.
16.09.2020	Der Generalsekretär der Weltorganisation gegen Folter, Gerald Staberock äußert sich in einer Erklärung zu Belarus: »Nach den Wahlen wurde uns eine vorsätzliche, geplante und organisierte Politik der Brutalität vor Augen geführt, bei der Folter und grausame unmenschliche Behandlung Absicht waren. Da dies alles groß angelegt, geplant und organisiert war, stellt das ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.«
17.09.2020	Das Europäische Parlament erkennt die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Belarus, die »unter offenkundiger Verletzung aller internationalen Standards« abgehalten wurden, nicht an und werde Aljaksandr Lukaschenka nach Ablauf seiner Amtszeit am 5. November nicht mehr als Präsidenten von Belarus anerkennen.
17.09.2020	Das belarussische Außenministerium äußert seine Enttäuschung angesichts der durch das Europäische Parlament verabschiedeten Resolution zur Lage in Belarus.
18.09.2020	In Minsk findet das Frauenforum »Für Belarus« zur Unterstützung von Lukaschenka statt.

18.09.2020	Auf einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrates werden Dringlichkeitsdebatten über die Lage in Belarus durchgeführt; unter den Redner_innen ist auch Swjatlana Zichanouskaja. Trotz der brutalen Aktionen der Sicherheitskräfte und tausende Verhaftungen nehmen Menschen in Belarus weiterhin an Massendemonstrationen gegen die manipulierten Präsidentschaftswahlen teil, erklärt die stellvertretende Hohe Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Nada Al-Nashif.
18.09.2020	Die in Belarus akkreditierten europäischen Diplomat_innen kündigen den Beginn einer Solidaritätsaktion für die belarusischen politischen Gefangenen an: »Vom heutigen Tag an wird jede_r von uns bei jedem Treffen mit belarusischen Beamt_innen eine Kopie der Liste der politischen Gefangenen in Belarus mitbringen.«
19.09.2020	In Minsk findet der 4. Samstagsfrauenmarsch statt; ca. 2.000 Menschen nehmen daran teil. Rund 400 Personen werden festgenommen.
20.09.2020	In Minsk findet der 5. Protestmarsch (»Marsch der Gerechtigkeit«) nach den Präsidentschaftswahlen statt. Daran sind über 100.000 Menschen beteiligt. Auch in den Regionen von Belarus protestieren Menschen. Festgenommen wurden 271 (laut Menschenrechtlern) bzw. 442 Personen (laut Innenministerium).
22.09.2020	Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, ist bereit, nach Minsk zu kommen, um bei der Lösung der Krise im Land mitzuwirken, Aljaksandr Lukaschenka weigert sich allerdings, mit der Europäischen Union zu interagieren.
23.09.2020	Aljaksandr Lukaschenka veranstaltet eine Zeremonie zur Amtseinführung unter Beteiligung von ca. 400 Personen, die von nichtstaatlichen Medien als geheim bezeichnet wird. Die Zeremonie war nicht angekündigt worden und wurde nicht über die staatlichen Medien übertragen.
23.09.2020	In Minsk sowie anderen Städten in Belarus finden Protestaktionen gegen die Feier zur Amtseinführung von Lukaschenka statt. Rund 260 Personen werden festgenommen.
26.09.2020	In Minsk findet der 5. Samstagsfrauenmarsch statt; mind. 2.000 Menschen nehmen daran teil. Rund 150 Personen werden festgenommen.
27.09.2020	In Minsk findet der 6. Protestmarsch nach den Präsidentschaftswahlen statt (»Marsch der Volksinauguration«). Daran sind über 100.000 Menschen beteiligt. Auch in den Regionen von Belarus protestieren die Menschen. Festgenommen wurden 393 (laut Menschenrechtlern) bzw. 350 Personen (laut Innenministerium).
29.09.2020	In Vilnius findet ein Treffen zwischen dem Präsidenten von Frankreich, Emmanuel Macron, und Swjatlana Zichanouskaja statt. Macron wird um eine Mitwirkung bei möglichen Verhandlungen zur Lösung der politischen Krise in Belarus gebeten.
29.09.2020	Der Leiter des russischen Auslandsgeheimdienstes, Sergej Naryschkin, erklärt, die russischen Sonderdienste verfügten über Informationen, dass die CIA- und das Pentagon an der Vorbereitung der Proteste in Belarus mitgewirkt hätten.
29.09.2020	Belarus habe Gegensanktionen (in Form von Einreiseverboten) gegen Beamt_innen aus Lettland, Litauen und Estland verhängt (sie betreffen pro Land ca. 100 Personen), teilt der Pressesprecher des belarusischen Außenministeriums Anatol Hlas mit.
29.09.2020	Großbritannien und Kanada verhängen Sanktionen gegen acht Beamte in Belarus, darunter gegen Aljaksandr Lukaschenka.
01.10.2020	Die Union der belarusischen Schriftsteller fordert die Nachbarländer dazu auf, die belarusischen Behörden zum Dialog mit dem Volk zu zwingen.
02.10.2020	EU-Sanktionen gegen 40 belarusische Beamt_innen treten in Kraft.
02.10.2020	Belarus führt Visasanktionen gegen die europäischen Institutionen, die am voreingenommensten gegenüber Belarus sind, einschließlich des Europäischen Parlaments und der EU-Mitgliedstaaten, ein, erklärt der Pressesprecher des belarusischen Außenministeriums, Anatol Hlas.
02.10.2020	Das Außenministerium von Belarus hat eine neue Verordnung über das Verfahren zur Akkreditierung ausländischer Journalist_innen in Belarus entwickelt. Die zuvor ausgestellten Akkreditierungskarten für ausländische Journalist_innen laufen am 2. Oktober offiziell aus.
02.10.2020	Das belarusische Außenministerium fordert Polen und Litauen auf, die Zahl der Diplomat_innen im Land zu verringern.
02.10.2020	Die USA verhängen Sanktionen gegen acht belarusische Beamt_innen – Mitglieder der Zentralen Wahlkommission und eine Reihe von Sicherheitsbeamt_innen.

03.10.2020	In Minsk findet eine Frauenaktion statt. Die Frauen versammeln sich nicht mehr zum Samstagsfrauenmarsch – um massenhafte Festnahmen zu vermeiden, spazieren sie stattdessen einzeln oder in Paaren mit Blumen durch die Stadt.
04.10.2020	In Minsk findet der 7. Protestmarsch nach den Wahlen statt (»Marsch für die Freilassung der politischen Gefangenen«). Daran nehmen ca. 100.000 Menschen teil. Auch landesweit protestieren Menschen. Festgenommen werden 252 Personen (laut Menschenrechtlern) bzw. 317 Personen (laut Innenministerium).
05.10.2020	Nach Angaben des Außenministeriums der Bundesrepublik Deutschland ist die Annullierung von Akkreditierungen für Journalist_innen ausländischer Medien eine empörende Unterdrückung der Presse- und Redefreiheit.
05.10.2020	In Minsk findet ein Protestmarsch der Rentner_innen mit mehreren Hundert Menschen statt.
05.– 07.10.2020	Swiatlana Zihanouskaja hält sich in Berlin auf. Sie trifft sich u. a. mit Vertreter_innen der belarusischen Diaspora, mit Bundestagsabgeordneten, mit der Kanzlerin Angela Merkel sowie mit Vertreter_innen politischer Stiftungen und NGOs. Sie bittet u. a. um Deutschlands Unterstützung bei der Organisation der von der OSZE vermittelten Verhandlungen über Neuwahlen in Belarus und ruft zur Unterstützung der Zivilgesellschaft, der nicht staatlichen Medien und der Opfer der Repressionen auf.
05.–10.10.2020	Die Botschafter von Litauen, Polen, Deutschland, Lettland, Estland, Bulgarien, Tschechien, der Slowakei, Rumänien, Großbritannien und weiteren europäischen Staaten werden zu Konsultationen zurückgerufen. Von allen EU-Ländern sind bis zum 10. Oktober nur die Botschafter Österreichs und Italiens in Minsk verblieben.
06.10.2020	Das Repräsentantenhaus der Nationalversammlung (belarusisches Parlament) hat innerhalb von drei Tagen bereits rund 350 Vorschläge zur Änderung der Verfassung erhalten, sagt Wiktar Swillo, stellvertretender Vorsitzender der Ständigen Kommission für Staatsbau, kommunale Selbstverwaltung und Vorschriften.
07.10.2020	Swiatlana Zihanouskaja spricht online vor den Abgeordneten der französischen Nationalversammlung.
07.10.2020	Hunderte Vertreter_innen des belarusischen Kunst- und Kulturbetriebs rufen dazu auf, die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen am 9. August als ungültig anzuerkennen und neue Wahlen durchzuführen.
07.10.2020	Swiatlana Zihanouskaja wurde auf die zwischenstaatliche Fahndungsliste gesetzt, wird in einer Datenbank des Innenministeriums Russlands bekanntgegeben.
07.10.2020	Vertreter_innen des neu gebildeten Freien Sportlerverbandes rufen dazu auf, die Mitgliedschaft Belarus' im Internationalen Olympischen Komitee auszusetzen.
07.10.2020	Das Internationale Olympische Komitee hat vor, die Aussagen belarusischer Athlet_innen, die aufgrund ihrer politischen Ansichten verfolgt werden, zu untersuchen, erklärt der Präsident des IOK, Thomas Bach.
07.– 08.10.2020	Swiatlana Zihanouskaja trifft sich mit dem Außenminister der Slowakei, Ivan Korchak, und der slowakischen Präsidentin Zuzana Čaputova.
08.10.2020	Litauen blockiert die Zuweisung von finanziellen Mitteln in Höhe von 5,8 Mio. Euro an Belarus im Rahmen des grenzüberschreitenden Kooperationsprogramms der EU.
08.10.2020	Swiatlana Zihanouskaja trifft sich mit den Außenminister_innen von Österreich (Alexander Schallenberg), Bulgarien (Ekaterina Zaharieva) und Griechenland (Nikos Dendias). Besprochen werden dabei u. a. eine Sanktionsliste gegen belarusische Beamte_innen, ein mögliches Rehabilitationsprogramm für Opfer der Repressionen sowie Visaunterstützung für Belaruss_innen.
09.10.2020	Der Europarat und die Europäische Union fordern Belarus erneut auf, die Todesstrafe abzuschaffen. Dies wird in einer gemeinsamen Erklärung des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, und der Generalsekretärin des Europarates, Maria Pejcinovic-Buric, anlässlich des Europäischen und des Welttags gegen die Todesstrafe, der am 10. Oktober gefeiert wird, dargelegt.
09.10.2020	Der belarusische Außenminister Uladsimir Makej führt ein Telefongespräch mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell.
10.10.2020	In Minsk findet eine Frauenaktion statt. Die Frauen versammeln sich nicht mehr zum Samstagsfrauenmarsch – um massenhafte Festnahmen zu vermeiden, spazieren sie stattdessen bereits zum zweiten Mal einzeln oder in Paaren mit Blumen durch die Stadt.
10.10.2020	Aljaksandr Lukaschenka trifft mit Wiktar Babaryka, Siarhej Zihanouski und anderen politischen Gefangenen im KGB-Gefängnis zusammen. Laut Angaben staatlicher Medien wird dabei eine mögliche Verfassungsreform besprochen. Maryja Kalesnikawa ist beim Treffen nicht dabei.

11.10.2020	In Minsk findet der 6. Protestmarsch (»Marsch des Stolzes«) nach den Präsidentschaftswahlen statt. Daran sind Zehntausende Menschen beteiligt. Die Polizei setzt Blendgranaten, Pfeffergas und Wasserwerfer gegen Demonstrant_innen ein. Auch in den Regionen von Belarus protestieren Menschen. Festgenommen wurden 617 (laut Menschenrechtlern) bzw. 713 Personen (laut Innenministerium).
11.10.2020	Die politischen Gefangenen Jury Waskresenski und Dzmityr Rabzewitsch werden unter Hausarrest aus dem Untersuchungsgefängnis des KGB entlassen.
12.10.2020	In Minsk finden spontane Proteste statt, viele Straßen werden von Protestierenden gesperrt.
12.10.2020	Das österreichische Außenministerium fordert ein sofortiges Ende der Gewalt in Belarus. Eine ähnliche Forderung kommt aus Kanada.
12.10.2020	Die journalistische Gemeinschaft von Belarus fordert die Behörden dazu auf, die Inhaftierung ihrer Kolleg_innen zu stoppen und alle Fälle von Verletzungen ihrer Rechte zu untersuchen.
12.10.2020	Das belarusische Innenministerium kündigt seine Bereitschaft an, erforderlichenfalls Militärwaffen gegen Demonstrant_innen einzusetzen.
12.10.2020	Es gibt kein einziges Zeichen seitens der Behörden von Belarus für ihre Bereitschaft zu einem Dialog, sagt der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell.
12.10.2020	In Minsk sowie in anderen Städten finden zum zweiten Mal Märsche der Rentner_innen statt. An ihnen sind über tausend Menschen beteiligt. Über 120 Personen werden festgenommen; gegen Demonstrant_innen werden Blendgranaten und Pfefferspray eingesetzt.
13.10.2020	Die Stäbe von Zihanouskaja, Zapkala und Babaryka, der Koordinierungsrat sowie die Stiftung BYSOL einigen sich auf ein Format der Zusammenarbeit.
13.10.2020	Sjarhej Dyleuski, Mitglied des Präsidiums des Koordinierungsrates zur Beilegung der politischen Krise in Belarus und Leiter des Streikkomitees des Minsker Traktorwerks, verlässt Belarus aus Sicherheitsgründen und geht nach Polen.
13.10.2020	Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für 2020 einen Rückgang der belarusischen Wirtschaft um drei Prozent.
13.10.2020	Die Anwälte von Wiktar Babaryka betonen nach einem Treffen mit ihm, dass das Treffen am 10. Oktober mit Aljaksandr Lukaschenka nicht als Dialog bezeichnet werden könne – ein Dialog sieht die Gleichheit der Teilnehmenden vor, dies sei in einem Gefängnis nicht der Fall.
13.10.2020	Der Vorsitzende des Ministerkomitees des Europarates, Miltiadis Varvitsiotis, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Rik Daems, und die Generalsekretärin des Europarates, Marija Pejcinovic-Buric, verurteilen Gewalt gegen friedliche Demonstrant_innen in Belarus.
13.10.2020	Swiatlana Zihanouskaja äußert drei Forderungen (»Volksultimatum«), die Aljaksandr Lukaschenka bis zum 25. Oktober erfüllen muss, andernfalls würde ein nationaler Streik beginnen, warnt sie. Diese sind: 1. Lukaschenka muss seinen Rücktritt bekannt geben. 2. Die Straßengewalt muss vollständig aufhören. 3. Alle politischen Gefangenen müssen freigelassen werden.
14.10.2020	Die Schweiz schließt sich den Sanktionen der Europäischen Union gegen Belarus an.
14.10.2020	Treffen westlicher Staatschefs mit der Ex-Präsidentschaftskandidatin Swiatlana Zihanouskaja seien Einmischung in innere Angelegenheiten von Belarus, sagt der Außenminister Russlands Sergej Lawrow.
14.10.2020	Die dreimalige Olympiamedaillen-Gewinnerin Aljaksandra Herasimenja wird Leiterin der Belarusischen Stiftung für Sportssolidarität und verlässt Belarus nach Litauen.
14.10.2020	In Minsk findet zum Internationalen Muttertag ein Marsch der Mütter gegen Gewalt statt – daran sind mehrere Hundert Frauen beteiligt.
15.10.2020	Kanada führt Sanktionen gegen 31 weitere belarusische Beamte_innen ein.
15.10.2020	Die USA unterstützen die belarusischen Demonstrant_innen, erklärt Außenminister Mike Pompeo.
15.10.2020	In Minsk findet ein Marsch der Menschen mit Behinderung gegen Gewalt statt. Daran nehmen ca. 100 Personen teil. Unter den Beteiligten ist eine Person, die während der Proteste nach den Präsidentschaftswahlen ihren Fuß, der durch eine Blendgranate verletzt wurde, amputieren lassen musste.
16.10.2020	Swiatlana Zihanouskaja wurde von Belarus auf die internationale Fahndungsliste gesetzt, wegen Forderungen nach dem Sturz der Verfassungsordnung und Maßnahmen zur Schädigung der nationalen Sicherheit von Belarus, informiert das Innenministerium von Russland.

16.10.2020	Die Gewalt, die die derzeitige Regierung in Belarus demonstriert, sei schrecklich und nur mit dem faschistischen Regime in Deutschland in den 1930er Jahren vergleichbar, sagt Hary Pahaniajla, Leiter der Rechtskommission des Belarusischen Helsinki Komitees, im Europäischen Parlament während der Diskussion über die Situation in Belarus. Nach seinen Einschätzungen haben die belarusischen Behörden heute das Deutschland von 1933 um das Zweifache übertroffen, was das Ausmaß der Gewalt angeht.
16.10.2020	Für die Europäische Union ist eine friedliche Lösung der aktuellen Situation in Belarus äußerst wichtig, sagt der Vertreter des Europäischen Auswärtigen Dienstes Luc Devin.
17.10.2020	45 Prozent der belarusischen Startups entschieden sich zu einem Umzug ins Ausland. Dies geht aus einer Umfrage hervor, die der Startup-Hub »Imaguru« Anfang Oktober 2020 unter den Gründer_innen von Startup-Unternehmen durchgeführt hat.
16.10.2020	Belarusische Ärzte veröffentlichen eine Videobotschaft als Antwort auf die Aussagen von Vertretern des Innenministeriums, dass Militärwaffen gegen Demonstrant_innen eingesetzt werden könnten. »Was passiert, grenzt an Gesetzlosigkeit und kann als Völkermord und absichtliche Auslösung eines Bürgerkriegs durch die Behörden angesehen werden«, sagen die Ärzte.
17.10.2020	In Minsk findet eine Frauenaktion statt. Die Frauen versammeln sich nicht mehr zum Samstagsfrauenmarsch – um massenhafte Festnahmen zu vermeiden, spazieren stattdessen ca. 150 Frauen mit Blumen durch die Stadt. Am gleichen Tag protestieren auch Student_innen in Minsk.
17.10.2020	Ilja Salej, einer der Anwälte von Maryja Kalesnikawa und Mitglied des Präsidiums des Koordinierungsrates, wird (voraussichtlich in den Hausarrest) aus der Haft entlassen.
18.10.2020	In Minsk findet der 7. Protestmarsch (»Partisanenmarsch«) nach den Präsidentschaftswahlen statt. Daran sind ca. 100.000 Menschen beteiligt. Auch in den Regionen von Belarus protestieren Menschen. Festgenommen wurden 253 (laut Menschenrechtlern) bzw. 280 Personen (laut Innenministerium).
18.10.2020	Swiatlana Zihanouskaja trifft sich mit den Außenministern von Lettland (Edgars Rinkevics), Litauen (Linas Linkevicius) und Estland (Urmas Reinsalu). Besprochen wird u. a. die Frage der Verschiebung oder des Boykotts der Eishockey-Weltmeisterschaft 2021 in Minsk/Riga aus Protest gegen Repressionen gegen Sportler_innen in Belarus.
19.10.2020	Politikwissenschaftler Wital Schkljarou wird unter Hausarrest aus dem Gefängnis entlassen. Schkljarou hat die US-amerikanische Staatsbürgerschaft – der US-Außenminister Mike Pompeo hat die belarusischen Behörden mehrmals aufgefordert, ihn freizulassen.
19.10.2020	Lilija Ulasawa, Mitglied des Präsidiums des Koordinierungsrates zur Lösung der politischen Krise im Land, Anwältin und Mediatorin wird unter Hausarrest aus dem Gefängnis entlassen.
19.10.2020	In Minsk findet die 3. Protestaktion der Rentner_innen (»Marsch der Weisheit«) statt, an dem mehrere Tausend Personen teilnehmen. Zur gleichen Zeit demonstrieren in Minsk auch die Anhänger_innen von Lukaschenka – die Zahl der Teilnehmenden ist allerdings niedriger.
20.10.2020	Swiatlana Zihanouskaja trifft sich mit dem Leiter der polnischen Präsidialverwaltung Krzysztof Szczerski – dabei wird u. a. das »Volksultimatum« und ein Plan zur Überwindung der Krise in Belarus besprochen.
20.10.2020	Swiatlana Zihanouskaja trifft sich mit dem polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki. Besprochen werden u. a. Einschränkungen des polnischen Arbeitsrechts für Inhaber_innen humanitärer Visa, Fragen der Rehabilitation von Belarus_innen, die während der Proteste schwer verletzt wurden, sowie Stipendienprogramme für belarusische Sportler_innen in Polen.
20.10.2020	Ein Minsker Gericht stuft den Telegram-Kanal Nexta-Live als extremistisch ein.
22.10.2020	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich in Minsk mit dem Leiter des russischen Auslandsgeheimdienstes Sergej Naryschkin. Naryschkin glaubt, der Einfluss von außen auf die Ereignisse in Belarus sei offensichtlich.
22.10.2020	Der Sacharow-Preis »Für Gedankenfreiheit« wird vom EU-Parlament an die demokratische Opposition von Belarus vergeben. Die Opposition wird vertreten durch den Koordinierungsrat, Swiatlana Zihanouskaja, Swiatlana Alexiewitsch, Volha Kawalkowa, Weranika Zapkala, Siarhej Zihanouski, Ales Bialiazki, Siarhek Dyleuski, Sziapan Puzila und Mikalaj Statkewitsch.
22.10.2020	In Minsk findet zum zweiten Mal ein Protestmarsch von Menschen mit Behinderung statt. Daran nehmen ca. 100 Personen teil.
22.10.2020	Russland habe sich nicht in das Geschehen in Belarus eingemischt und erwarte, dass sich niemand einmischen werde, sagt der russische Präsident Wladimir Putin.

22.10.2020	Swiatlana Zihanouskaja besucht das internationale Sekretariat der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Kopenhagen und trifft sich mit dem Generalsekretär der OSZE-PA, Roberto Montella. Zihanouskaja fordert verstärkte Aufmerksamkeit für Menschenrechtsverletzungen in Belarus sowie einen anhaltenden internationalen Druck auf die belarusischen Behörden.
23.10.2020	Die Vereinigung der belarusischen Schriftsteller und das belarusische PEN-Zentrum gibt eine Erklärung ab, in der sie Repressionen gegen die intellektuelle und kreative Elite in Belarus verurteilt.
23.10.2020	Die Menschenrechtsorganisation »Reporter ohne Grenzen« bittet die Vereinten Nationen, den beispiellosen Druck auf Journalist_innen und die Zensur in Belarus zu verurteilen.
24.10.2020	In Minsk findet ein »Frauenmarsch der Berufe« zur Unterstützung des von Swiatlana Zihanouskaja angekündigten Nationalstreiks statt; daran nehmen ca. 200 Personen teil.
25.10.2020	Aljaksandr Lukaschenka telefoniert mit dem Außenminister der USA, Mike Pompeo. Pompeo fordert die vollständige Freilassung des rechtswidrig inhaftierten US-Bürgers Witali Schkljarou sowie die Erlaubnis von dessen sofortiger Ausreise aus Belarus.
25.10.2020	In Minsk findet der 8. Protestmarsch (»Volksultimatum«) nach den Präsidentschaftswahlen statt. Daran sind bis zu 200.000 Menschen beteiligt. Auch in den Regionen von Belarus protestieren Menschen. Festgenommen wurden 300 (laut Menschenrechtlern) bzw. 523 Personen (laut Innenministerium).
26.10.2020	Angestellte mehrerer Fabriken unternehmen einen Streikversuch mit politischen Forderungen bzw. nehmen an Solidaritätsaktionen teil, etwa bei Hrodna Asot, METZ, MTZ, MZKT, Atlant, Belarusneft, Belaruskalij und anderen. Auch mehrere private Firmen bleiben aus Protest geschlossen. Mehrere Student_innen und Lehrer_innen einer Reihe von Universitäten (BGU, BGUIR, MGLU und andere) schließen sich dem Streik an. Bei mehreren Unternehmen (in einzelnen Abteilungen) und Universitäten dauert der Streik noch etliche Tage nach seiner Ankündigung an. Mehrere streikende Arbeiter und Lehrer_innen werden später gekündigt; mehrere protestierende Student_innen exmatrikuliert. Laut offiziellen Angaben werden an diesem Tag landesweit 581 Personen festgenommen.
26.10.2020	In Minsk findet die 4. Protestaktion der Rentner_innen statt, an der ca. 1.500 Personen teilnehmen.
26.10.2020	Amnesty International gibt eine Erklärung heraus, in der die belarusischen Behörden aufgefordert werden, die streikenden Arbeiter unverzüglich freizulassen und die Polizeigewalt gegen friedliche Demonstrant_innen zu beenden.
27.10.2020	In Minsk werden neun Ärzte des medizinischen Zentrums »Kardiologie« wegen ihrer Beteiligung an einer Solidaritätskette festgenommen.
27.10.2020	Anais Marin, UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in Belarus, fordert die Behörden der Republik auf, »die Repressionen gegen ihr eigenes Volk zu stoppen«.
27.10.2020	Aljaksandr Lukaschenka beschreibt die Protestierenden am 25. Oktober: Es handele sich bei ihnen um »betrunkene, verrückte, unter Drogen gesetzte, verräucherte und durchnässte« Menschen.
28.10.2020	Pawel Latuschka, ehemaliger Kulturminister von Belarus und Diplomat sowie Mitglied des Präsidiums des Koordinierungsrates, informiert über die Schaffung einer Anti-Krisen-Volksverwaltung.
29.10.2020	Um die Situation in Belarus zu lösen, müssen alle politischen Kräfte des Landes in diesen Prozess einbezogen werden, sagt der Präsident von Russland, Wladimir Putin.
29.10.2020	Das belarusische Staatsgrenzenkomitee bestätigt die Schließung der belarusischen Landesgrenzen zu Litauen, Lettland, Polen und der Ukraine »aufgrund der aktuellen epidemischen Situation« in den Nachbarländern.
29.10.2020	Hunderte von Menschen, darunter auch ausländische Diplomaten_innen, beteiligen sich an der jährlichen Kundgebung »Nacht der hingerichteten Dichter« im Kurapaty-Trakt bei Minsk. In der Nacht zum 30. Oktober 1937 wurden mehr als 130 Vertreter der belarusischen Elite erschossen, darunter Wissenschaftler, Schriftsteller, Ärzte, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Manager, Arbeiter und Angestellte aus Bildungssystem, Bauwesen, Industrie und Handel.
31.10.2020	In Minsk findet ein Frauenmarsch in Solidarität mit den Streikenden statt – daran nehmen ca. 250 Personen teil. Am gleichen Tag protestieren zum dritten Mal Menschen mit Behinderung; daran beteiligen sich ca. 40 Personen. Ca. 40 Protestierende werden an diesem Tag festgenommen.
01.11.2020	In Minsk findet der 8. Protestmarsch (»Marsch gegen den Terror«) nach den Präsidentschaftswahlen statt. Höchstens 2.000 Menschen schaffen es bis zum Zielort außerhalb von Minsk – Kurapaty. Die Polizei geht besonders gewalttätig gegen Protestierende vor und schießt in die Luft. Auch in den Regionen von Belarus protestieren Menschen. Festgenommen werden ca. 300 Personen.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichten-Agenturen BelaPAN und BelTA, des Nachrichtenportals navy.by sowie mehrerer Telegram-Kanäle

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 15. Juni – 31. Oktober 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
17.06.2020	56032/324	Patient_innen, bei denen Covid-19 diagnostiziert wurde, erhalten in Belarus ab dem 17.06. kostenlose Medikamente zur Behandlung zu Hause.
18.06.2020	56657/331	Jeder Staat hat das Recht, die Taktik und Strategie zur Bekämpfung der Ausbreitung von Covid-19 unabhängig zu bestimmen, sagt der belarusische Außenminister Uladsimir Makej.
19.06.2020	57333/337	Der Internationale Währungsfonds fordert laut Aljaksandr Lukaschenka die Einführung der Quarantäne in Belarus. Das Land werde keine zusätzlichen Bedingungen, die bei der Kreditvergabe auferlegt werden und die sich nicht auf den finanziellen Teil beziehen, akzeptieren, so Lukaschenka.
30.06.2020	62118/392	Humanitäre Hilfe zur Bekämpfung der Pandemie für die belarusische Armee kommt aus China in Belarus an.
01.07.2020	62424/398	Aussagen in Belarus, in den Vereinigten Staaten und in einer Reihe anderer Staaten, die die Schwere von Covid-19 herunterspielen, untergraben die Bemühungen zur Bekämpfung des Virus, erklärt die UN-Hochkommissarin Michelle Bachelet.
02.07.2020	62698/405	Aljaksandr Lukaschenka sagt, das belarusische Gesundheitssystem habe der Covid-19-Pandemie standgehalten. »Aber wir reduzieren den Kampf nicht, obwohl wir heute sagen können, dass wir gewonnen haben.«
04.07.2020	63270/418	Russland beginnt, sein neues Medikament gegen Covid-19 nach Belarus zu verkaufen.
09.07.2020	64411/449	Im vergangenen Monat sei die Zahl der mit Covid-19 infizierten Menschen mehrfach zurückgegangen, wie auch die Zahl der Lungenentzündungen, sagt der Gesundheitsminister von Belarus, Uladsimir Karanik.
14.07.2020	65269/474	Die Europäische Union und die Weltgesundheitsorganisation haben persönliche Schutzausrüstung für medizinisches Personal in die Region Minsk geliefert, wird gemeldet. Dies ist Teil eines zweijährigen EU-Hilfsprogramms für die Gesundheitsversorgung in Belarus. Im Rahmen des Programms stehen mehr als 3 Mio. Euro zur Verfügung.
23.07.2020	66688/519	Es wird gemeldet, dass für Belarus mit Kreditmitteln der Weltbank 460 Beatmungsgeräte im Wert von insgesamt 90 Mio. Euro gekauft werden.
28.07.2020	67366/543	Aljaksandr Lukaschenka sagt, er habe Covid-19 ohne Symptome »auf den Füßen bestanden«. Lukaschenka hat in der Öffentlichkeit nie eine Schutzmaske getragen.
03.09.2020	72302/696	Der belarusische Ministerpräsident Raman Halautschenka beschließt, als erster in Belarus den russischen Impfstoff gegen Covid-19 zu testen.
09.09.2020	73402/726	Eine Gruppe von Angestellten im Gesundheitswesen fordert in einem offenen Brief an das belarusische Gesundheitsministerium und das Nationale Statistische Komitee, die im zweiten Quartal 2020 laut Angaben der Vereinten Nationen stark gestiegene Sterblichkeit in Belarus zu erklären. Laut UNO starben im zweiten Quartal 2020 in Belarus 5.605 Menschen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.
27.09.2020	77609/818	Der Gesundheitsminister von Belarus, Dzmitry Pinewitsch, macht friedliche Demonstrant_innen für das Wachstum der Covid-19-Infizierten in Belarus verantwortlich.
08.10.2020	81982/880	Aljaksandr Lukaschenka hält ein Treffen zur Bekämpfung von Covid-19 ab – dabei geht es um die zweite Welle der Krankheit in Belarus.
09.10.2020	82471/885	Die zivile Initiative zur Unterstützung der Ärzte während der Pandemie – ByCovid19 – kündigt an, sie werde dem Staat bei der Bekämpfung der zweiten Infektionswelle in Belarus nicht mehr helfen. Aufgrund der politischen Situation und des Drucks auf die Zivilgesellschaft, einzelne Aktivist_innen und Crowdfunding-Initiativen sei eine Kooperation unmöglich, heißt es in der Erklärung. Es sei ebenso nicht mehr möglich, in Belarus eine effektive und transparente Spendenaktion zu organisieren.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
15.10.2020	85734/916	Eine Gruppe belarusischer Ärzte veröffentlicht eine Videobotschaft, in der sie den Aussagen von Beamten widerspricht, laut denen die friedlich protestierenden Bürger_innen Ursache für die Zunahme der Corona-Infizierten im Land sind.
23.10.2020	91167/949	Aljaksandr Lukaschenka bezeichnet die Covid-19-Situation in Belarus als absolut kontrollierbar.

**Quelle: Johns Hopkins Universität und Gesundheitsministerium von Belarus, Stand: 10.11.2020*

Chronik zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichtenportale naviny.by, tut.by und weiteren sowie des Gesundheitsministeriums von Belarus.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
 Sprachredaktion: Sophie Hellgardt, Hartmut Schröder
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
 Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1613-3390 © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



Kostenlose E-Mail-Dienste:
www.laender-analysen.de

 [@laenderanalysen](https://twitter.com/laenderanalysen)

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.